

Stenographischer Bericht

78. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 21. Juni 2005

Inhalt:

Mitteilungen (5123).

Antrag der Abgeordneten Franz Lafer, Mag. Christopher Drexler, Kurt List, Johann Bacher, Theresia Zierler, Peter Tschernko, Kurt Tasch, Franz Majcen, Dipl.-Ing. Odo Wöhry, Wolfgang Kasic, Benedikt Bittmann, Josef Straßberger, Peter Rieser, Erwin Dirnberger und Franz Riebenbauer gemäß Paragraf 13 Absatz 5 Landes-Verfassungsgesetz 1960 in Verbindung mit Paragraf 40 Absatz 6 GeoLT zur Einberufung einer außerordentlichen Sitzung des Landtages, betreffend eklatante Missstände im Gesundheitsbereich.

Dringliche Anfrage von Abgeordneten des BZÖ und der ÖVP an Landesrat Mag. Erlitz, betreffend Versagen in der steirischen Gesundheitspolitik.

Begründung der Dringlichen Anfrage: Abg. Lafer).

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Mag. Erlitz.

Dringliche Anfrage von Abgeordneten der SPÖ an Landesrat Schützenhöfer, betreffend Personalsituation in der KAGES.

Begründung der Dringlichen Anfrage: Abg. Mag. Lackner).

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Schützenhöfer.

Redner: Abg. Lafer, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Gennaro, Abg. Lafer, Abg. Gennaro, Abg. Graf, Abg. Mag. Drexler, Abg. Zierler, Abg. Mag. Zitz, Abg. Kröpfl, Abg. Bacher, Abg. Dietrich, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Köberl, Abg. Lafer.

Beginn der Sitzung: 9.33 Uhr.

Präsident Purr: Hohes Haus!

Heute findet eine außerordentliche Sitzung des Steiermärkischen Landtages – es ist dies die 78. Sitzung – in der laufenden XIV. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich habe soeben eröffnet und ersuche um Aufmerksamkeit. Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze.

Wir haben heute ein Geburtstagskind in unseren Reihen.

Frau Landtagsabgeordnete Monika Kaufmann hatte am 11. Juni dieses Jahres einen runden Geburtstag. Im eigenen Namen und namens des Steiermärkischen Landtages sage ich herzliche Gratulation, Frau Abgeordnete. (Allgemeiner Beifall.)

Hinsichtlich der eingebrachten Anträge wird eine Liste im Laufe der Sitzung aufgelegt werden. Ich weiß nicht, geht meine Glocke zu leise? Hören Sie diese nicht? Brauche ich dazu einen Verstärker? Sagen Sie es mir, ich richte mich gerne nach den Wünschen der Abgeordneten.

Der Sonderlandtag, betreffend „eklatante Missstände im Gesundheitsbereich“, erfolgt über Antrag von 15 Abgeordneten des BZÖ und der ÖVP, Franz Lafer, Mag. Christopher Drexler, Kurt List, Johann Bacher, Theresia Zierler, Peter Tschernko, Kurt Tasch, Franz Majcen, Dipl.-Ing. Odo Wöhry, Wolfgang Kasic, Benedikt Bittmann, Josef Straßberger, Peter Rieser, Erwin Dirnberger und Franz Riebenbauer.

Die Abgeordneten haben mit Schreiben vom 16. Juni 2005 beantragt, eine außerordentliche Sitzung des Landtages einzuberufen.

Gemäß Paragraf 13 Absatz 5 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 in Verbindung mit § 40 Absatz 6 GeoLT ist der Präsident verpflichtet, den Landtag zu einer außerordentlichen Sitzung binnen fünf Tagen einzuberufen, wenn wenigstens ein Fünftel der Mitglieder es verlangt.

Eingebracht wurde am Donnerstag, den 16. Juni 2005 um 10.23 Uhr eine Dringliche Anfrage von 15 Abgeordneten des BZÖ und der ÖVP an Herrn Landesrat Mag. Wolfgang Erlitz, betreffend „Versagen in der steirischen Gesundheitspolitik“.

Weiters wurde am Montag, den 20. Juni 2005 um 18.04 Uhr, also gestern, eine Dringliche Anfrage von zwölf Abgeordneten der SPÖ an Herrn Landesrat Hermann Schützenhöfer, betreffend Personalsituation in der KAGES, eingebracht.

Gleichzeitig wurde für beide Dringlichen Anfragen die Abhaltung einer Wechselrede beantragt. Diese Dringlichen Anfragen sowie die Anträge auf Abhaltung einer Wechselrede haben die gemäß Paragraf 68 GeoLT erforderliche Unterstützung.

Nach Beantwortung der Dringlichen Anfragen, also beide Anfragen, findet gemäß Paragraf 68 Absatz 4 GeoLT die Wechselrede statt.

Auf Grund der Beratung in der Präsidialkonferenz wird die Behandlung der Dringlichen Anfragen wie folgt durchgeführt. Zuerst Begründung der Dringlichen Anfrage des BZÖ und der ÖVP.

Beantwortung der Dringlichen Anfrage durch Landesrat Mag. Wolfgang Erlitz.

Begründung der Dringlichen Anfrage der SPÖ.

Beantwortung der Dringlichen Anfrage durch Landesrat Hermann Schützenhöfer.

Gemeinsame Abhaltung der Wechselrede.

Ich weise darauf hin, dass gemäß unserer Geschäftsordnung bei Begründung einer Dringlichen Anfrage und in der Wechselrede kein Redner länger als 20 Minuten sprechen darf.

Somit kommen wir nun zur Behandlung der Dringlichen Anfrage des BZÖ und der ÖVP an Herrn Landesrat Mag. Wolfgang Erlitz, betreffend Versagen in der steirischen Gesundheitspolitik.

Dazu erteile ich dem Herrn Klubobmann Franz Lafer das Wort zur Begründung der Dringlichen Anfrage. Herr Abgeordneter bitte.

Abg. Lafer (9.37 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Frau Landeshauptmann, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Abgeordnete, geschätzte Damen und Herren!

Grund für die Abhaltung dieser Dringlichen Anfrage mit dieser Sondersitzung des Steiermärkischen Landtages ist, dass wir in der Steiermark ein akutes Problem haben in Bezug auf Behandlung von Herzkrankungen. Deshalb und verbunden damit, was sich in den letzten Tagen medial abgespielt hat, sahen wir uns veranlasst, diese Sitzung einzuberufen. Es ist ja nicht ein Problem, das in den letzten Tagen erst aufgetaucht ist, sondern ein Problem, das uns schon jahrelang begleitet. Das steirische Gesundheitswesen stand im Kreuzfeuer der Kritik und das muss einem zu denken geben. Es ist nicht das erste Mal, dass ich eine Dringliche Anfrage in Bezug auf das Gesundheitswesen eingebracht habe, sondern wir haben das schon einmal praktiziert – immer wieder fordernd, dass sich im Bereich der Gesundheitspolitik etwas bewegen soll und auch etwas bewegen muss. Leider, meine Damen und Herren, mussten wir feststellen, dass hier nichts geschehen ist. Es ist keine Kritik an den vielen Medizinern, Schwestern oder dem Pflegepersonal, sondern es ist eine Kritik am System. An einem System, das dringend einer Novellierung bedarf und das dringend an die neuen Methoden, an die neue Zeit angeschlossen werden muss. Und, meine Damen und Herren, Ärzte schlagen Alarm, dass Patienten am Infarkt sterben, weil sie nicht optimal behandelt werden können. Genau aus diesem Grund haben wir zahlreiche Fragen zusammengeschrieben, um sie an den Landesrat für Gesundheitswesen zu richten.

Ich darf daher die dringliche Frage wie folgt einbringen:

Diskussion der letzten Woche war die von den niedergelassenen Ärzten reklamierten Engpässe in der klinischen Versorgung der Herzpatienten.

Erstens: Was sagen Sie zu den Aussagen von Ärzten, dass Herzpatienten sterben, bevor sie wegen Personal- und Ressourcenmangel behandelt werden können?

Zweitens: Wie viele Patienten pro Jahr benötigen eine Herzoperation?

Drittens: Wie viele Eingriffe pro Jahr können mit dem vorhandenen Personal und Operationssälen durchgeführt werden?

Viertens: Wie viele Personen stehen auf der Warteliste für Herzpatienten an den drei Standorten für Herzkrankungen in der Steiermark?

Fünftens: Wie viele Patienten sind in den vergangenen drei Jahren auf Grund verspäteter Operationsmöglichkeit verstorben?

Sechstens: Wie viele Patienten mussten in den vergangenen drei Jahren zur Behandlung von Herzkrankungen in andere Bundesländer ausweichen?

Siebtens: Wie gedenken Sie diese Versorgungslücken möglichst schnell zu schließen?

Achtens: Wie ist es möglich, dass es die KAGES nicht schafft, ein kardiologisches Konzept, das schon vor einem Jahr vom Landtag gefordert wurde, vorzulegen? Laut Medienberichten sehen Sie die Ursache für den Versorgungsnotstand der Herzchirurgie in fehlenden finanziellen Mitteln.

Gleichzeitig, meine Damen und Herren, sorgt der Rechnungshofbericht des Bundes für Aufregung, da auf Grund von Misswirtschaft und Schlamperei der KAGES große Einnahmenverluste entstanden sind.

Zum Beispiel ergab eine Kontrolle durch den Rechnungshof, dass rund die Hälfte der kontrollierten Sonderklassefälle fehlerhaft war und Leistungen nicht verrechnet wurden und die medizinische Dokumentation und Verrechnung nicht ordnungsgemäß durchgeführt wurde.

Neuntens: Ist Ihnen diese fehlerhafte Dokumentation und Verrechnung von Leistungen an Sonderklassepatienten bekannt?

Zehntens: Wie hoch kann man den Einnahmementgang für das LKH Graz auf Grund dieser Mängel beziffern?

Elftens: Werden Sie die Verrechnung der Leistungen an Sonderklassepatienten am gesamten LKH Graz überprüfen?

Zwölftens: Wenn ja, wann?

13.: Werden Sie nicht verrechnete Leistungen gegenüber den Privatkrankenversicherungen nach verrechnen?

14.: Wenn ja, bis wann ist mit dem Eingang aller aushaftenden Beträge zu rechnen?

15.: Werden Sie auch die ordnungsgemäße Abrechnung der Allgemeinen Klasse am LKH Graz zumindest stichprobenweise überprüfen?

16.: Wenn ja, wann?

17.: Mit welcher Höhe lässt sich der Zinsverlust aus den Versäumnissen beziffern?

18.: Wie gedenken Sie diesen Zinsverlust auszugleichen?

19.: Ist es richtig, dass allein im Laborbereich von 1999 bis 2004 Minderverrechnungen von 1,26 Millionen Euro erfolgten?

20. Bis wann werden Sie diesen aushaftenden Betrag nachverrechnen?

21.: Mit welcher Höhe beziffern Sie den Zinsverlust aus diesem verspäteten Einnahmeneingang?

22.: Wie gedenken Sie diesen Zinsverlust auszugleichen?

23.: Wie garantieren Sie dass die medizinische und wissenschaftliche Dokumentation und Verrechnung und Auswertung durch eine gut funktionierende EDV in Zukunft gewährleistet ist? Das KALG enthält detaillierte Regelungen des Arzthonorars bei Abwesenheit. Eine Überprüfung durch den Rechnungshof ergab, dass zirka 10 Prozent der überprüften Abwesenheitsfälle nicht oder nicht ordnungsgemäß gemeldet wurden. Daher weitere Fragen:

24.: Ist Ihnen als Eigentümerversorger bekannt, dass Abwesenheitsmeldungen an das LKH Graz und damit verbundene Honorarkürzungen unterblieben sind?

25.: Wenn ja, seit wann?

26.: Warum haben Sie nicht schon bei Erlangen der Kenntnis eine Überprüfung der Abwesenheiten des gesamten von der Kürzungsbestimmung des Steiermärkischen KALG erfassten ärztlichen Personals durchgeführt?

27.: Werden Sie nun eine Überprüfung der Abwesenheiten des gesamten von der Kürzungsbestimmung des Steiermärkischen KALG erfassten ärztlichen Personals durchführen?

28.: Wenn ja, wann und durch wen?

29.: Wenn nein, wie lässt sich das mit Ihrer Verantwortung als Eigentümerversorger vereinbaren?

30.: Wie rechtfertigen Sie – in Anbetracht der Tatsache, dass abwesende Ärzte ihre Abwesenheit nicht melden – Ihre Aussage betreffend fehlenden Personals für Herzoperationen? Der Rechnungshof kritisiert laut Medienberichten, dass Honorareinkünfte und Aufzahlungen für die Sonderklasse die Ursache für längere stationäre Versorgung von Patienten in der Sonderklasse sind. Dieser Vorwurf konnte durch Argumente der leitenden Ärzte nicht entkräftet werden.

31.: Teilen Sie die Meinung des Rechnungshofes, dass dies dem gesetzlichen Gebot der Gleichbehandlung aller Patienten widerspricht?

32.: Halten Sie es in Anbetracht dieses Gleichheitsgebotes für richtig, dass zu den höheren Kosten für die Hotelkomponente für Sonderklassepatienten zusätzlich Sondergebühren für ärztliche Leistungen eingehoben werden, obwohl in Österreich keine Unterschiede in der ärztlichen Behandlung von Patienten der Allgemeinen Klasse und der Sonderklasse gemacht werden dürfen? (Ich verweise auf ein Verfassungsgerichtshof-Erkenntnis vom 16. März 1995: Dem Äquivalenzprinzip entsprechend, sollen Gebühren ihrer Höhe nach in einem sachgerechten Verhältnis zu der zugrunde liegenden Leistung stehen.)

33.: Wie wollen Sie in Zukunft garantieren, dass die Verweildauer in der Sonderklasse auf ein der medizinischen Notwendigkeit entsprechendes Maß angepasst wird?

Wie rechtfertigen Sie Ihre Aussage betreffend die Wartezeiten für Herzpatienten auf Grund von Personal- und Ressourcenmangel in Anbetracht der Tatsache, dass Klassepatienten länger als notwendig stationär aufgenommen werden?

Geschätzte Damen und Herren, so tragisch es auch klingt und wie betroffen man auch ist, viele Patienten in der Steiermark leiden darunter, dass sie einer zeitgerechten Behandlung nicht zugeführt werden können. Viele Menschen sterben, weil das System versagt. Das ist auch der Grund dieser Dringlichen Anfrage.

Wir erachten als besonders dringlich, genau nachzufragen und zu erkunden, wo die Fehler im System liegen. Ich bin überzeugt davon – und möchte das ausdrücklich betonen, – dass wir Landesrat Erlitz nicht unterstellen – so wie es falsch geschrieben und berichtet wurde –, dass er am Tod von Menschen die Schuld trägt, sondern dass er die politische Verantwortung für dieses System trägt. Und genau diese politische Verantwortung wollen wir heute hinterfragen und auch einfordern. Und ich bin schon gespannt, meine Damen und Herren, wie die Antworten auf diese Fragen ausfallen.

Ich darf Sie daher ersuchen, Herr Landesrat, diese Anfrage entsprechend der Bestimmungen des Steiermärkischen Landtages zu beantworten.

Danke schön! (Beifall beim BZÖ. – 9.47 Uhr.)

Präsident: Zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage erteile ich nunmehr Herrn Landesrat Mag. Wolfgang Erlitz das Wort. Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Mag. Erlitz (9.47 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Als langjähriger Gesundheitssprecher meiner Fraktion im Landtag und seit nunmehr zweieinviertel Jahren als Gesundheitslandesrat freue ich mich natürlich immer, wenn hier sich dieses Hohe Haus mit dem Thema Gesundheit auseinandersetzt – wenn ich auch hier durchaus mehr Impetus und Engagement bei der Einbringung dieser Dringlichen erwartet hätte von Lafer – aber ich verhehle nicht, dass es mir unter anderen Umständen natürlich lieber gewesen wäre, über das Thema Gesundheit zu sprechen. Und trotzdem werde ich diesen Sonderlandtag ganz sicher nicht als Wahlkampfshow inszenieren, dazu ist mir das Thema viel zu ernsthaft – sind doch für die betroffenen Menschen überall in der Steiermark zu viele Sorgen und Ängste mit diesem Thema verknüpft. (Beifall bei der SPÖ.)

Sehr wohl halte ich es aber für meine Pflicht, Ihnen darzulegen, dass in diesem Gesundheitsressort des Landes Steiermark Tag für Tag großartige Arbeit geleistet wird. Und es sind zehntausende Steirerinnen und Steirer, die diese großartige Arbeit jeden Tag erbringen: in den vielen Bereichen der Vorsorge für unsere Gesundheit, in der Suchtvorsorge und Suchtbekämpfung, in den Arztpraxen, in den Beratungsstellen ebenso wie natürlich in den Pflegeeinrichtungen und natürlich eben Krankenanstalten.

Denn die Arbeit für die Gesundheit der Steirerinnen und Steirer beginnt nicht erst dort, wo schon etwas passiert ist, wo man schon erkrankt ist.

Eine der ganz großen Aufgaben ist es ja, den Menschen in ihrem täglichen Umfeld, in den Familien, in den Schulen und in den Betrieben die Möglichkeit zu geben, ihre Eigenverantwortung auf neu, eben hochsteirisch „empowerment“ hinsichtlich ihrer Gesundheit überhaupt wahrzunehmen. Und das beginnt mit der notwendigen Aufklärung bereits im Kindes- und Jugendalter und reicht über die vielfältigen gesundheitlichen Problemfelder der Erwachsenen bis hin zu den Herausforderungen des Alters und der Begleitung aus dem Leben in den Hospizen. Und ich möchte hier einmal mehr die Gelegenheit nützen, Ihnen wirklich vor Augen zu führen, was diese beiden Schlagworte von der demografischen Entwicklung und dem medizinisch-technischen Fortschritt für das Gesundheitswesen tatsächlich für Herausforderungen mit sich bringen:

Zum einen – bezogen auf die demografische Entwicklung haben wir heute durchschnittlich eine um rund fast 20 Jahre höhere Lebenserwartung als noch in den fünfziger und sechziger Jahren.

Und zum anderen verdoppelt sich das medizinische Wissen alle fünf, sechs Jahre und bietet uns damit ständig neue Behandlungsmöglichkeiten, neue Chancen. Und ich gehe davon aus, dass Sie alle hier meine Überzeugung teilen, dass es unsere Verantwortung als Politikerinnen und Politiker ist, diese, nämlich diese neuen Behandlungsmöglichkeiten, diesen medizinisch-technischen Fortschritt allen Menschen in unserem Land unabhängig von ihrem jeweiligen Einkommen und unabhängig, in welcher Region der Steiermark sie leben, auch zugänglich zu machen.

Dazu bedarf es natürlich gewaltiger laufender Anstrengungen, um mit diesen beiden Entwicklungen Schritt zu halten. Denn nur, weil wir jetzt auch die Möglichkeiten haben, zum Beispiel künstliche Knie- oder Hüftgelenke einsetzen zu lassen, heißt das natürlich nicht, dass wir auf der anderen Seite bei Blinddarmoperationen einsparen können – wie soll das auch gehen?

Und die eben erwähnten rund 4000 Knie- und Hüftoperationen pro Jahr nicht durchzuführen, hieße ja für ältere Menschen, dass sie die letzten zehn oder 20 Jahre ihres Lebens so wie früher quasi nur noch am Ofenbankerl zu sitzen, weil sie sich nur noch unter größten Schmerzen bewegen können.

Oder weil das diese Woche Thema war:

Anfang der Neunziger wurden in Graz gerade einmal halb so viele Herzoperationen durchgeführt wie heute, noch einmal zehn Jahre früher waren viele Operationstechniken noch gar nicht verfügbar, die heute zum Glück schon zum Standardrepertoire – kostet auch Geld – des medizinischen Angebotes in unseren Spitälern zählen. Und wir Politiker sind dafür verantwortlich, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass dies und vieles andere in der Steiermark möglich ist.

Und ich sage es nochmals ebenso klar, wie ich es von dieser Stelle aus schon mehrmals betont habe:

Seien wir dankbar, dass uns der Fortschritt diese Möglichkeiten bietet. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber sind wir uns auch bewusst, dass all das, was es uns ermöglicht heute, Krankheiten und Verletzungen zu überstehen, die noch vor zwei, drei Generationen tödlich waren oder zu lebenslanger Behinderung führten, auch Geld kostet und eben entsprechend dem wachsenden Angebot auch immer mehr Geld.

Und ich sage es hier ganz klar für mich und meine Fraktion:

Wir stehen dazu, allen Menschen hier in diesem Lande die bestmögliche medizinische Versorgung sicherzustellen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und wir stehen dazu, dass dieser medizinisch-technische Fortschritt, dieser rasant wachsende, auch allen Menschen zur Verfügung steht, unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten. Jeder soll so viel Versorgung bekommen, wie er benötigt, und nicht so viel, wie er Geld in seinem Geldtaschel hat. Dafür stehen wir! (Beifall bei der SPÖ.)

Im Sinne dieser von mir angeführten Verantwortung möchte ich Sie auch gerne mit den aktuellen Entwicklungen im steirischen Gesundheitswesen vertraut machen, bevor ich zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage komme:

Um den medizinischen Fortschritt auch in unseren Spitälern abbilden zu können, bedarf es natürlich auch hier kontinuierlicher Arbeit. Und ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um mit einem in der Steiermark weit verbreiteten Irrtum aufzuräumen:

Die Umstrukturierung der steirischen Spitalslandschaft steht nicht erst bevor, wir sind mitten drin. Der erste Schritt war die Einführung des Spitalsverbundes Judenburg-Knittelfeld – der Bescheid dazu erging am 6. Juni 1997.

Vorher hatten sie im Aichfeld die Situation, wie im Wesentlichen überall in den steirischen Spitälern zu jener Zeit. Natürlich mit Ausnahme des Grazer Universitätsklinikums.

Das Landeskrankenhaus in Knittelfeld verfügte über eine medizinische und eine chirurgische Abteilung, jenes in Judenburg zusätzlich über eine gynäkologische Abteilung mit Geburtenstation. Heute verfügt diese Region zusätzlich über eine Unfallchirurgie und eine neurologische Abteilung mit spezieller Stroke Unit, einer hoch qualifizierten Einheit für Schlaganfallpatienten. Damit stehen den jährlich rund 250 Schlaganfallpatienten aus den Bezirken Murau, Judenburg und Knittelfeld seither nicht nur erstmals Spezialisten in ihrer Heimatregion zur Verfügung, auch der notwendige Weitertransport nach Leoben oder Graz bleibt ihnen erspart.

Alle neuen Angebote zusammen trugen dazu bei, dass seither die Zahl der Patiententransporte nach Leoben und Graz um knapp 50 Prozent gesunken ist. Und ich kann mich noch gut erinnern, auch Sie wahrscheinlich, wie damals der Teufel an die Wand gemalt wurde, wenn es auch noch hauptsächlich Günter Dörflinger war, der ausrücken musste, um ihn – nämlich den Teufel – dort wieder herunterzulöschen. Leicht hatte er es nicht, war doch die ehemalige Landtagsabgeordnete, die sich damals an die Spitze der Gegner gestellt hatte, gleichzeitig auch Ärztin. Damals musste sich übrigens mein Vorgänger in diesem Zusammenhang anhören, dass er schuld am Tod von Menschen sei. Als sich diese Horrorszenarien dann nicht bewahrheiteten, bezichtigte man ihn der Geldverschwendung. Um es kurz zu machen: Auch das stellte sich schnell als unwahr heraus, alle ins Spiel gebrachten Alternativvarianten waren um ein Vielfaches teurer.

Weiter ging es dann mit der Einführung des Spitalsverbundes Leoben – Eisenerz, was uns die Einführung eines neuen Onkologieschwerpunktes am Landeskrankenhaus Leoben ermöglichte oder die Einführung einer neuen Pflegestation für Patienten mit Atembeschwerden in Kooperation mit den Sozialressorts im Landeskrankenhaus Eisenerz, um nur hier zwei Beispiele herauszugreifen.

Danach nahmen wir den Spitalsverbund Mürzzuschlag – Mariazell in Angriff und jetzt wiederum die Vernetzung mit dem Landeskrankenhaus Bruck. Aus all diesen Veränderungsprozessen wissen wir sehr gut, dass sie – gerade weil die Spitalsversorgung ein überaus sensibler Bereich ist – den Menschen Sorgen machen.

Und ich verstehe diese Sorgen auch gut: Wenn Mitarbeiter der betroffenen Spitäler wissen, dass sie künftig pendeln müssen, dass eingespielte Strukturen und Hierarchien neu zu ordnen sind, reagieren manche mit Abwehr, verständlich. Und sind so wieder die besten Multiplikatoren gegen die bevorstehenden Veränderungen.

Und wenn dann Ärztinnen, Ärzte oder andere Mitarbeiter der Spitäler – so wie etwa im Fall des Spitalsverbundes Judenburg-Knittelfeld – Ängste schüren, ist die Bevölkerung natürlich besorgt und verängstigt.

Was ich aber dann nicht mehr verstehen will und nicht mehr verstehen kann, ist, wenn Politiker sich diese Stimmung zunutze machen, um mit diesen Ängsten der Menschen zu spielen, um politisches Kleingeld zu wechseln. (Abg. Straßberger: „Nein, nein, Chirurgie!“) Da verstehe ich nichts mehr. (Beifall bei der SPÖ.) Zum Beispiel du, und weil Kollege Straßberger hier mir einen Zettel zeigt, ich freue mich schon, in diesem Zusammenhang auch eine aktuelle Erfolgsmeldung, auch für die Politik aktuelle Erfolgsmeldung vorzulegen. (Abg. Straßberger: „Ist die Chirurgie geschlossen worden oder was? So schauts aus!“)

Im Laufe der vergangenen Woche konnten die nächsten Schritte im Reformprozess fixiert werden. Ebenso wie bei den bereits berichteten Beispielen werden schwere Operationen künftig an regionale Schwerpunktspitäler verlegt – jene Spitäler, wo diese Angebote reduziert werden, werden als Schwerpunktspitäler für neue Angebote hochgerüstet. Was für die PatientInnen aus den genannten Regionen die Gewähr bringt, in die Hände von Operationsteams zu gelangen, die ihre jeweils erforderliche Operation oder die erforderlichen Operationen mit hoher Wahrscheinlichkeit mehrmals im Monat durchführen und so darin hoch trainiert sind.

So kooperiert das Landeskrankenhaus Voitsberg in chirurgischen Belangen sowohl mit dem Grazer Unfallkrankenhaus, wie auch mit der Universitätsklinik.

Einerseits sind damit sowohl für die Patientenversorgung wie auch für die Ärzteausbildung qualitative Steigerungen zu erhoffen und zum Zweiten können wir frei werdende Kapazitäten für die Einrichtung einer AG-Rem-Station nutzen. Einer akutgeriatrischen Einrichtung, die sich aus der bereits erwähnten demografischen Entwicklung als absolute Notwendigkeit herausstellt.

Für das Landeskrankenhaus Mürzzuschlag bringt dieser Reformschritt neben ebenfalls einer neuen AG-Rem-Station die Möglichkeit zum obersteirischen Zentrum für die Versorgung von RheumapatientInnen aufzurüsten und so ebenfalls neue Wege in eine gesicherte Zukunft zu gehen. (Abg. Straßberger: „Die Chirurgie ist geschlossen!“)

Und das Landeskrankenhaus Fürstenfeld wird sich ab jetzt zum Schwerpunkt für die gesamte Tageschirurgie in der Oststeiermark entwickeln. Erlaubt es doch der medizinische Fortschritt heute, PatientInnen nach leichteren Eingriffen oft noch am selben Tag oder spätestens nach einer Nacht in häusliche Pflege zu entlassen.

Ich hoffe, dass diese Lösungen auch die Abgeordneten des Hohen Hauses überzeugen. Gelingen ist uns das jedenfalls in den betroffenen Spitälern: Dort haben jeweils ärztliche und Pflegeleitung sowie die Betriebsräte mit ihrer Unterschrift für diese Lösungen optiert. Und ich hoffe und gehe davon aus, dass all diese Menschen das nicht getan hätten, wenn sie nicht ebenfalls davon überzeugt gewesen wären, dass dies gute Lösungen – sowohl im Sinn der PatientInnen wie auch der Mitarbeiter – sind. (Beifall bei der SPÖ.)

Falls da aber noch immer Zweifel an der Umsetzungsfähigkeit der KAGES – zu den anderen Bereichen des Gesundheitswesens komme ich noch – bestehen sollten, möchte ich Ihnen gerne noch nur einen kurzen Abriss der in den letzten beiden Jahren erfolgten Umsetzungen vor Augen führen:

Beispielhaft, mit dem Umbau der Chirurgie am Grazer Universitätsklinikum, den wir im Dezember 2004 eröffnen konnten, wurden eine neue Intensivstation mit 14 Betten, die Ambulanz für präoperative Untersuchungen mit Schmerzambulanz und das Operationszentrum B mit sechs Sälen auf den neuesten Stand gebracht.

Im Juni zuvor wurde das „Neue Zentrum für medizinische Grundlagenforschung“ am Gelände des Grazer Universitätsklinikums seiner Bestimmung übergeben.

Es verfolgt vor allem das Ziel, Forscher aller am Klinikum beheimateten Disziplinen miteinander in Kontakt zu bringen, beherbergt aber auch die medizinische Fachbibliothek und die studentische Selbstverwaltung.

Im April des Vorjahres konnten wir das neue zweigeschoßige Tunnelsystem am LKH-Gelände seiner Bestimmung übergeben – das wetterunabhängige Patiententransporte ebenso ermöglicht wie die mediale Vernetzung aller Häuser untereinander.

Anzuführen ist sicher auch der Erweiterungsbau II der Medizinischen Universitätsklinik mit den Ambulanzen für Angiologie und Onkologie, einem Blocklabor sowie neuen Intensivseinheiten, einer Ambulanz für Endokrinologie, einer ambulanten Chemotherapie und neuen Räumlichkeiten für die ständig zu modernisierende Haustechnik.

Die Inbetriebnahme wird im heurigen Herbst übrigens erfolgen und ich freue mich schon sehr darauf, möglichst viele auch von Ihnen dort begrüßen zu können und zu dürfen.

Am Grazer Klinikum gibt es aber auch noch weitere Projekte. Viele Projekte, über die wir gerne sprechen können – ich möchte aber auch nicht verabsäumen, noch einen kurzen Streifzug durch die Bezirke zu unternehmen:

Für das Landeskrankenhaus Bruck führe ich beispielhaft den Neubau der Physiotherapie an, für Leoben das Magnetresonanzgerät neuester Generation, das Echtzeituntersuchungen des Herzens ebenso ermöglicht wie den Blick in kleinste Blutgefäße, was ebenfalls vor allem für Herzuntersuchungen von Bedeutung ist.

Auch die neu gestaltete Palliativstation in Leoben. Fertigstellung September 2005, sowie die bereits fertige geburtshilfliche und gynäkologische Ambulanz oder auch die bereits fertig gestellte Bahnfußgängerunterführung sind sicher dazu angetan zu zeigen, wie viel hier allein an diesem Standort in Leoben in positiver Bewegung ist.

Weil ich gerade in der Obersteiermark bin: Die dort beheimateten Kolleginnen und Kollegen wissen natürlich, dass an beiden Häusern emsig gearbeitet wird, in Judenburg an der Sanierung des Altbaus Ost, in Knittelfeld am Zubau – der im heurigen Herbst fertig gestellt werden sollte.

Wenn ich dann noch weiter nördlich gehe, bringt mich das zum zweiten Thema, von dem ich Ihnen heute auch erstmals hier in diesem Haus berichten kann – Bad Aussee:

Ich freue mich sehr, Sie heute von dieser Stelle zum Spatenstich für die Psychosomatische Klinik Bad Aussee einladen zu können (Beifall bei der SPÖ.), der nun für den 28. Juni festgelegt werden konnte. (Abg. Wöhry: „Macht den Baubeginn!“) Es war eine mühevollere Arbeit dort hin zu kommen. Gemeinsam ist es jetzt gelungen. Wir werden gemeinsam dort auftreten, aber es ist noch nicht alles für Bad Aussee.

Und immerhin handelt es sich dabei um ein Projekt, das bereits Mitte der neunziger Jahre erstmals verkündet wurde und ich gestehe, ich bin stolz darauf, dass ich es nun zu einem guten Ende beziehungsweise zu einem tatsächlichen Baubeginn bringen konnte.

Diese neue Psychosomatische Klinik wird insgesamt 100 Betten umfassen; beinhaltet aber auch das viel zitierte Synergiemodul, mit dem auch begonnen wird, mit dem geplanten neuen Landeskrankenhaus Bad Aussee.

Ein weiteres Thema, das mich und meine MitarbeiterInnen im Gesundheitsressort des Landes Steiermark in den letzten Jahren permanent beschäftigt hat, ist die Zukunft der steirischen Ordensspitäler. Und erneut darf ich hier darauf verweisen, dass diese nie zuvor in der Geschichte des Landes einen kalkulierbaren Zuschuss hatten. Die haben noch nie einen kalkulierbaren Zuschuss erhalten, auch wurde nie zuvor von Seiten des Landes so viel Geld in die Ordensspitäler investiert, wie in den letzten Jahren. (Abg. Majcen: „Was sagst du dann, dass du keines hast?“)

Mit diesen Investitionsmitteln konnten wir aber auch Gewaltiges bewegen: Sowohl bei den Barmherzigen Brüdern in Eggenberg, in der Grazer Marschallgasse wie auch bei den Elisabethinen in Graz und im Marienkrankenhaus in Vorau.

In Schladming wurde überhaupt ein kompletter Neubau des Diakonissenspitals in Angriff genommen, den Abgang wird aber ebenfalls das Land – zumindest 97 Prozent – zahlen.

Um das alles zu verstehen, muss man aber auch die Gründe und Motivationen dafür kennen. Der Grund, was die Ordensspitäler anlangt, der Grund liegt nicht vorrangig darin, dass die steirischen Ordensspitäler immerhin rund 10 Prozent der steirischen PatientInnen versorgen. Grund und Motivation unseres diesbezüglichen Handelns sind ganz einfach, dass sich die Orden im Gegenzug verpflichten mussten, ihre Spitäler in die Struktur- und Angebotplanung für die steirische Spitalslandschaft einzubringen, um hier wirklich eine aufeinander abgestimmte Struktur und ein Angebot zu haben aller Krankenträger hier in diesem Lande.

Und weil ich gerade bei den nicht landeseigenen Spitälern bin, noch eine Anmerkung zum Geriatriischen Krankenhaus hier in der Stadt Graz:

Es war zwar in den Zeitungen zu lesen – (Abg. Mag. Drexler: „Lesen können wir selber“!), ja, Sie aber wird das nicht alle berührt haben, das mag schon sein: Dass dieses Spital nun als erste derartige Einrichtung Österreichs aus Mitteln des Krankenanstaltenfinanzierungsfonds unterstützt werden kann, das ist durchaus bahnbrechend. Und ich stehe nicht an, mich hiefür auch beim Leiter meiner Rechtsabteilung, Herrn Hofrat Dietmar Müller, im Namen aller Patientinnen und Patienten dort sehr herzlich für diese unzähligen Gespräche und Diskussionen zu bedanken, die wir gemeinsam geführt haben, um den Widerstand der anderen Bundesländer zu brechen, die ja strikt dagegen waren, dass ein neues Krankenhaus in Österreich in den Fonds gelangt. Uns ist es hier in der Steiermark gelungen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und dass dies ein großer Erfolg ist, sieht man schon daran, dass nämlich die Angehörigen hier wesentlich höhere Selbstbehalte in Kauf nehmen mussten in diesem Spital. Und dass wir außerdem den Neubau des Geriatriischen Krankenhauses der Stadt Graz, der gerade in Gang ist, wir waren ja selbst beim Spatenstich, ebenfalls zu zwei Dritteln mitfinanzieren, sei hier auch erwähnt.

Und bevor ich dann im Zuge der Beantwortung der 34 Detailfragen der an mich gerichteten Anfrage auch zum Thema Warteliste für Herzpatienten komme, möchte ich Ihnen über zwei weitere derartige Aufgabenstellungen und ihre Lösungen berichten:

Im vergangenen Jahr brannte uns und den steirischen Medien das Thema der Wartezeiten für Augenoperationen ebenso unter den Nägeln, wie es heute die Wartezeiten auf Herzoperationen tun – immerhin betrug die Wartezeit auf eine Staroperation bis zu eineinhalb Jahre.

Um es kurz zu machen: Es ist uns gelungen die Zahl der durchgeführten Operationen im vergangenen Jahr von 2829 auf 3761, also um knapp 1000 Operationen zu erhöhen. Die Wartezeiten für dringliche Fälle sind damit auf wenige Wochen oder schlimmstenfalls Monate – auch unsere Augenärzte können den konkreten Patientenstrom nicht planen – zurückgegangen durch tagesklinische Eingriffe an der Klinik. (Beifall bei der SPÖ.)

In etwa dieselben Erfolge kann ich Ihnen auch in der Endoprothetik berichten:

Seit April 1994 konnten die Wartezeiten sukzessive auf maximal eineinhalb Monate für Schulter- und Hüftimplantate am Landeskrankenhaus Stolzalpe und maximal vier Monate am Landeskrankenhaus Bad Aussee im elektiven Bereich verkürzt werden.

Falls es weitere Fragen zu Leistungen des Gesundheitsressorts, bezogen auf die steirischen Spitäler, gibt, stehe ich selbstverständlich gerne zur Verfügung – ansonsten gestatten Sie, dass ich zu einem weiteren Auftrag von essenzieller Bedeutung komme:

Suchterkrankungen gehören heute zu den großen Herausforderungen für jedes Gesundheitswesen. Alleine in der Steiermark gehen Experten davon aus, dass 60.000 Menschen tatsächlich alkoholsüchtig sind, mindestens ebenso viele ernsthaft gefährdet. Ich darf Sie übrigens warnen: Rein statistisch gesehen zählen Politiker und Journalisten zu den besonders gefährdeten Berufsgruppen. Und es liegt nicht an meinem erlernten Beruf als Lehrer, wenn mir auch in diesem Zusammenhang unsere Kinder und Jugendlichen besonders am Herzen liegen.

Der praktische Einstieg in den Alkoholkonsum erfolgt heute im Durchschnittsalter zwischen 13 und 15 Jahren. Von den 13-Jährigen trinken bereits 3 Prozent jede Woche Bier und 5 Prozent Mischgetränke – bei den 15-Jährigen betragen diese Zahlen bereits 18 beziehungsweise 29 Prozent.

Nicht viel besser sieht die Situation hinsichtlich des viel zitierten Joints aus:

30 Prozent der jungen Menschen im Alter zwischen 12 und 25 Jahren haben Erfahrungen mit Cannabis, wobei hier das Einstiegsalter etwas später zu sein scheint. Bei den 15-Jährigen geben 2 Prozent an, regelmäßige Konsumenten zu sein. (Abg. Schleich: „So schauts aus!“)

Zwar sind uns auch hier in den letzten Jahren Erfolge gelungen – siehe die neu errichtete Drogen-therapiestation in Kainbach bei Graz oder die neuen Suchtberatungseinrichtungen in Weiz und Schladming –, trotzdem richte ich auch heute erneut den Appell speziell an die Kolleginnen und Kollegen jener Fraktionen, deren Parteifreunde zurzeit in Wien die Bundesregierung stellen:

Vielleicht können Sie in Entsprechung unseres gemeinsamen Landtagsbeschlusses wieder einmal hinsichtlich der Einrichtung eines Pflichtfaches Gesundheitserziehung in allen Schulen drängen. Es wäre wichtig für unsere Kinder – sowohl zur Bewusstseinsbildung hinsichtlich Sucht wie auch im Hinblick auf gesunde Lebensgewohnheiten im Allgemeinen. (Beifall bei der SPÖ.)

Da wir gerade beim Thema junge Menschen sind:

Wie Sie alle sicher wissen, steigt der Bedarf an ausgebildeten Kräften für die Krankenpflege – wieder auf Grund der demografischen Entwicklung – stark an. Und auch hier kann ich Ihnen eine Erfolgsstory des Gesundheitsressorts gerade in den letzten Jahren berichten und erzählen: Zurzeit schließen in unseren steirischen Schulen jährlich etwa 400 diplomierte Krankenschwestern und -pfleger und 450 Pflegehelfer ihre Ausbildung ab. Allein in den nächsten fünf Jahren steigt der Bedarf auf jährlich etwa 670 Diplomkrankenpflegekräfte und 570 Pflegehilfskräfte. Es ist uns gelungen, am Standort Graz ab heuer 16 zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen, in Bad Radkersburg nimmt im Herbst eine neue Schule mit 36 zusätzlichen Ausbildungsplätzen den Betrieb auf. Erst im vergangenen Herbst konnten wir dort, nämlich in Bad Radkersburg, die neue Ausbildungsstätte für Physiotherapeuten und Therapeutinnen ihrer Bestimmung übergeben. An der Schule in Murau konnten wir nun die Zahl der Ausbildungsplätze ebenfalls um 16 erhöhen, an einer weiteren Schule im Großraum Graz arbeiten wir gerade. Um Ihnen auch im Bereich der Gesundheitsvorsorge die Leistungen des steirischen Gesundheitsressorts speziell aus den letzten Jahren nicht vorzuenthalten – ein kurzer Abriss:

Mit dem Scheckheft „Gesundheit für Mutter und Kind“ ist es mittlerweile gelungen, wieder einen vergleichbaren Prozentsatz von Müttern dazu zu bringen, mit ihren Babys die Vorsorgeuntersuchungen zu absolvieren wie zu Zeiten des Mutter-Kind-Passes, wo es ja bekanntlich damals bis zu 15.000 Schilling Belohnung gab. In der Pneumokokken-Impfaktion des Landes Steiermark konnten wir im heurigen Jahr als einziges österreichisches Bundesland den diesbezüglichen Rückzug des Bundes abfangen, der hat sich davongestohlen, der die finanziellen Mittel dafür nicht aufbringen konnte. Die Steiermark ist eingesprungen und hat diese Pneumokokkenimpfung zu günstigen Preisen durchgeführt.

Mit dem steirischen Seuchenalarmplan, der ebenfalls in den Jahren 2003 und 2004 erarbeitet wurde, nimmt die Steiermark schon wieder eine Vorreiterrolle unter den österreichischen Bundesländern ein. Der Einsatz des von mir initiierten Fitnesscheckpoints bei Veranstaltungen und in Betrieben oder Initiativen wie das Pilotprojekt „Sportkoordination“ in Voitsberg seien ebenso beispielhaft angeführt wie etwa die erstmalige Erarbeitung von Qualitätskriterien für Mobile Dienste, die es nun erlauben, zu fördernde Leistungen vergleichbar zu machen, gab es vorher auch nicht.

Damit komme ich zu zwei Projekten, die bereits im direkten Zusammenhang mit dem aktuellen Thema der Herz-Kreislauf-Erkrankungen stehen und gerade wegen der Tragik jedes einzelnen Todesfalles ganz sicher von eminenter Bedeutung für die Vermeidung derselben sind. Im einen Fall spreche ich vom Diabetesprojekt des steirischen Gesundheitsressorts in Kooperation mit der Ärztekammer und in Kooperation mit der Gebietskrankenkasse – herzlichen Dank –, das darauf abzielt, Ärzte und Patienten im Umgang mit ihrer Krankheit so zu schulen, dass schwer wiegende Auswirkungen, wie zum Beispiel Herzinfarkte möglichst hintangehalten werden können. Ein Beleg auch für die finanziellen Auswirkungen von Vorsorgemaßnahmen, für die mir ja leider im heurigen Budget die ohnehin geringen Mittel erneut gekürzt wurden: Die Kosten für die Schulung berechnen sich hier mit 322 Euro pro Patient, die Projektevaluierung geht im Gegenzug von Einsparungen von durchschnittlich 774 Euro pro Patient auf zehn Jahre gerechnet aus.

Das heißt, da ist etwas drinnen in der Vorsorge, da rechnet sich die Vorsorge. Da gibt es auch Zahlen, dass unter dem Strich eine schwarze Zahl herauskommt. Ich investiere in die Vorsorge und ich erspare mir später in der Reparatur tatsächlich Geld – nicht nur –, Leid natürlich auch! (Beifall bei der SPÖ.)

Noch aktueller ist sicher das Projekt „Herz.Leben“, das gerade jetzt im Mai gestartet wurde, gestartet werden konnte: Auch wieder dankenswerterweise in Zusammenarbeit, in hervorragender Kooperation zwischen Gesundheitsressort, Ärztekammer, Gebietskrankenkasse. (Beifall bei der SPÖ.)

Dieses Projekt zielt auf Hypertoniker, also Menschen mit Bluthochdruck ab. Dieser stellt ja jedenfalls unter den Herz-Kreislauf-Erkrankungen die Todesursache Nummer eins dar und wir müssen uns gewahr sein, dass immerhin 20 Prozent der steirischen Bevölkerung darunter leiden, knapp 80 Prozent von ihnen jedoch besser therapiert sein könnten.

Also haben wir uns entschlossen, auf Initiative des Gesundheitsressorts, noch einmal, mit der steirischen Ärztekammer, mit der Gebietskrankenkasse steirische Ärzte gezielt mit den modernsten Therapiemöglichkeiten vertraut zu machen – und ich bin sicher, dass wir damit ebenfalls einen ganz wesentlichen Beitrag zur Vermeidung von Herztoten leisten.

Bevor ich nun zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage komme, eine Klarstellung:

Wenn ich hier gerade die hervorragenden und oft österreichweit vorbildlichen Leistungen des steirischen Gesundheitsressorts – gerade auch in den letzten beiden Jahren – ins Rampenlicht gestellt habe, so heißt das nicht, dass nicht noch mehr leistbar wäre.

Ich habe bereits ausgeführt, unter welchen Leistungsdruck die demografische Entwicklung einerseits, der medizinisch-technische Fortschritt andererseits jedes Gesundheitswesens – und damit auch das steirische – stellen.

Und da müssen wir uns bewusst sein, dass es nicht im Sinn der Menschen im Land sein kann, wenn der Zuschuss zu unseren Spitälern zuerst eingefroren wird, obwohl allein die Personalkosten eine jährliche Kostensteigerung von 3,4 Prozent verursachen und dann einmalig gerade so viel erhöht wird, dass die Steigerung von 2004 auf 2005 abzüglich der Personalerfordernisse gerade einmal 0,6 Prozent ausmachen. Wir müssen allen diesen Anforderungen gerecht werden: demografische Entwicklung, medizintechnische Entwicklung, medizintechnischer Fortschritt. Ebenso wenig wie es im Sinn der Menschen im Land sein kann, die ohnehin viel zu geringen Mittel für die Gesundheitsvorsorge noch einmal zu kürzen.

Meine Fraktion und ich stehen ganz klar nicht für so einen Umgang mit der Gesundheitspolitik in diesem Lande. (Beifall bei der SPÖ.)

Dem Gesundheitsressort des Landes ist die Thematik Herzoperationskapazitäten seit Jahren bekannt, auch bereits vor meiner Zeit als ressortverantwortliches Regierungsmitglied war dies so. Und ich verstehe, wenn sich manche hier nicht mehr daran erinnern können, weil die Schwerpunkte ihrer Tätigkeit anderswo liegen.

Aber wir alle hier haben, ob als Abgeordnete oder Regierungsmitglieder, der Schaffung zweier neuer Herzzentren am Landeskrankenhaus Graz-West mit der Inbetriebnahme im Dezember 2002 und am Landeskrankenhaus Bruck an der Mur mit Aufnahme des Probetriebes im Frühjahr 2003 zumindest unsere Zustimmung erteilt. Und diese beiden Einrichtungen sind ja der greifbare Beweis dafür, dass sich die Gesundheitspolitik in diesem Lande intensiv mit der Lösung dieser Problematik beschäftigt. (Beifall bei der SPÖ.)

Und so ist es eigentlich nur natürlich, dass auch der „Gipfel“ bei Frau Landeshauptmann Klasnic zum Thema Herzoperationen in der Vorwoche praktisch kein anderes Ergebnis hervorbringen konnte als jenes, das im Wesentlichen dieselben Experten in meinem Auftrag bereits auf den Tisch gelegt hatten. Der nächste Schritt zur Erweiterung der Kapazitäten am Grazer Klinikum personelle Schritte das Wesentlichste sind.

Folgerichtig hat mich am Abend des Gipfels der von Landeshauptmann Klasnic beauftragte Klinikvorstand ersucht, ihm alle bisherigen Ergebnisse meiner von mir initiierten Arbeit zur Verfügung zu stellen, da es wenig sinnvoll sei, ein Parallelkonzept zu erarbeiten. (Abg. Stöhrmann: „So schaut es aus!“ – Beifall bei der SPÖ.)

Wie Sie wissen, habe ich dem Personalressort bezüglich der notwendigen Schritte bereits meine Hilfe angeboten, obwohl mich Kollege Schützenhöfer erst vor wenigen Wochen in einem Schreiben ausdrücklich darauf hingewiesen hat – es war am 31. Mai –, dass er das zuständige Regierungsmitglied für Personalfragen und der Generalversammlung in allen Personalangelegenheiten in den steirischen Spitälern ist.

Zusammenfassend stellt sich die Situation also wie folgt dar:

Das Gesundheitsressort arbeitet seit Jahren erfolgreich an entsprechenden Vorsorgemaßnahmen und auch der Aufstockung der Operationskapazitäten für HerzpatientInnen. Und jetzt sage ich ein paar Zahlen: Steiermarkweit, und da hinten sitzt ja bitte sehr die ganze Riege der KAGES, die könnten sofort aufstehen und sagen, das stimmt nicht, steiermarkweit konnte so die Zahl der schweren Eingriffe seit Beginn der neunziger Jahre auf das Doppelte erhöht werden.

Im Wettlauf mit den sich ebenfalls rasch entwickelnden Möglichkeiten und Notwendigkeiten sind nun wieder einmal personelle Schritte zu setzen, für die ich als Gesundheitslandesrat gemäß der von der ÖVP nach der Landtagswahl 2000 verordneten Geschäftseinteilung nicht einmal einen Antrag, ich darf nicht einmal einen Antrag in die Landesregierung einbringen. Um diese Regelung zu umgehen – ich umgehe sie – stelle ich, wie bereits erwähnt, dem Personalbereich Mittel, für heuer, Mittel aus dem Investitionsbudget zur Verfügung.

Und für all das, was ich hier tue, droht man mir im Endeffekt mit einem Misstrauensantrag. (Abg. Genaro: „So schauts aus!“) Wahlkampfshow ist dafür wirklich noch ein sehr zurückhaltender Ausdruck. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich komme nun zur Beantwortung der 34 an mich gestellten Fragen:

Frage eins: Ich lese sie nicht vor. Sie haben sie vor sich liegen.

Geben Sie mir bitte endlich das notwendige Personal oder auch nur die Personalhoheit in meinem Ressort zurück, dann werden wir hier so rasch wie möglich Abhilfe schaffen. (Beifall bei der SPÖ.) Denn bei aller Wahlkampfstimmung will ich wirklich niemandem und keiner Partei unterstellen, dass uns nicht allen jeder einzelne vermeidbare Todesfall ein Gräuel ist.

Frage zwei: Prof. Rigler nennt als Notwendigkeit rund 1000 Eingriffe pro Jahr mit der Herz-Lungen-Maschine. Man muss immer hier unterscheiden wovon wir sprechen. Von diesen großen Eingriffen oder von den Herzkathetereingriffen, Stents und so weiter.

Frage drei: In Ergänzung der bereits bei Frage zwei genannten Zahlen beziehe ich diese Frage nun auf die Operationen mit der Herz-Lungen-Maschine: davon konnten im vergangenen Jahr 865 durchgeführt werden

Frage vier: Leichtere Herzoperationen, wie etwa Implantation von Herzschrittmachern oder Aggregatwechsel – sofern man bei Operationen am Herzen überhaupt von leichteren sprechen kann, ich sage da jetzt keine Bewertung – können derzeit neben den bereits erwähnten Zentren am Grazer Universitätsklinikum, am LKH Graz-West sowie in Bruck an der Mur an folgenden Standorten durchgeführt werden: Fürstenfeld, Hörtgas, Hartberg, Leoben, Radkersburg, Schladming, Voitsberg, Wagna, Weiz, Deutschlandsberg und im Spitalsverbund Judenburg-Knittelfeld.

Dazu kommt natürlich die Sonderkrankenanstalt in Sankt Radegund, wo zusätzlich auch Herzkathetereingriffe vorgenommen werden, die auch per Vertrag – übrigens – an der KAGES angegliedert ist; ein Angliederungsvertrag.

Ich verweise nochmals auf die gerade in den letzten Jahren bereits erzielten Steigerungen.

Und bitte hören Sie mir auch hier zu:

Bei Herzkatheteruntersuchungen, das sind Schlaganfallpatienten, Kollege Lafer, wo du gesagt hast, es geht nicht, bei Herzkatheteruntersuchungen betrug die Steigerung zwischen 2001 und 2004 30 Prozent, der Mehraufwand dafür beträgt übrigens alleine in der KAGES 3 Millionen Euro.

Die Zahl der Koronarinterventionen konnte im selben Zeitraum um 70 Prozent gesteigert werden, jene der Stent-Implantationen gar um 90 Prozent, das sind von 2001 bis 2004 gewaltige Steigerungen.

Auf der Warteliste der Klinischen Abteilung für Herzchirurgie – jetzt sind wir in Graz – stehen derzeit 90 Menschen. Für jeden einzelnen von ihnen muss der einweisende Kardiologe auch die Dringlichkeit des Eingriffes festlegen:

Demnach müssen von diesen 90 Herzpatienten 22 innerhalb der nächsten zehn Tage und 44 innerhalb der nächsten sechs Wochen operiert werden. Für die verbleibenden 24 wurde keine zeitliche Dringlichkeit von den einweisenden Kardiologen gesehen.

Zur Frage fünf:

Im Jahr 2002: 15.

Im Jahr 2003: 15.

Im Jahr 2004: zehn.

Zur Frage sechs:

Die letzten diesbezüglich in meinem Ressort vorliegenden Zahlen gelten für das Jahr 2002. In diesem Jahr wurden 192 Steirerinnen und Steirer außerhalb der Steiermark am Herzen operiert. Zu einem großen Teil ist aber nicht anzunehmen, dass sie das mussten, sondern diese Entscheidung durch den einweisenden Arzt auf Grund der geografischen Nähe zu Spitälern in anderen Bundesländern gefällt wurde.

Von den genannten 192 Eingriffen wurde mehr als die Hälfte am Spital in Wels durchgeführt, das ja bekanntlich für viele Menschen aus der Obersteiermark und ihre Angehörigen näher liegt als Graz. Laut Auskunft der KAGES ist die Zahl der Steirer, die in anderen Bundesländern insgesamt am Herzen operiert werden, weiter stark rückläufig.

Frage sieben:

Wie bereits ausgeführt, konnte das steirische Gesundheitswesen gerade in den letzten Jahren im Wettlauf mit der demografischen Entwicklung und dem medizinischen Fortschritt enorm Boden gutmachen. Die nächsten fälligen Schritte werden auch vom Vorstand der KAGES gemäß der in meinem Auftrag in den letzten Monaten erarbeiteten Expertenempfehlung in personeller Aufstockung und unterstützenden organisatorischen Maßnahmen gesehen. Wie bereits festgestellt, bin ich gerne bereit, hier dem Personalressort zu helfen.

Frage acht:

Die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft hat in den letzten Jahren gerade unter Berücksichtigung ihrer budgetären Möglichkeiten herzeigbare Fortschritte bei der Behandlung von Herzpatienten gemacht, aber noch nicht alle Versorgungslücken schließen können. Ein neues kardiologisches Gesamtkonzept unter Einbindung aller dafür in Frage kommenden steirischen Spitäler wird Teil der gesamten Struktur- und Angebotsplanung sein – Zwischenberichte liegen bereits vor.

Frage neun:

Diese Mängel sind vom Bundesrechnungshof – jetzt geht es um die Dokumentation, Verrechnung von Leistungen an Sonderklassepatientinnen – diese Mängel sind vom Bundesrechnungshof im Zuge seiner Prüfung im Universitätsklinikum Graz im Dezember des Vorjahres erhoben worden und mir seit Übermittlung des Rohberichtes bekannt.

Frage zehn:

Nach derzeitigem Stand wurden von den betroffenen Bereichen des Klinikums Graz in Summe 3 Millionen Euro, davon 2,8 Millionen für Laborleistungen, zu wenig in Rechnung gestellt, 2,8 Millionen!

Punkt elf und zwölf behandle ich zusammen:

Nach Auskunft der KAGES erhielt die Anstaltsleitung des Grazer Universitätsklinikums unmittelbar nach Bekanntwerden der Mängel die entsprechenden Aufträge.

Frage 13:

Diese Nachverrechnungen wurden zum Teil bereits durchgeführt oder sind im Laufen.

Frage 14:

Jeweils vier Wochen nach Rechnungslegung, man kann mit aushaftenden Beträgen rechnen.

Frage 15:

Die Abrechnung der medizinischen Leistungen für die Allgemeine Gebührenklasse erfolgt über das System der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung an den SKAFF. Dabei sind gemäß einer KAGES-Richtlinie monatlich Plausibilitätsprüfungen seitens der abrechnenden Organisationseinheiten vorzunehmen.

Und diese Ergebnisse wiederum werden ebenfalls monatlich im Zuge des strategischen Unternehmens-Controlling überprüft. Und darüber hinaus wird am Ende jedes Wirtschaftsjahres ein Abgleich aller dokumentierten stationären Fälle der Allgemeinen Gebührenklasse in den KAGES-Krankenanstalten mit den zur Verrechnung gebrachten Fällen durchgeführt.

Frage 17:

Bei Annahme eines Zinssatzes von 2,6 Prozent ergibt sich für den genannten Nachforderungsbetrag für Laborleistungen in Höhe von 2,8 Millionen ein Zinsverlust von 200.000 Euro. Nur um eine Relation herzustellen, dies entspricht bei jährlichen ungefähren Umsatzerlösen der KAGES in Höhe von rund 620 Millionen Euro einem Prozentsatz von 0,000326 Prozent, als drei Zehntausendstel Prozent machen diese 200.000 Euro Zinsverlust aus.

Frage 18:

Der Stand der Erhebungen in der KAGES besagt, dass diese Mängel weder grob fahrlässig noch schuldhaft entstanden sind, womit eine Regressierung bei den betroffenen Mitarbeitern wenig Aussicht auf Erfolg hätte.

Frage 19:

Nein, die angesprochene Summe beläuft sich, wie bereits dargelegt, auf 2,8 Millionen Euro.

Bis wann werden Sie diesen aushaftenden Betrag verrechnen – Frage 20:

Die Aufarbeitung der Verrechnungsmängel wurde bereits mit Ende Mai abgeschlossen. Die Nachverrechnungen erfolgen nun pauschal an die einzelnen Versicherungsträger. Diese ergehen nun laufend bis Anfang Juli.

Mit welcher Höhe beziffern Sie diesen Zinsverlust – Frage 21:

Das scheint mir dieselbe Frage wie unter Punkt 17 zu sein.

Frage 22:

Das scheint mir dieselbe Frage wie unter Punkt 18 zu sein.

Frage 23:

Die vom Bundesrechnungshof aufgezeigten Verrechnungsmängel waren durch Falschdokumentationen beziehungsweise Unterbleiben von Dokumentationen bedingt. Die EDV stellte ihre Leistungsfähigkeit durchaus bei der Aufarbeitung dieser Mängel unter Beweis.

Frage 24:

Eigentümerversorger für das Universitätsklinikum ist kein Mitglied der Landesregierung, sondern die zuständige Ministerin Gehrler. Natürlich sind mir aber die angeführten Mängel seit Übermittlung der Prüfungsergebnisse des Bundesrechnungshofes bekannt.

Frage 25:

Die KAGES wurde von den Prüfern des Bundesrechnungshofes Ende März dieses Jahres, also vor zweieinhalb Monaten, informiert. Ich gehe davon aus, dass alle Informationen raschestmöglich an mich weitergeleitet werden.

Die Fragen 26 bis 29 beziehen sich alle auf reine Personalfragen.

Ich bin gerne bereit, sowohl dem BZÖ- wie auch dem ÖVP-Landtagsklub Exemplare der Geschäftsverteilung der Steiermärkischen Landesregierung zur Verfügung zu stellen, derzufolge Sie Ihre Fragen auf Ebene der steirischen Landesregierung nur an meinen Kollegen, Personallandesrat Schützenhöfer, richten könnten. Für Personalfragen ist er zuständig.

Frage 30:

Ich halte hier nochmals fest, dass für Personalfragen in den steirischen Spitälern der Personallandesrat die Verantwortung trägt.

Frage 31:

Die Notwendigkeit und Dauer von Spitalsaufenthalten haben laut Steiermärkischem Krankenanstaltengesetz ausschließlich Ärzte zu beurteilen.

Frage 32:

Die Sonderklasse ist ein Geschäftsfeld, in dem öffentliche Spitäler besser bilanzieren als in der Allgemeinen Gebührenklasse.

Als Leistungsanreiz werden diese Gebühren mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geteilt, nicht nur mit den Ärzten. Im Übrigen hat der Steiermärkische Landtag die entsprechenden landesgesetzlichen Regelungen in ihrer derzeit geltenden Form im Vorjahr einstimmig beschlossen, ich darf also wohl das Einverständnis aller Mandatäre des Hohen Hauses annehmen. Und sicher sind Sie dabei, ebenso wie ich, davon ausgegangen, dass dem Gleichheitsgrundsatz in allen medizinischen Belangen von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Spitälern natürlich Rechnung getragen wird.

Frage 33:

Ich verweise auf meine Antwort zu Frage 31.

Wie bereits ausgeführt, ist die Aussage betreffend Wartezeiten auf Operationen das Ergebnis einer Expertengruppe, die in meinem Auftrag in den letzten Monaten an der Lösung dieses Problems gearbeitet hat. Ich gehe jedoch nicht davon aus, dass die fehlenden Operationsteams unmittelbar in der stationären Betreuung von SonderklassepatientInnen eingesetzt sind.

In diesem Sinne bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 10.38 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Behandlung der Dringlichen Anfrage der SPÖ an den Herrn Landesrat Schützenhöfer, betreffend Personalsituation in der KAGES. Dazu erteile ich der Frau Abgeordneten Mag. Lackner das Wort zur Begründung der Dringlichen Anfrage. Frau Abgeordnete, bitte.

Abg. Mag. Lackner (10.39 Uhr): Herr Präsident, Hoher Landtag, geschätzte Besucherinnen und Besucher!

Dem zweiten Akt der Komödie „Herzgipfel“, Ort des Geschehens des ersten Aktes war die Burg, Ort des Geschehens des zweiten Aktes ist heute der Landtag, stelle ich einen Prolog voran.

Damen und Herren von der ÖVP, ich stelle fest, jedes Mittel ist Ihnen recht, um Ihre Art von Wahlkampf zu betreiben. Zweitens, wer mit dem Rücken zur Wand steht, kann nur mehr nach vorne schlagen. Wie sehr müssen Sie, Damen und Herren von der ÖVP, mit dem Rücken zur Wand stehen auf Grund Ihrer Probleme, Ihrer Pannen und Pleiten, Ihrer hausgemachten Pannen und Pleiten, dass Sie so etwas inszenieren. Und wenn Sie heute so etwas inszenieren, dann müssen Sie auch durch die Inszenierung durch. Das gehört dazu. (Beifall bei der SPÖ.)

Drittens, es gibt zuhauf – (Abg. Mag. Drexler: „Keine Sorge, Frau Kollegin, wir wollen eh nicht ausziehen“!) das werden wir schon noch sehen – positive Äußerung von allen Fraktionen hier im Landtag, vor allem von der ÖVP und den Orangen über das steirische Gesundheitswesen nachzulesen in allen Protokollen des Landtages. Sich heute hier herzustellen und eklatante Missstände zu orten, das wird zu 100 Prozent von einem widerlegt, Herr Klubobmann Drexler, der aus Ihren Reihen stammt. Nämlich von Herr Kollegen Landtagsabgeordneten Primarius Forenbacher, der erst vor zwei Wochen im letzten Landtag Folgendes festgestellt hat und ich darf wörtlich zitieren. Forenbacher: „Ich muss als einer, der rund 40 Jahre in unseren Krankenhäusern beschäftigt ist, sagen, wir haben eine sehr gute medizinische Versorgung und mir geht es darum, dass wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten diesen Standard aufrechterhalten.“ Herr Klubobmann Drexler, Herr Klubobmann Lafer, erklären Sie uns das hier herinnen, erklären Sie das den Menschen, wie Sie heute zu dieser Inszenierung kommen. (Beifall bei der SPÖ.)

Es stimmt offensichtlich bei Ihrer Kommunikation im Klub einiges nicht und glauben Sie mir eines, dem Herrn Primarius Forenbacher spreche ich eindeutig mehr Kompetenz in diesen Fragen zu als Ihnen. Und wahrscheinlich hat er darum, weil er die Situation kennt, diese Dringliche Anfrage nicht unterschrieben. (Beifall bei der SPÖ.)

Den Menschen Angst zu machen und Ängste zu schüren in der Bevölkerung für einen billigen Wahlkampf, das stammt aus der untersten Schublade der Kategorie unappetitlich und verantwortungslos. (Beifall bei der SPÖ.) Diese schwarz-orange Vorgangsweise verdient eine klare Absage oder eine unmissverständliche Absage. Denn wer Herz hat, der tut das nicht. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir verwehren uns dagegen im Namen der Betroffenen und der Angehörigen. Es reicht! Und schon im Gemeinderatswahlkampf, wenn ich Sie daran erinnern darf, haben Sie das Thema Gesundheit zum Spielball gemacht. Die Antwort darauf haben Sie bereits im März erhalten, aber offensichtlich sind Sie, von der ÖVP, nicht in der Lage, diese Parallelen zu erkennen. Das war, das ist und das bleibt Ihr Problem. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Mag. Drexler: „Wo denn?“)

Nun zur Dringlichen Anfrage: Herr Landesrat Schützenhöfer, die Geschäftseinteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung regelt Ihre Zuständigkeit für Eigentümerweisungen in Personalangelegenheiten der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft. Demgegenüber sieht diese Geschäftseinteilung vor, dass Landesrat Mag. Erlitz zwar für die Krankenanstalten zuständig ist, ausgenommen, und ich lese jetzt wieder vor, die Berichterstattung in Personalangelegenheiten des Paragraphen 27 KALG und die Vorbereitung der Regierungssitzungsanträge für die Erteilung von Eigentümerweisungen in Personalangelegenheiten der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH.

Herr Landesrat Schützenhöfer, in Ihrer Anfragebeantwortung betreffend Personalsituation, die wir gestellt haben und die Sie am 14. Juni des Jahres, also vor einer Woche, beantwortet haben, stellen Sie fest, dass Sie sich lediglich zuständig sehen für die Richtlinienkompetenz. Das heißt, für die allgemeinen Regelungen auf Grund bestehender Vorschriften und die Auslegung von Gesetzesbestimmungen. Die Personalausstattung verweisen Sie in dieser Antwort auf das operative Geschäft in der KAGES. Wir sehen da unterschiedliche Definitionen und Darstellungen und deswegen dürfen wir heute an Sie die Dringliche Anfrage stellen.

Erstens: In welchen Fällen fühlen Sie sich bezüglich des Personals in der KAGES für zuständig oder für nicht zuständig?

Zweitens: Zwei Drittel des Budgets der KAGES werden für das Personal aufgewendet – fühlen Sie sich für zwei Drittel des KAGES-Budgets verantwortlich?

Drittens: Wenn ja, in welchem Ausmaß üben Sie diese Verantwortung aus?

Viertens: Über welche Wege und Kanäle steuern Sie Ihre Verantwortung?

Fünftens: Ist es wahr, dass sowohl der letzte als auch der jetzige Aufsichtsratsvorsitzende, ein Vorstandsdirektor und Teile der zweiten Ebene des Managements der KAGES regelmäßig mit Ihnen zu Besprechungen zusammentreffen?

Sechstens: Wenn ja, wie ist es erklärbar, dass Sie von den Problemen an der Herzchirurgie, die ursächlich mit Personalschwierigkeiten zusammenhängen, nicht informiert waren?

Siebtens: Wenn Sie doch informiert waren, warum wurden Sie nicht tätig?

Achtens: Wenn Sie nicht informiert waren, welche Konsequenzen werden Sie daraus bezüglich des für das Personal zuständigen Vorstandsdirektors Dipl.-Ing. Christian Kehrer ziehen?

Neuntens: In welchen anderen Bereichen sind Sie über personelle Probleme in der KAGES informiert?

Zehntens: Welche Konsequenzen haben Sie diesbezüglich gezogen?

Elftens: Ist Ihnen als für das Personal der KAGES verantwortliches Mitglied der Landesregierung bekannt, dass Abwesenheitsmeldungen an das LKH Graz unterblieben sind?

Zwölftens: Wenn ja, seit wann?

13.: Warum haben Sie nicht schon bei Erlangen der Erkenntnis eine Überprüfung der Abwesenheiten durchgeführt?

14.: Werden Sie nun eine Überprüfung der Abwesenheiten durchführen?

15.: Wenn ja, wann und durch wen?

16.: Wenn nein, wie lässt sich das mit Ihrer Verantwortung als für das Personal verantwortliches Regierungsmitglied vereinbaren?

Gleichzeitig mit diesen Fragen stellen die unterfertigten Abgeordneten nach Paragraph 68 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages den Antrag, über die Dringliche Anfrage die Wechselrede zu eröffnen.

Ich danke! (Beifall bei der SPÖ. – 10.47 Uhr.)

Präsident: Zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage erteile ich nunmehr Herrn Landesrat Schützenhöfer das Wort. Herr Landesrat, bitte!

Landesrat Schützenhöfer (10.48 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Mit 1. Juli 1985 wurden die Landeskrankenhäuser in eine Krankenanstaltengesellschaft mbH. ausgegliedert. Bedingung der SPÖ für eine Zustimmung war es, und zwar unabdingbare Bedingung seitens des Chefverhandlers, Finanzreferent Klauser damals, die Bediensteten in ein Krankenanstaltenpersonalamt zu übertragen, damit die KAGES, und nicht der Personalreferent Personal einstellt. Dem ist die ÖVP nachgekommen. Und seit diesem Zeitpunkt obliegt das operative Personalmanagement der Geschäftsführung der KAGES, und nicht dem Personalressort des Landes. (Abg. Schleich: „Höher, man hört nichts!“) Bitte? (Abg. Schleich: „Das Mikrofon geht nicht!“) Das Mikrofon geht nicht? (Abg. Schleich: „Man hört nichts, lauter!“) Genau du sollst es aber hören, also soll ich noch einmal anfangen? Ja, geht!

Also, 1985 ausgegliedert und seitdem liegt das operative Geschäft im Personalwesen bei der KAGES, und nicht beim Personalreferenten. Und, Herr Landesrat Erlitz, wenn du einen Brief von mir zitierst, den ich dir am 31. Mai 2005 geschrieben habe, so bestätige ich die Tatsache, dass ich dir diesen geschrieben habe und ich bestätige auch, dass du mir vorher geschrieben hast wegen der Aufnahme eines Herrn im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt für einen Gesundheitsassistent für Migrantinnen und Migranten. Ich habe dir damals geschrieben, dass ich eine Aufnahme nicht machen kann, weil ich nicht mehr zuständig bin. Ich bin zuständig für die Richtlinienkompetenz. (Landesrat Mag. Erlitz: „Mir in allen Personalangelegenheiten übertragen!“) Also jetzt lese ich den ganzen Brief vor:

Herrn Landesrat Mag. Wolfgang Erlitz, Herrengasse 16, 8010 Graz.

Graz, am 31. Mai 2005.

Gegenstand: Pilotprojekt zur interkulturellen Gesundheitsassistent für Migrantinnen.

Sehr geehrter Herr Landesrat!

Bezugnehmend auf dein Schreiben teile ich dir Folgendes mit:

Wir haben die KAGES 1985 bekanntlich in Form einer GesmbH. aus der Hoheitsverwaltung des Landes ausgegliedert. Die operativen Geschäfte der KAGES führt ein Zweivorstand. Das Kontrollorgan der KAGES ist ein zwölfköpfiger Aufsichtsrat. Die KAGES steht im Alleineigentum des Landes Steiermark.

Nach dem Gesellschaftsvertrag ist dir, sehr geehrter Herr Landesrat, in allen Versorgungs- und Organisationsfragen und mir in allen Personalangelegenheiten (Landesrat Mag. Erlitz: „Mir in allen Personalangelegenheiten übertragen!“) die Generalversammlung übertragen. (Abg. Gennaro: „Verarschen kannst du jemand anderen. Beispiel: Den Passus musst du langsam lesen: ‚Und mir sind alle Personalangelegenheiten übertragen!‘“)

Wenn du mich weiterlesen lässt, erfährst du, was in dem Brief drinnen steht.

Für Eingriffe in das operative Geschäft der KAGES müssten wir in Form einer Eigentümerweisung, basierend auf einem Beschluss der Steiermärkischen Landesregierung mit qualifizierter Mehrheit – das heißt in diesem Fall Zweidrittelmehrheit – vorgehen. Derartige Weisungen halte ich nur in Ausnahmesituationen, und da ebenfalls nur in strategischen Angelegenheiten, für zielführend. Ich werde daher auch in obiger Angelegenheit in dieser Hinsicht nichts unternehmen, aber dein Schreiben an die Geschäftsführung der KAGES mit der Bitte um Überprüfung weiterleiten. Zudem schlage ich vor, dass du in Zukunft vergleichbare Anliegen direkt an die Geschäftsführung der KAGES heranträgst und diese um entsprechende Überprüfung ersuchst.“

Das tue ich des Öfteren und kriege dann meistens den Brief dazu: Sehr geehrter Herr Landesrat, leider haben wir keine Stelle frei.

Das sind doch die Fakten, meine Damen und Herren. Da dreht mir in diesem Haus doch niemand das Wort im Mund um. Ich weiß ja, wie das ist. Das Hauptanliegen der SPÖ war es damals, ich war schon dabei, ich war schon hier im Landtag, ich habe das mitdiskutiert, ich habe mich gewehrt dagegen, weil es natürlich geheißen hat, dass wir im Personal der KAGES nichts mehr zu plaudern haben. Aber es ist geschehen, weil es die unabdingbare Forderung der SPÖ war. Und wenn heute der alte Wegart in Radkersburg eine Krankenschwester aus sozialen Erwägungen – und die hat jeder von uns einmal, der Sprechtag macht – reinbringen will, dann kann er sich beim dortigen Betriebsdirektor anstellen und der wird sagen, wir sind voll und ich habe keinen Platz. Das ist der Punkt, meine Damen und Herren! Das ist der entscheidende Punkt. Die Richtlinienkompetenz ist etwas anderes. (Beifall bei der ÖVP.)

Weder der Herr Erlitz, aber eben auch nicht der Herr Schützenhöfer sind zuständig für eine Krankenschwester, die aufgenommen werden will, für einen Arzt, der aufgenommen werden will, für einen Pfleger oder für eine Reinigungskraft oder für wen auch immer und wir bekennen uns dazu, dass es so ist.

Meine Damen und Herren, wir haben ausgegliedert. Hauptargumente für die Ausgliederung waren damals einerseits die Kostenexplosion zu verhindern, andererseits den Personalstand nicht auszuweiten. Übrigens haben wir damals 8000 Bedienstete gehabt, jetzt sind es 16.000. Der Zuschuss betrug damals eine Milliarde österreichische Schillinge, das waren 700 Millionen Zuschuss in der Tat und 300 Millionen ATS für die Pensionen, also eine Milliarde. Heute sind es 350 Millionen Euro, sprich umgerechnet 5 Milliarden österreichische Schillinge. Jetzt will ich die Ausgliederung, bei der ich damals trotz innerparteilicher Einwände mitgestimmt habe, nicht schlecht machen. Aber in diesen beiden Punkten scheint es nicht ganz so geworden zu sein, wie wir es uns vereinbart haben. Und möglicherweise, Kollege Erlitz, ist zuviel hineinregiert worden in bestimmten Bereichen. Ich darf daher grundsätzlich aus meiner Position, meine Damen und Herren, ein paar Dinge feststellen:

Erstens ich bin nicht der zweite Spitalsreferent, weil ich Personalreferent bin. Die Zuständigkeiten sind genau geregelt. Und, Frau Abgeordnete Lackner, Sie haben laut gesprochen, ich habe es gut gehört. Sie haben geradezu geschrien. Es stimmt trotzdem nicht, dass wir 2000 in der Geschäftseinteilung in Bezug auf das Spital etwas geändert hätten. Wir haben geredet darüber. Wir haben uns in der Tat nicht wirklich auf eine Änderung verständigen können. Ich bin da zu allen Gesprächen bereit. Ich werde später noch darauf zurückkommen, aber das ist seit der Ausgliederung in der Tat nicht geändert worden. Die Zuständigkeiten sind genau geregelt und ein Blick in die Geschäftseinteilung, Geschäftsverteilung, Geschäftsordnung der Landesregierung hätte genügt. Zugegeben, und da rede ich nicht um den Brei herum, das ist ein bisschen kompliziert und da muss man sich mit der Materie beschäftigen, dass man sich auskennt. Das kann man nicht von allen Menschen verlangen, das wissen wir. Und es hätte was für sich, eine Zuständigkeit zu haben. Ja, darüber haben wir geredet, aber – meine Damen und Herren – es hat auch was für sich, da bin ich jetzt manchmal dabei (Abg. Böhmer: „Ich bin ich!“), um das zu wissen, bei allen Schwierigkeiten, die wir in der Etappe da auch haben, wenn größere Parteien in solchen Fragen zusammenarbeiten – und ich füge hinzu – zusammenarbeiten müssen. Sie haben momentan den Kopf dafür nicht frei. (Beifall bei der ÖVP.) Ich hoffe, dass es nach der Wahl wieder der Fall sein wird, denn wir haben den Weg nicht verlassen. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Der war gut!“ – Landesrat Mag. Erlitz: „Der war nicht schlecht! Denken Sie an die Chirurgie. Aber ich bin zu jedem Gespräch bereit!“)

Ich nehme zu einigen Ihrer Fragen trotzdem Stellung:

Erstens: In welchen Fällen fühlen Sie sich bezüglich des Personals in der KAGES für zuständig oder für nicht zuständig?

Wie Sie wissen, habe ich auf Grund einer schriftlichen Anfrage des SPÖ-Landtagsklubs Gelegenheit gehabt, meine Zuständigkeit in Personalangelegenheiten der KAGES zu erläutern. Ich verweise diesbezüglich auf meine Anfragebeantwortung, die ich hiermit in Erinnerung rufe:

Der Landesregierung obliegt in Personalangelegenheiten der KAGES die Richtlinienkompetenz. Diese umfasst allgemeine Regelungen auf Grund bestehender Vorschriften, die sich auf alle oder eine Mehrzahl von Bediensteten beziehen. Es sind damit Grundsatzentscheidungen über künftiges Vorgehen oder die beabsichtigte Anwendung und Auslegung von Gesetzesbestimmungen zu verstehen.

Darüber hinaus ist auch auf eine Einheitlichkeit der Gestaltung von Verträgen, insbesondere im Hinblick auf die Einhaltung genereller Normen wie Stellenbesetzungsgesetz, Vertragsschablonenverordnung, Pensionsregelungen zu achten. Die Wahrnehmung dieser Richtlinienkompetenz fällt in meine Zuständigkeit. Im Rahmen dieser Zuständigkeit obliegt es mir, Anträge auf Bestellung von Geschäftsführern und Bereichsdirektoren der KAGES in die Landesregierung einzubringen. Und damit hat es sich schon. Und das darf ich jetzt doch hinzufügen, darüber haben nämlich wir verhandelt, wie der Dörflinger noch im Amt war. Damals hat ja der Erste Landeshauptmannstellvertreter verhandelt. Das darf ich jetzt doch hinzufügen, ich habe in Verfolgung dieser Gemeinsamkeit die bisherigen Anträge auf Personal bezogen stets gleich lautend mit dem Spitalsreferenten eingebracht. Das hätte ich nicht müssen. Wir haben uns darauf verstanden es zu tun, zuletzt vor ein paar Wochen, als wir die beiden Vorstandsdirektoren nach einer längeren Debatte von etwa einem Jahr dann endgültig bestellt haben.

Die Personalausstattung im Unternehmen KAGES ist laufendes operatives Geschäft und im Rahmen der jährlichen Wirtschaftspläne festzulegen. Für das operative Geschäft ist wie gesagt seit 1985 die KAGES zuständig. Die jährlichen Wirtschaftspläne der KAGES, die auch den jährlichen Personalaufwand samt Stellenplan umfassen, sind vom Vorstand der KAGES der Generalversammlung und der Landesregierung über Antrag des zuständigen Landesrates Mag. Wolfgang Erlitz vorzulegen und sind von dieser jeweils zu beschließen. Das heißt mit anderen Worten, der Gesundheits- und Spitalsreferent bringt den Wirtschaftsplan, der auch den Stellenplan beinhaltet, zur Beschlussfassung in die Landesregierung ein, und nicht der Personalreferent.

Die operativen Geschäfte der KAGES führt ein Zweivorstand, zwölfköpfiger Aufsichtsrat. Die KAGES steht im Alleineigentum des Landes. Für Eingriffe in das operative Geschäft müssten wir, wie gesagt, mit Zweidrittelmehrheit beschließen und ich wiederhole noch einmal, derartige Weisungen halte ich nur in Ausnahmefällen und in strategischen Angelegenheiten für zielführend, weil die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat, ich würde vorschlagen die arbeiten zu lassen, die Verantwortung für das Unternehmen haben.

Zweites: Zwei Drittel des Budgets der KAGES werden für das Personal aufgewendet. Fühlen Sie sich für zwei Drittel des KAGES-Budgets verantwortlich?

Die KAGES verfügt über ein Gesamtbudget von 1.286,413.000 Euro. Die Steiermärkische Landesregierung hat den Wirtschaftsplan 2005, der das Jahresbudget der KAGES beinhaltet, am 13. Juni 2005 mit den Stimmen der Regierungsmitglieder von ÖVP und SPÖ beschlossen. Als Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung fühle ich mich daher nicht nur für zwei Drittel, sondern für das gesamte Budget der KAGES mitverantwortlich. Hoffentlich auch der Spitalsreferent. (Beifall bei der ÖVP.)

Drittens: Im Rahmen meiner Zuständigkeit verweise ich auf die Beantwortung zu Frage eins. Als Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung bin ich wie alle anderen Regierungsmitglieder mitverantwortlich für Beschlüsse der Landesregierung. Dass jenes Mitglied, das sie einbringt, die Hauptverantwortung trägt, ist klar, aber es beschließt eine Mehrheit und im Regelfall acht zu eins oder neun zu null. Ich fühle mich mitverantwortlich für Beschlüsse der Landesregierung, die vom zuständigen Regierungsmitglied entsprechend der Geschäftsverteilung der Steiermärkischen Landesregierung beantragt und von dieser beschlossen werden.

Viertens: Über welche Wege und Kanäle steuern Sie Ihre Verantwortung?

Die Anfrage scheint in Venedig geschrieben worden zu sein, steuern Sie Ihre Verantwortung. Meine Verantwortung richtet sich nach den gültigen Organisationsvorschriften innerhalb der Landesregierung. Das sind die Geschäftsverteilung der Steiermärkischen Landesregierung und die Geschäftsordnung der Steiermärkischen Landesregierung sowie die Geschäftseinteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung. Sonstige Kanäle stehen mir nicht zur Verfügung. (Abg. Prattes: „Wie im Komödienstadl!“)

Fünftens: Ist es wahr, dass sowohl der letzte als auch der jetzige Aufsichtsratsvorsitzende, ein Vorstandsdirektor und Teile der zweiten Ebene des Managements der KAGES regelmäßig mit Ihnen zu Besprechungen zusammentreffen?

Das ist fast so wie im kleinen Bezirksgericht. Meine Damen und Herren, darf ich Ihnen dazu einfach etwas ganz Praktisches sagen, aus dem Leben gegriffen.

So wie der Kollege Schöggel, du erinnerst dich, immer wieder in Personalfragen Anliegen mit mir bespricht (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel: „Nur, ich schaue dass etwas weitergeht“!), so wie der Kollege Flecker für die SPÖ-Fraktion immer wieder Personalfragen selbstverständlich mit mir bespricht und verhandelt, so wie der Erste Landeshauptmannstellvertreter in manchen Bereichen des Tourismus mit mir gewisse Dinge abspricht oder verhandelt, so bin ich für die Volkspartei von der Frau Landeshauptmann und auch schon ihren Vorgängern beauftragt, mit dem zuständigen Regierungsmitglied für Gesundheitswesen, in manchen, in vielen Fragen des Gesundheits- und Spitalswesens Verhandlungen zu führen, wie das auch die Finanzreferentin mit dem Gesundheitslandesrat des Öfteren zu tun hat. Diese Aufgabe habe ich schon als Klubobmann wahrgenommen damals gegenüber Günter Dörflinger. Das ist in der Demokratie so, wenn man Mehrheiten sucht, muss man verhandeln und das ist nicht automatisch ans Personalressort gebunden. Es versteht sich doch von selbst, dass ich in diesem Zusammenhang den Rat von Experten einhole, die mein Vertrauen genießen. (Beifall bei der ÖVP.)

Zu den Fragen sechs bis acht: Mir ist kein diesbezüglicher Bericht des zuständigen Gesundheitslandesrates an die Regierung bekannt.

Bei den Fragen neun bis 16 handelt es sich um Angelegenheiten des rein operativen Geschäftes der KAGES, für das die Geschäftsführung der KAGES beziehungsweise, soweit es sich um Bedienstete der Medizinischen Universität Graz handelt, die dort verantwortlichen Organe zuständig sind. Ich bin schon sehr neugierig, wann wir uns intensiv mit der Medizinischen Universität beschäftigen und von der Thematik Mariazell und Bad Aussee wegkommen in Bezug auf die Brocken, die in diesem Land zu verhandeln und zu bewältigen sind. (Landesrat Mag. Erlitz: „Richtig!“) Meine Damen und Herren, aber lassen Sie mich zum Schluss eines sagen. Das Spitals- und Gesundheitswesen ist ein ganz besonders sensibler Bereich. Landeshauptmann Waltraud Klasnic hat in diesem Zusammenhang stets das Gemeinsame vor das Trennende gestellt. Dieser Gemeinsamkeit und nichts sonst, nämlich die Lösung eines Problems, hat auch der Herzgipfel gedient, zu dem die Frau Landeshauptmann als Regierungschefin eingeladen hat und der erfolgreich war. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, die hochqualitative medizinische und pflegerische Versorgung der Steirerinnen und Steirer muss unser aller Anliegen sein. Und deshalb, meine Damen und Herren, und das darf ich Ihnen auch in Wahlzeiten sagen, da möchte ich Sie schon erinnern daran, weil ich habe da innerparteilich nicht nur Zustimmung gefunden, deshalb, weil das ein so sensibler Bereich ist, haben wir auch in Zeiten der absoluten Mehrheit seit 2000 in der Landesregierung in den Spitals- und Gesundheitsfragen stets den Konsens gesucht. Und in den Fragen, die wir alleine beschließen hätten können, wie Aufsichtsrat, wie Vorstand – wie viele hat es da gegeben, die gesagt haben: „Fahr drüber“ – nichts ist mit Machtausch (Abg. Kaufmann: „Wer das glaubt!“), meine Damen und Herren, wir haben lange verhandelt und wir haben etwa auch in der Frage der Ausschreibung der beiden Vorstände sehr unterschiedliche Meinungen gehabt. Da war ich zuerst auch auf einen anderen fixiert. Und ich bekenne mich dazu, dass wir gesagt haben, einer, der eher unser Vertrauen genießt und einer, der eher euer Vertrauen genießt. Nur, bei uns ist es ein anderer geworden auf Grund der Ausschreibung und des Hearings. (Abg. Gennaro: „Seit wann fährst du drüber? Bist du närrisch?“) Das ist der Punkt, aber ich bekenne mich zu dem, dass wir nicht drübergefahren sind, dass wir die Gemeinsamkeit gesucht haben und das Gleiche gilt auch für die Bereichsdirektoren oder für die Regionaldirektoren, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Gennaro: „Habt ihr das gehört? Fahrts drüber!“ – Abg. Kaufmann: „Ja, drüberfahren!“)

Wir haben Reformschritte – (Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves: Unverständener Zwischenruf.) Ja, aber unserer auch. Im Tourismus, wirst du mir zugeben, ist eine gute Entscheidung getroffen worden.

Wir haben Reformschritte – siehe Chirurgiereform – stets mitgetragen und vorangetrieben und wir haben uns bei manchem Zickzackkurs äußerst öffentlich zurückgehalten. Und ich persönlich habe den Gesundheitslandesrat in seiner Arbeit – und das weißt du – auch dann unterstützt, wenn längst ein Elfer ohne Tormann zu schießen gewesen wäre. Aber sicher im Sinne der Gemeinsamkeit habe ich das jedenfalls nicht getan, weil wir das Ganze sehen müssen, weil wir das Gemeinsame in den Vordergrund stellen wollen. Und deshalb, meine Damen und Herren, sehe ich die heutige Anfrage an mich als eine Möglichkeit, auch zu informieren darüber über Zuständigkeiten, aber ich weiß, welche Absicht dahinter steckt. Und das ist der Punkt, der eigentlich schwer zu kritisieren ist, denn die Verantwortung für das Spitals- und Gesundheitsressort liegt bei der SPÖ. Aber wenn es brenzlig wird, erklären Sie sich für nicht zuständig und wollen die Verantwortung abschieben. (Abg. Kröpfl: „Zweite gute Ansage!“) Meine Damen und Herren, eine Partei, die das tut und gleichzeitig plakatiert „Bereit für mehr Verantwortung“, die muss sich schon sagen lassen, dass das eigentlich als eine gefährliche Drohung zu verstehen ist!

Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 11.10 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zur gemeinsamen Wechselrede der Dringlichen Anfragen. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann Lafer.

Abg. Lafer (11.11 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Ich habe den Ausführungen des Gesundheitslandesrates aufmerksam zugehört und er hat damit begonnen und eingeleitet, dass es keine Wahlkampfshow sein soll und versucht zumindest vom Ansatz her aufzuzeigen, was im Gesundheitsbereich passiert ist. Die Krönung war die Einbringung der zweiten Dringlichen Frage von Kollegin Lackner, die unser Vorgehen als Komödie und Kasperltheater bezeichnet hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weise das wirklich strengstens zurück, denn wir haben diese Dringliche Anfrage gestellt, weil es wirklich extreme Schwierigkeiten im Gesundheitsbereich gibt, vorwiegend bei den Herzpatienten. Das ist für uns im Vordergrund gestanden und das wollten wir auch beantwortet haben. Was haben wir gehört, meine Damen und Herren? Leider nichts. (Abg. Schleich: „Geld für den Klub!“)

Es wurden angesprochen: Neubehandlungsmöglichkeiten, neue Fortschritte in der Medizin. Meine Damen und Herren, wo ist ein Ergebnis? Wo war zu vernehmen oder zu hören, was das ist? Was wird umgesetzt? Wenn wir in der Dringlichen Anfrage die Kardiologie angesprochen haben, sehr geehrter Herr Landesrat, wo wir bereits im März 2004 einen Antrag ein Konzept vorzulegen, gestellt haben, den dieses Haus einstimmig beschlossen hat, dann war das nicht umsonst. Zum einen gibt es bis heute kein Konzept und zum Zweiten sind diese Schwierigkeiten, die zutage getreten sind, nicht erst seit gestern und vorgestern bekannt,

sondern seit Jahren. Das kann man auch in den Medien zurückverfolgen. Deshalb sind wir auch überzeugt davon, dass diese Geschichte unbedingt und sofort zugunsten der kranken Menschen in unserem Lande geklärt werden muss.

Meine Damen und Herren! Wenn hier dieser berühmte Herzgipfel angesprochen worden ist, – er mag zum Teil auch als politische Wahlwerbung empfunden worden sein. Nur, eines kann man dieser Arbeitsgruppe nicht absprechen. Es waren sehr, sehr kompetente Experten dabei, die sich dem Problem rund um die Herzerkrankung und um die Herzchirurgie bewusst sind. Für mich war es befremdend und brüskierend, gegen all jene, die daran teilgenommen haben, dass der zuständige Gesundheitslandesrat gerade zu diesem Zeitpunkt einen Besuch in der Herzchirurgie machte.

Meine Damen und Herren! Ich bin froh, dass jenen Menschen, die sich in der Herzchirurgie befinden, geholfen werden konnte. Ich bin froh, dass wir ein Ärzteteam in der Steiermark haben, das hier Hervorragendes leistet. Aber diese Menschen, die dort behandelt oder bereits ärztlich versorgt wurden, waren nicht unser Problem, sondern jene, die auf Grund der Versorgungslücken, des fehlenden Personals und der fehlenden Operationsäle nicht behandelt werden konnten. Ich habe es wirklich als beschämend empfunden, dass sich der zuständige Gesundheitslandesrat dieser Veranstaltung fern hielt. (Beifall beim BZÖ und der ÖVP.)

Ich habe es aber auch als beschämend empfunden, meine Damen und Herren, dass kein einziger Vertreter der SPÖ bereit war, hier teilzunehmen. Das ist eine Provokation der Steirerinnen und Steirer. (Beifall beim BZÖ und der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Den Ausführungen des Gesundheitslandesrates war zu entnehmen, dass er einen Tag zuvor den Herrn Universitätsprofessor aufgefordert hat, diese Unterlagen zur Verfügung zu stellen, damit am nächsten Tag auch berichtet werden könne, was schon alles passiert sei. Und wissen Sie, meine Damen und Herren, ich habe mich danach gefragt – auch bei der Berichterstattung in den Medien, warum erst jetzt? Warum erst jetzt, wenn ein so genanntes Expertenteam bereits seit Februar eingesetzt worden ist und bereits an Lösungen arbeitet? Und wieso, meine Damen und Herren, wurde das der Öffentlichkeit erst mitgeteilt, als die gravierenden Missstände im Gesundheitssystem in den Medien bekannt geworden sind? Man muss bei dieser Gelegenheit auch einmal den Medien danken, dass sie bereit sind, diese Missstände der Öffentlichkeit bekannt zu geben und mitzuteilen. Das ist wichtig, denn das wird im Entscheidungsprozess ein wesentlicher Bestandteil sein, dass es auch zu einer vernünftigen Lösung kommt. Wissen Sie, meine Damen und Herren, man ist ja einiges gewohnt in der Gesundheitspolitik. Bei allen Anträgen – ich werde versuchen, später noch einige aufzuzählen – haben wir vom Gesundheitslandesrat Erlitz immer und immer wieder gehört: „Ich brauche mehr Geld, ich brauche mehr Personal!“ Das kann man in Protokollen nachlesen, beginnend vom Jahre 2000 bis zum heutigen Zeitpunkt. Und wissen Sie, genau nach Bekanntwerden und nach der Durchführung dieses Arbeitskreises wurde der Öffentlichkeit mitgeteilt, dass er auf einmal intern 700.000 Euro umschichten will, um 16 Dienstposten an der Herzchirurgie zu schaffen. (Landesrat Mag. Erlitz: „Nein, Anteile!“)

Ja, danke schön, ich gratuliere dazu. Wieso geht es jetzt auf einmal? Wieso? Sind die Probleme, Herr Landesrat, derartig groß geworden, dass Sie endlich etwas tun mussten? Sind die Probleme derartig erdrückend geworden, dass Sie mit dem Rücken an der Wand nicht mehr fliehen konnten und deshalb einmal Kompetenz bewiesen und durchgegriffen haben? Es war höchste Zeit, dass wir hier etwas gemacht haben, meine Damen und Herren.

Gerade im Bereich, wo es wirklich Versorgungslücken für die steirischen Patienten in der Herzchirurgie und vor allem auch in der Behandlung von Infarkten gibt, haben wir Handlungsbedarf. Handlungsbedarf insofern, dass 171 Steirerinnen und Steirer in diesem Lande nicht mehr operiert werden konnten, sondern in andere Bundesländer ausweichen mussten. Meine Damen und Herren, was hier sehr, sehr bedrückend ist: Gerade im Bereich der Herzpatienten, im Bereich des Herzinfarktes haben wir die höchste Sterberate in diesem Land und die liegt bei 20 Prozent. Wenn ich mir das anschau, dann bin ich felsenfest davon überzeugt, dass wir hier dringendst, und ich wiederhole das, dringendst etwas unternehmen müssen. Und das ist keine Aussage, die ich hier treffe, sondern das sind Aussagen, die von Experten und Universitätsprofessoren. Auf der Warteliste sterben Menschen – Univ.-Prof. Dr. Rieger hat gesagt, es sei eine „Absterbeliste“, genau so hat er das formuliert, – auf Grund von Fehlern die im Gesundheitssystem passieren. Das kann nicht sein und das darf nicht sein.

Des Weiteren, was wir mit dieser Dringlichen Anfrage hinterfragen wollen, ist auch, Herr Landesrat, die fehlende Dokumentation in Bezug auf die Gebührenverrechnung und vieles andere mehr. Es sind einige Fragen überhaupt nicht beantwortet und weiter abgeschoben worden. (Landesrat Mag. Erlitz: „Das stimmt nicht!“) Zum Beispiel die Frage 32, um nur eine zu nennen. Ich habe ganz genau aufgepasst. Die Frage 32 wurde nicht einmal vom Ansatz her beantwortet. (Landesrat Dr. Flecker: „Die war so intelligent formuliert!“)

Ich danke, Herr Landesrat, das habe ich mir gedacht, dass das so kommen muss, aber ich bin stolz auf Ihre Gratulation, dass Sie uns auch zugestehen sehr intelligent zu arbeiten. (Landesrat Mag. Erlitz: „Die habe ich ausführlich behandelt. Franz, das stimmt nicht. Die habe ich ausführlich behandelt. Hast nicht aufgepasst!“)

In einem Großteil der Fragen haben wir versucht Antworten auf die Kritik des Rechnungshofes zu erhalten. Und, sehr geehrter Herr Landesrat, wir haben auch eine schriftliche Anfrage gestellt über die Sondergebührenverrechnung im LKH Graz und diese haben Sie am 20. Mai 2005 auch beantwortet. Hier haben Sie schon auf die zweite Frage geantwortet, dass bei einer Hochrechnung bei der voraussichtlichen

Nachverrechnung von labormedizinischen Leistungen Konsiliargebühren laut Sondergebührenverordnung von rund 252.000 Euro im Jahr ausgegangen worden sei und dass das definitiv ein Schaden ist. In Frage vier wieder, antworten Sie, dass durch die verspätete Verrechnung der Sonderklasseleistungen es zu einem prinzipiellen Liquiditätsverlusts des LKH, Universitätsklinikum Graz und für die KAGES kommt. Das muss man bei einer entsprechenden Geldbeschaffung am Kreditmarkt, mit einem Zinssatz von rund 2,6 Prozent hochrechnen. Wenn man sich auch noch ansieht, in welchen Bereichen in der KAGES hier fehlerhaft gearbeitet wurde, dann haben wir Abgänge in Millionenhöhe zu verzeichnen. Millionen, die dringendst benötigt werden, dem Gesundheitsbereich in der Steiermark einen Schritt weiter zu helfen, wir hören jedoch immer die Kritik, ich brauche mehr Geld, ich brauche mehr Personal.

Meine Damen und Herren, hier besteht ein Handlungsbedarf, der sofort und dringend erledigt werden muss. Aber, weil wir schon hier sind und es gerade bei den Ausführungen, Herr Landesrat, von dir gehört haben, so möchte ich doch noch eines feststellen: Es wurden Dinge angesprochen, die in der Vergangenheit verwirklicht worden sind, die aber nicht, und ich sage das ganz bewusst, auf deine Arbeit zurückzuführen sind, sondern auf die deiner Vorgänger. Wir wissen und kennen das ganz genau, dass alle Projekte, die im Gesundheitsbereich und in der KAGES abgewickelt werden, eine lange Planungsphase verlangen, bis sie tatsächlich zur Umsetzung kommen. Es ist gut und richtig, denn wir haben in der KAGES auch hervorragende Leute sitzen, die diesen Bereich bearbeiten. Nur, es fehlt an der entsprechenden Führung. Das habe ich immer wieder behauptet und diese Kritik halte ich aufrecht.

Und, sehr geehrter Herr Landesrat, ich habe eines vermisst: Wir haben keine Zukunftsperspektiven wahrnehmen können und ich habe abei deinen Ausführungen 40 Minuten Einführung und nur sieben Minuten Beantwortung erhalten. Ich möchte das ganz einfach umschreiben: das war eine SPÖ-Parteitage, und nichts anderes. Wir wollten hier Fragen beantwortet haben, die die Misswirtschaft betreffen. Wir wollten hier die Fragen beantwortet haben, die die Herzpatienten der Steiermark betreffen und wir wollten hier Fragen beantwortet haben, die auf Grund des Rechnungshofberichtes als äußerst negativ aufgeworfen worden sind. Meine Damen und Herren, nichts haben wir gehört. Und wenn wir schon dabei sind, darf ich noch hinweisen, meine Damen und Herren, auf die letzte Dringliche Anfrage an den Herrn Gesundheitslandesrat, und möchte ein paar Beispiele aufzählen, damit man auch weiß, wieso wir das Misstrauen gegenüber dem Landesrat aussprechen:

Juni 2003, lieber Wolfgang Erlitz, einstimmiger Beschluss des Landtages, dass das LSF in Graz unter besonderem Personalmangel leidet, dass die Kranken am Stiegenaufgang sitzen und dass hier was getan werden muss. Aus der Diskussion heraus, meine Damen und Herren, ein einstimmiger Beschluss des Landtages. Ich darf das kurz weiterführen.

2004, nochmalige Behandlung im Landtag, weil dieser Antrag nicht umgesetzt worden ist. Ausgangslage 2005, heutiger Tag: Ein Arzt wurde ausgewechselt, Personal kam kein zusätzliches, der Antrag wurde bis heute nicht umgesetzt und, meine Damen und Herren, 260 Patienten stehen auf der Straße, weil sie auf Grund fehlenden Handelns des Spitalslandesrates nicht behandelt werden können. Und da sagen Sie, alles ist erledigt? Na, bei Gott nicht – nichts ist erledigt. (Beifall beim BZÖ.) Das sind die Dinge, die wir aufwerfen wollen, und wir behaupten, dass hier nichts passiert ist.

Das KAGES-Konzept: lange genug diskutiert. Drei Sätze dazu. Seit 2000 verlangen wir, dass eine Reform im Bereich der KAGES stattfinden muss. (Abg. Stöhrmann: „Anzeige bei der Staatsanwaltschaft!“) Angekündigt, verschoben, angekündigt, verschoben, bis auf den Tag nach der Wahl. Dies mussten wir zur Kenntnis nehmen, hoffend, dass hier nach effizienten wirtschaftlichen und sparsamen Grundsätzen etwas Vernünftiges entsteht, um in Zukunft in der Steiermark den Steirerinnen und Steirern ein effizientes Gesundheitssystem zur Verfügung stellen zu können. (Abg. Böhmer: „Sparsamer wirtschaften!“) Dazu hat man sich den Gesundheitsökonom Dr. Christian Köck genommen, um als Spezialist und Experte mitzuhelfen. Und was mussten wir jetzt vernehmen? Herr Köck hat sich verabschiedet. Er hat die Steiermark im Stich gelassen. Was ist mit diesen finanziellen Leistungen, die gebracht worden sind? Das sind die Dinge, die uns aufstoßen und wo wir glauben, dass hier nichts geschehen ist.

Und noch etwas anderes, Herr Landesrat. Ich habe mir die Mühe gemacht, Anträge aus dieser Legislaturperiode herauszusuchen, die nicht umgesetzt wurden. Ich kann sie auf Grund der kurzen Zeit, die ich nur mehr habe, ansatzweise anführen.

Ein Antrag betreffend das Krankenhausinformationssystem Open Medocs. Dieser Antrag wurde deshalb angeführt, weil er ständig als Entschuldigung gedient hat, wenn bei der Verrechnung in der KAGES etwas nicht funktioniert hat. Immer war dieses Computersystem schuld, nie etwas anderes. Dieses System wurde von Haus aus verurteilt, auch von den Experten, und es wurde nur von ein paar Menschen mitgetragen. Wir haben einen Antrag gestellt – bis heute nicht umgesetzt.

Wir haben einen Antrag gestellt betreffend die transparente Gestaltung des Gebührensystems, meine Damen und Herren. Antrag der Abgeordneten Lackner, Bacher, Lafer, Lechner-Sonnek bezüglich genau diese Punkte, die im Rechnungshofbericht als sehr kritisch betrachtet worden sind. Er wurde von uns bereits am 6. Juli 2004 eingebracht und nichts ist passiert. Ein Antrag betreffend dein Konzept, sehr geehrter Herr Landesrat, eingebracht am 6. Juli 2004 – nichts ist passiert.

Es gibt hier eine Menge solcher Anträge, die beschlossen worden sind und bis heute nicht umgesetzt wurden. So auch die Finanzierung der extramuralen Psychiatrie – beschlossen, nicht umgesetzt.

Meine Damen und Herren, es gibt hier einfach zu viele Anträge, die wir in unserer politischen Arbeit eingebracht haben und die bis heute durch den Gesundheitslandesrat nicht umgesetzt worden sind.

Was aber dennoch auffällt, sehr geehrter Herr Landesrat, ist auf einer Liste der Landtagsdirektion zu entnehmen, wo wir 25 Geschäftsstücke an der Zahl haben. 25, die bis heute keiner Enderledigung zugeführt worden sind. Das sind nicht Dinge, die ich herausgezogen habe, sondern das ist offiziell zu entnehmen.

Sehr geschätzter Herr Landesrat, es soll nicht persönlich gegen Sie gehen, aber wir haben auf Grund unserer Erhebungen feststellen müssen, dass wir seit dem Jahre 2000/2001 – aber besonders seit dem April 2003 – einen totalen Stillstand in der Gesundheitspolitik in der Steiermark haben. Es wurde bis dato nichts umgesetzt. Es wurden keine Anträge erledigt. Es wurden keine Geschäftsstücke, wie diese 25 Stücke, die ich soeben genannt habe, enderledigt. Es wurde immer nur angekündigt, was wir in Zukunft machen wollen, ohne, meine Damen und Herren, dass hier eine Frist gesetzt worden ist, wann es zu dieser Erledigung kommen sollte. Und es wurde Schönwetter gespielt und die Tatsachen wurden verheimlicht.

Aus diesem Grund, meine Damen und Herren, haben wir diese Anfrage und diesen Sonderlandtag auch verlangt, denn wir wollen hier keinen Wahlkampf. (Heiterkeit bei der SPÖ.)

Lieber Bernd Stöhrmann, wenn du jetzt lachst, dann tust du mir Leid.

Uns liegen die Sorgen und Ängste der Steirerinnen und Steirer am Herzen. (Beifall beim BZÖ.)

Uns ist es wichtig, dass im Gesundheitsbereich etwas Positives in diesem Lande passiert. (Abg. Kröpfl: „Das sieht man bei der Frau Hartinger, wie wichtig euch das ist!“)

Und uns ist es wichtig, dass wir hier weiterkommen. (Präsident: „Die Redezeit ist abgelaufen!“ – Abg. Prattes: „Deine Zeit ist abgelaufen!“)

Meine Damen und Herren, Sie werden auch in weiteren Beiträgen noch hören, welche Missstände hier vorhanden sind. Deshalb bin ich überzeugt davon, dass ich hier etwas Wesentliches tun muss.

Ich danke! (Beifall beim BZÖ. – 11.31 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek mit der Redezeit von maximal 20 Minuten.

Abg. Lechner-Sonnek (11.32 Uhr): Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses, sehr geehrte Besucherinnen und Besucher!

Vor dem Hintergrund dessen, was wir über die Gesundheitspolitik der Steiermark wissen und im Speziellen der Debatte heute in diesem Haus, möchte ich einen Misstrauensantrag einbringen. Ich möchte mein tief empfundenes Misstrauen dem Proporz ausdrücken. Und damit meine ich nicht die Landesverfassung, sondern die Verfassung, in der sich dieses Land befindet. (Beifall bei den Grünen.)

Es war dem Herrn Landesrat Schützenhöfer heute vorbehalten, im Wesentlichen in einem beeindruckenden Panaroma uns darzustellen, wie die Steiermark funktioniert. Er hat eine Frage an den Herrn Landesrat Erlitz in den Raum gestellt, und es ist eine zentrale Frage, er hat sie nicht beantwortet. Und ich wiederhole sie, er hat gesagt: Womöglich ist öfter einmal hineinregiert worden und womöglich ein paar Mal zu viel – sinngemäß. Er hat uns nicht gesagt, wo, in welcher Sache.

Ich stelle jetzt die Vermutung auf, es wäre nicht möglich, die Frage hier im Laufe einer Landtagssitzung zu beantworten, es würde zu lange dauern, um aufzuzählen, was es an Interventionen von Seiten der Parteien im Spitalswesen gegeben hat, denn das Spitalwesen ist sehr groß, hat viele Jobs zu bieten, hat viele Standorte, die regionalpolitisch verteidigt werden und so weiter, und so fort.

Aber wenn Sie, Herr Landesrat Schützenhöfer, sagen, was ist denn dabei, wenn der alte Wegart – ich zitiere Sie, ich würde ja ihn selber immer nur als den Herrn Wegart ansprechen – in Radkersburg versucht, eine Krankenschwester aus sozialen Gründen unterzubringen, ihr einen Job zu vermitteln. Was ist denn da dabei? Dann sage ich, das genau ist unser Problem. Das ist genau unser Problem. Sie selber sagen, es wird hineinregiert, aber Sie selber zeigen, dass das Usus ist, dass das ganz normal ist und dass Sie das Gefühl haben, das ist etwas Gutes, das ist etwas Klasses. (Landesrat Schützenhöfer: „Nein, das habe ich nicht gemeint!“)

Sie selber, Herr Landesrat, haben in einer Debatte vor zwei Jahren (Abg. Hammer: „Das wird jetzt bewusst umgedreht!“), wie es um die Privatisierung des Managements in den Krankenanstalten gegangen ist, in einer kleinen Besprechung, wo auch der Präsident Schilcher als Vorsitzender des Aufsichtsrates anwesend war, gesagt, wir brauchen ein privates Management, weil anders werden wir der parteipolitischen Einflussnahme nicht mehr Herr. Sie haben das selber gesagt – finde ich eine unglaubliche Diagnose. Was ist daraus geworden?

Das Problem ist identifiziert, Lösungen gibt es keine, denn das System ist offensichtlich eines, das den Parteien, die hier auf der Regierungsbank sitzen, noch immer sehr, sehr viele Vorteile beschert. Das ist die Situation und das ist das Problem.

Wenn Sie heute sagen, Sie haben mit allen, die auf der Regierungsbank sitzen, gewisse Dinge abgesprochen, Sie haben den Landeshauptfraustellvertreter Schögggl angesprochen, den Landesrat Erlitz, den Landeshauptfraustellvertreter Voves und mit Sicherheit auch Kolleginnen und Kollegen der eigenen Regierungsfraktion gemeint, dann denke ich, haben Sie gezeigt, wie die Dinge so laufen in der Steiermark.

Ich bezweifle nicht nur, dass das gut ist, sondern ich weiß, dass das der Kern des Problems in der Steiermark ist, dass aus diesen Gründen in der Steiermark vieles nicht gut läuft und im Krankenanstaltenwesen vieles überhaupt nicht mehr läuft.

Wenn Sie sagen, Herr Landesrat Schützenhöfer, Sie haben die Personalverantwortung innerhalb der KAGES nicht, dann antworte ich Ihnen, Sie und die Landesregierung haben die Personalverantwortung für die Vorstände der KAGES. (Landesrat Schützenhöfer: „Richtig!“) Ich gehe wahrscheinlich auch richtig in der Annahme, dass die Landesregierung bei der Besetzung des Aufsichtsrates nicht nur ein Wörtchen mitzureden hat, sondern hier Entscheidungen trifft. Richtig? (Landesrat Schützenhöfer: „Ja!“) Richtig!

Wir haben es bei unserem Vorstandsduo, und Sie haben das auch schon eingangs erklärt, mit einem Schwarzen und einem Roten zu tun, wie das in der Steiermark halt sehr typisch ist, im Übrigen in der Steiermark typischer als in anderen Bundesländern.

Dieses Vorstandsduo weiß seit Jahren, dass Menschen für Operationen, Herzoperationen ins AKH, nach Linz und nach Wels abwandern müssen. Auch wenn die Zahl derer rückläufig ist – Herr Landesrat Erlitz, das freut mich, dass sie rückläufig ist –, ist es trotzdem ein ganz großes Problem, dass man das über Jahre hingenommen hat. Dieses Vorstandsduo – die Herren Hecke und Kehrner, die, denke ich, auch noch anwesend sind – haben aber auch seit November letzten Jahres ein minutiös ausgefeiltes Konzept auf ihren Schreibtischen liegen, das ganz genau zeigen könnte, wie es möglich ist, dass wir die Zahl der Herzoperationen von 850 auf 1000 im Jahr steigern könnten. Zwischen 1000 und 1200 braucht es in unserem Bundesland. Dieses Konzept ist ausgearbeitet, sehr gut ausgearbeitet.

Wissen Sie, was fehlt, meine Damen und Herren? Es fehlt seit November die Unterschrift dieser beiden Herren. Und es ist bekannt – es ist bekannt, ich sage das ganz bewusst, ich habe mit ganz vielen Leuten in der KAGES Kontakt –, dass diese beiden Herren vieles nicht ermöglichen, weil sie sich nicht einig sind, weil sie nicht miteinander reden oder weil sie es aus Gründen ihrer Parteiloyalität nicht dürfen, ich weiß es nicht, warum sie es so machen. Aber viele Entscheidungen fallen nicht, weil sich die beiden Herren nicht einigen können.

Jetzt frage ich Sie, ist das schicksalhaft zu akzeptieren? Ich sage Ihnen: Nein, ganz sicher nicht! Dafür, Herr Landesrat Schützenhöfer, trägt die Landesregierung die Verantwortung, diese beiden Herren eingesetzt zu haben und diese beiden Herren nicht abzurufen, wenn solche Dinge passieren, das ist Ihre Verantwortung und ganz alleine Ihre Verantwortung! Diese beiden Herren, die beiden Vorstandsvorsitzenden, haben auch in Bezug auf die ärztliche Leitung dasselbe Spiel gespielt. Es geht mir, um Ihnen darzustellen, wie der Proporz in der Steiermark funktioniert und was er verhindert. Es hat ein Hearing gegeben, wo eindeutig ermittelt wurde, welche Person in der Steiermark die fähigste ist, die ärztliche Leitung der medizinischen Klinik, der Uni-Klinik, zu übernehmen – das ist keine kleine Firma, das ist praktisch unsere stationäre Gesundheitsversorgung im Bundesland –, es ist eindeutig ermittelt worden und bestätigt vom Landessanitätsrat, dass das die entscheidende, die bestgeeignete Person wäre, Herr Dr. Lutz aus Leoben. Man konnte sich auf ihn nicht einigen, alle wissen es warum. Es ist eine rote Stelle und Herr Lutz ist nicht rot. Großes Problem! Was macht man in der Steiermark? Man verzichtet auf die fähigste Person, kann sich Monate nicht entscheiden und schreibt einfach neu aus. Motto: Wir schreiben jetzt so lange aus, bis die richtige Person das Hearing gewinnt. Meine Damen und Herren, Gesundheitspolitik made by styria. Diese Landesregierung deckt diese Vorgangsweise! Wir haben jetzt eine Neuaufgabe zu befürchten. Es ist der Job der Betriebsdirektion ausgeschrieben. Es hat ein Hearing gegeben. Es gibt einen eindeutigen Favoriten. Der wird aber nicht bestellt, da hat man irgendein Problem. Ist es ein Parteiloyalitätsproblem, ist es ein anderes, ich weiß es nicht. Es sind schon wieder Strategien am Laufen, es gibt schon wieder Absprachen und Gespräche, es ist ganz offensichtlich so, dass diese Entscheidung nicht getroffen werden soll.

Jetzt können Sie sagen, Betriebsdirektor ja. Wissen Sie, was der Betriebsdirektor zu verantworten hat? Und zwar der alte, Reinhofer? Dass es keine guten Verrechnungen in der Sonderklasse gegeben hat, meine Damen und Herren. Und dieser Mensch, der unlängst in Pension gegangen ist, der an dieser Stelle und auch an anderer Stelle nicht so gehandelt hat, wie ich mir das vorstelle, soll jetzt in den Aufsichtsrat bestellt werden und soll jetzt einen Beratervertrag bekommen mit Honorar. Meine Damen und Herren, so schaut es aus in der Steiermark. Aber diesem System kann man unser Gesundheitswesen nicht anvertrauen. Ich denke, das ist eindeutig sichtbar geworden. (Beifall bei den Grünen.)

Meine Damen und Herren, es ist ein Armutszeugnis von Schwarz und Rot, was wir hier heute an Befund über das Spitalswesen in der Steiermark haben. Es geht nichts mehr. Das Prinzip ist die gegenseitige Blockade, damit nicht der eine etwas machen kann, womit der andere dann nicht zurecht kommt. Wenn es heute um einen Misstrauensantrag an Landesrat Erlitz geht, dann muss ich Ihnen sagen, ich halte Landesrat Erlitz nicht für den großen Gestalter des Systems – bei allem Respekt, Herr Landesrat, Sie sind eine wichtige Person in diesem Spiel, aber nicht der Gestalter allein und auch Herr Landesrat Schützenhöfer ist das nicht. Diese Situation wird gestaltet von den Parteien, die in der Landesregierung sitzen und das seit Jahren und Jahrzehnten. Ich werde Ihnen, Herr Landesrat Erlitz, heute nicht das Misstrauen aussprechen, weil ich das irgendwie für eine typische Situation, wie sie im Wahlkampf passiert, halte. Dass der Kollege Lafer sich dafür hergibt, der ÖVP da eine Rutsche zu legen, lässt tief blicken. Herr Kollege Lafer, du hast selber gesagt, das Problem ist seit Jahren bekannt. Ich weiß nicht, was dich treibt, nach drei, vier Jahren, wo du dieses Problem kennst, plötzlich in der vollen Erregung aufzuspringen und jemandem das Misstrauen auszusprechen. Ich kann das einfach nicht nachvollziehen.

Eines ist mir ganz wichtig, das Grundproblem, dass wir nicht planungsorientiert handeln, dass wir keine politischen Ziele definieren in der Steiermark, sondern dass wir Menschen in Stellung bringen oder dass Sie Menschen in Stellung bringen, meine Damen und Herren von ÖVP, SPÖ und FPÖ auch, wenn sie könnten, und dann glauben, auf diese Art und Weise Politik machen zu müssen, das ist der Grundbefund des Problems in der Steiermark. So lange dieses Problem nicht gelöst ist, werden wir solche und ähnliche Situation im Gesundheitswesen und auch in anderen Bereichen der Landespolitik haben. (Beifall bei den Grünen.)

Wenn Sie mir ernsthaftes Bemühen zeigen wollen, dann zeigen Sie mir das, indem Sie mit einem Schlag aufhören, parteipolitisch Posten zu bestellen. Dann fange ich an, an eine bessere Zukunft in der Steiermark zu glauben, denn so bei den handelnden Personen, mit dieser politischen Praxis habe ich einen ganz großen Zweifel, dass wir für die Herzpatienten etwas zusammenbringen können und dass wir für den Gesundheitsbereich und das gesamte politische System der Steiermark irgendetwas zusammenbringen können. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 11.43 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Gennaro. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Gennaro (11.43 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich bin jetzt 20 Jahre im Landtag, fast 20 Jahre. Ich habe viele Diskussionen miterlebt, viele Dringliche Anfragen, die sicherlich aus politischer Überlegung alle ihre Berechtigung gehabt haben, aber eine derartige miese Situation und Politik, wie sie jetzt betrieben wird (Abg. Straßberger: „Von euch!“) von dem Kollegen Lafer aus dem BZÖ macht mich sehr betroffen. Ich sage das insofern, weil damit eine Gesprächsbasis zerstört wird. Es entstehen Risse. Man kann doch nicht erwarten, wenn du jemandem – lieber Franz Lafer, wir haben uns gut verstanden, ich stehe zu dem, aber ich habe wirklich ein persönliches Problem – öffentlich unterstellst, dass er schuld am Tod von Patienten ist, ist das für mich ein sehr, sehr starkes Stück. Und du weißt genau, welche rechtlichen Folgen das haben könnte, wenn man jemandem unterstellt, dass er grob fahrlässig gehandelt hat. (Abg. Lafer: „Lieber Kurt Gennaro, hast du nicht zugehört?“)

Ich verstehe nicht, was dich in diese Niederungen herablässt, meine Damen und Herren, und damit um deinen politischen Rohrkrepierer innerhalb eures BZÖ gutmachen zu können, Stimmung zu machen, Stimmung bei den Wählern zu machen (Abg. Lafer: „Zuhören!“), die Wähler werden dir die Antwort geben. Die Revolution frisst ihre Kinder, lieber Franz Lafer! (Beifall bei der SPÖ.)

Erlitz war vor Ort. Vorwurf, er war nicht beim Gipfel – hat man entnehmen können und viele Aussagen haben darauf hingewiesen, dass er vor Ort war, um sich zu informieren. Und eines steht auch fest, wenn die Frau Landeshauptmann einen Gipfel großartig einberuft, dann frage ich Sie, Frau Landeshauptmann, warum haben Sie denn nicht den zuständigen Regierungskollegen kontaktiert und gesagt „Sie, wie schaut denn das aus, was höre ich da?“ Sie haben das zum Wahlkampfgeplänkel gemacht, Sie haben das abgewertet und wenn Ihre Verantwortung – wo Sie gesagt haben, Sie tragen Verantwortung – so ausschaut, dann gute Nacht! (Beifall bei der SPÖ.)

Sie haben genügend Beweise gehabt und Möglichkeiten gehabt (Abg. Gross: „Ein Anruf hätte genügt!“), Ihre Verantwortung zu zeigen, dort haben sie überall schändlich versagt. Ich mache mir darüber Gedanken, wenn Ihre Verantwortung bei den Herzpatienten so ausschaut wie in Ihrem Bereich, wo Sie Probleme gehabt haben, sage ich gute Nacht, liebe Leute.

Und peinlich ist es, dass die ÖVP eine derartige Situation noch unterstützt, diese Vorwürfe in der Form macht. Lieber Freund Schützenhöfer, ich darf ja trotzdem zu dir Freund sagen, wir kennen uns auch schon bald über zwei Jahrzehnte, um 10.55 Uhr hast du erklärt, weder Schützenhöfer noch Erlitz sind für das Personal zuständig. Jetzt frage ich dich allen Ernstes, du bist für nichts zuständig und du hast einen lieben, guten Freund Hirschmann, der sagt immer, mein lieber, guter Freund Schützenhöfer – ihr seid gute Freunde, beim Zynismus seid ihr unübertreffbar, das muss ich sagen, deswegen bist du sein guter Freund – du bist zwar nicht zuständig, schreibst jeden Brief bei Ehrungen, bei Personaleinstellungen und, und, und. Bei Vorrückungen, überall schreibt Landesrat Schützenhöfer und jetzt ist er nicht zuständig. Da hinten sitzt der Vorstandsdirektor für das Personal, Dr. Kehrer, du hast so locker den Ball hinübergeworfen und gesagt, da bin ich nicht zuständig, das sind die in der KAGES. Ja, was bist du jetzt wirklich? Bist du zuständig, dann unterlasse das Briefe schreiben oder machst du nur politisches Geplänkel?

Der Gipfel war erfolgreich, hast du gesagt. Nicht ich habe das geschrieben. In der „Kleinen Zeitung“ haben sie festgestellt, der Gipfel war bescheiden. Meine Damen und Herren, wer unserem Landesrat zugehört hat, hat genau erkennen können, dass seit Februar bereits dieses Problem akut behandelt wird, daran gearbeitet wird. Man hätte können der Frau Landeshauptmann sagen, „Sie, das ist schon alles gelaufen“. Sie haben in Wahrheit nichts Neues gemacht. Das ist ja eine Schande, wenn die Zuständigen dann zum Landesrat gehen müssen, das dürft ihr überhört haben, oder wollt ihr es nicht hören, und sagen: „Geh' bitte schön geben Sie mir das Konzept, was bis jetzt gemacht wurde, dass wir nicht von vorne anfangen müssen!“ Was haben Sie denn erreicht, Frau Landeshauptmann? Nichts! Und was ist da jetzt großzügig geworden? Im Gegenteil, alle Leute, Herzkrankte oder wer immer ist völlig wurscht, mit der Gesundheit oder mit der Krankheit macht man kein politisches Spiel, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.)

Denn wir wissen alle, man kann groß reden und laut schreien, wenn man nicht betroffen ist. Wenn du im LKH oder im Klinikum liegst, wenn du krank bist, hast nur einen Wunsch – gesund zu sein. Und wenn du gesund bist, hast du 1000 Wünsche. Aber die Diskussion interessiert keinen einzigen, der mit Sorge auf der

Warteliste steht, weil er vielleicht eine Herztransplantation braucht, weil kein Herz vorhanden ist. Und die Probleme sind auch bekannt. Ich frage dich jetzt, Herr Landesrat Schützenhöfer, hat dich der Vorstandsdirektor Kehrer nicht informiert von den Personalproblemen? Warum hat man dann gesagt, wir brauchen 25 Mitarbeiter, es ist sofort zu erhöhen und, und, und?

Es ist schon lange bekannt, dass es draußen im Personalwesen mangelt. Der Herr Prof. Tscheliessnigg hat bereits damals schon darauf hingewiesen. Und die Ärzte draußen muss ich in Schutz nehmen, die haben sogar schon einmal eine Selbstanzeige machen wollen, weil die Personalsituation so schlecht war, weil nicht operiert werden konnte, weil keine Leute da waren, weil keine OP-Gehilfen da waren, keine OP-Schwester, weil die Teams woanders waren. Das kann man auf der anderen Seite nicht dem Landesrat in die Schuhe schieben. Er hat alles unternommen und Weisung gegeben. Der Herr Fankhauser, Vorstandsdirektor Fankhauser, war es noch, der gesagt hat, ja, ja, wir haben schon reagiert, da haben wir zusätzliche OP-Teams genommen.

Wenn du mit den Leuten draußen redest, dann frage ich euch, wo versickern die in der KAGES? Dort, wo sie sein sollen, sind sie nicht. Aber nach außen ist alles voll, wir haben eh keinen Bedarf an Personal.

Und wenn man dann wirklich zuständig ist, dann muss man halt hergehen, bekennen wir uns dazu. Ja, ich schaue mir das gerne an, wenn die KAGES eine Weisung kriegt, ihr müsst jetzt Personal aufnehmen, wer dann dagegen sein kann, Herr Landesrat Schützenhöfer, wenn du in deiner Verantwortungskompetenz das machst. Da im Landtag ist sicher keiner drinnen. Und die Personalkosten sind überwiegend im KAGES-Bereich, wo die Personalkosten drinnen sind. Alles andere kommt hinten nach. Aber wenn wir uns dazu bekennen, wenn es notwendig ist, muss man den Schritt setzen, meine Damen und Herren, dann darf man sich nicht drüberwinden und sagen, nein, nein, wir sind nicht zuständig.

Wenn ich, Frau Landeshauptmann, zu Ihnen noch kommen darf. Sie haben beim Spitalsgipfel gemeint, wenn Sie die Verantwortung haben in der Sache, dann müssen Sie sie übernehmen und Sie waren bedrückt, dass der Herr Landesrat nicht dabei war. Ich habe nur eine Sorge, dass Ihre derartige Aussage nach außen genau darauf hinweist, alle sagen, es ist kein Wahlkampfthema oder kein Wahlkampfgag.

Ich bin stolz, dass sich der Herr Landesrat Erlitz für so etwas nicht hergibt. Er war in der Zeit, wo Sie geglaubt haben, dass Sie punkten, bei den Leuten vor Ort und hat sich informiert. Und es hat jede Medaille zwei Seiten. Sehr wohl sind andere Dinge, ich brauche das nicht wiederholen, was der Herr Landesrat bereits gesagt hat, dass wir in der Form auf der Hut sein müssen, das ist keine Frage, dass gearbeitet wird und dass ich der Überzeugung bin und hoffe, an die Verantwortlichen, sitzen alle da hinten, aus dem KAGES-Bereich, ja, dann beobachten und sagen wir jetzt die Situation, da ist mir jede Maßnahme wichtig und notwendig, um die Situation zu bereinigen.

Es hat schon einmal in der KAGES eine Situation gegeben, damals war der Herr Prof. Möse sogar Aufsichtsratsvorsitzender, wo ihm das angehängt wurde, dass die Patienten am Gang gestorben sind und die Klassezimmer waren frei. Der hat damals gehen müssen.

Wenn wir miteinander eine Bereinigung in der Situation wollen, dann heißt es, einen Schulterschluss zu machen und kein politisches Geplänkel, weil von dem hat keiner etwas. Ich schau mir das dann nach der Wahl an, meine Damen und Herren, ich schaue mir das an. (Beifall bei der SPÖ.)

Zu sagen, wir wollen das Spitalsressort. Es riecht eh schon alles danach. Einmal geht der Herr Hirschmann raus und sagt schon, mein Zweiter, der wird sich um das Spitalsressort kümmern. Wir wissen eh alle, wie die Dinge laufen.

Verantwortung wegschieben, das hat bei uns noch keiner gemacht, aber bei euch ist es permanent. Und Schützenhöfer hat heute bewiesen, dass er Verantwortung wegschiebt. Du brauchst nur noch einmal in einer Beantwortung erklären, bist zuständig für das Personal? Wenn ja, dann bitte fordern wir dich auf, sofort diese fehlenden Personalressourcen einzusetzen. Und wenn nicht, dann musst sagen, ich kann nicht, weil ich bin nicht zuständig.

Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 11.52 Uhr.)

Präsident: Zur tatsächlichen Berichtigung meldet sich der Herr Abgeordnete Lafer.

Bitte, kurze Berichtigung.

Abg. Lafer (11.52 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Der Kollege Kurt Gennaro hat sich zu Wort gemeldet, und scheinbar hat er trotz seiner 20-jährigen Karriere im Landtag noch immer das Problem, dass er nicht genau zuhören kann. Ich habe ausdrücklich bei der Begründung der Dringlichen gesagt: Der zuständige Gesundheitslandesrat Erlitz trägt die politische Verantwortung für die Toten. Ich habe nie behauptet, dass er schuld am Tod dieser Menschen ist. (Landesrat Mag. Erlitz: „Die politische Verantwortung für die Toten!“)

Genau das habe ich gesagt. Und sollten irgendwo anderslautende Dinge kursieren, so ist das nicht meine Aussage. (11.52 Uhr.)

Präsident: Dazu nochmals Kurt Gennaro. Bitte, Herr Abgeordneter, aber in aller Kürze. Weitere Diskussionen dann.

Abg. Gennaro (11.53 Uhr): Lieber Franz Lafer, Kollege tu ich mir schon schwer zu sagen, ich lasse mir nicht gerne unterstellen, dass ich in 20 Jahren nicht lesen oder zuhören gelernt habe. Ich kann genau zuhören.

Ich darf dir zur tatsächlichen Berichtigung sagen, jetzt musst du dann den ORF klagen. Lafer formuliert sogar, wegen der Untätigkeit von Wolfgang Erlitz sterben Menschen in der Steiermark.

Danke, das war die Berichtigung. Entweder hast du Gedächtnislücken, kannst dich nicht mehr erinnern, aber ich kann gut zuhören. (Beifall bei der SPÖ. – 11.53 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Graf. Bitte!

Abg. Graf (11.53 Uhr): Herr Präsident, werte Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen und werte Zuhörer!

Herr Landesrat Erlitz, waren Sie nicht einmal Direktor eines Gymnasiums? (Abg. Mag. Drexler: „Provisorisch!“) Dann wissen Sie auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass Schüler um diese Zeit, wenn sie ihre Aufgaben nicht ordnungsgemäß erfüllt haben, Briefe nach Hause geschickt bekommen, dass sie schlecht in der Schule sind, blaue Briefe, wo drinnen steht, sie haben vielleicht noch eine Entscheidungsprüfung jetzt und eine dann vielleicht im Herbst.

Ihre Rede heute könnte man deuten als Entscheidungsprüfung. Ich habe zwar alles gesagt, was ich gewusst habe, aber es war halt nicht ganz beim Thema.

Wenn Sie Schüler wären, Herr Landesrat, dann müsste man sagen, in Ihrer Zuständigkeit im Bereich der KAGES mit ihren 16.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, mit den vielen Bediensteten, die sehr, sehr gute Arbeit Tag für Tag leisten, haben Sie Ihre Pflichten und Aufgaben nicht im Sinne der steirischen Bevölkerung erfüllt. Aber es gibt ja, wie auch in der Schule, die Möglichkeit eines Nachzipfs. Wenn Sie den Sommer über einige dringende Hausaufgaben nachholen, dann wäre es ja doch vielleicht mit Ach und Krach möglich, noch einen Vierer zu erlangen.

Diese Fehler haben schon vor längerer Zeit begonnen, diese ganze Misere. Hatten wir zuerst die Diskussion, private Führung in der KAGES ja oder nein – zurückgenommen. Dann wurde wieder aufgeteilt nach der Farbenlehre des Landes Steiermark – ein Vorstandsdirektor rot, ein Vorstandsdirektor schwarz. Aber das war dann auch schon ziemlich die einzige Entscheidung betreffend das Personal, denn es fehlt bis heute, meine sehr geehrten Damen und Herren, der medizinische Direktor. Es gibt zwar einen provisorisch bestellten, aber, wie ist es so bei Provisorien, die halten nicht ganz so gut.

Und das ist, meiner Meinung nach, ein riesiges Versäumnis. Das wäre so wie bei einem großen Autokonzern. Wenn ich den Chef für Forschung und Entwicklung nicht besetze, dann kann ich zwar meine laufenden Geschäfte weiterführen, aber irgendwann wird einmal der Zeitpunkt kommen, wo nichts mehr geht.

Aber da habe ich mich doch glatt geirrt, es gab eine Investition, eine sehr große sogar, eine 3,4-Millionen-Euro-Investition in die Beratung von Herrn Christian Köck, in die Health-Care-Company, die sich aber lediglich auf Moderation beschränkt bis 2007. Dieser Herr Köck hat an Know-how nichts Neues gebracht, im Gegenteil, er hat laut Präsident Bayer den Vorwurf bekommen, er hat die Erkenntnisse, die er bei der KAGES gewonnen hat, sogar privat verwendet und verwendet sie vielleicht für sein Therapiezentrum in Bad Gleichenberg. Gleichzeitig schwimmen der KAGES dabei Geschäftsfelder davon, die sie vielleicht selbst erschließen hätte können. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da müssen wir auch bei der Wahrheit bleiben. Wer hat diese Suppe mit eingebrockt, meine sehr geehrten Damen und Herren? Da war die ÖVP dabei. Der Herr Prof. Schilcher ist, meines Wissens nach, Aufsichtsratsvorsitzender. (Abg. Majcen: „Gewesen!“) Also, gewesen, war dort mit dabei.

Die SPÖ alleine ist nicht schuld. Der Herr Landesrat Erlitz hat den Vertrag damals unterschreiben müssen, weil sonst wurde ihm ein Prozess angedroht. Im Übrigen, zum ganzen Spektakel könnte man sagen, die ÖVP könnte sich um ihre eigenen Dinge kümmern.

Ich denke da an die ESTAG, an Herberstein, an den A1-Ring und viele andere Dinge mehr und nicht – wie sich das die Steirerinnen und Steirer sicher nicht wünschen – den Dreck von der SPÖ-Tür zur ÖVP kehren und umgekehrt. Sie schieben nur gegenseitig den Schmutz hin und her! (Beifall bei der FPÖ.)

Das ist das Bild, das der Landtag in regelmäßiger Wiederkehr hier gibt, wenn Berichterstattung im Fernsehen ist, sind jedes Mal zu sehen: Beschuldigungen, Anschwärmungen, was wurde nicht getan. Einiges wird doch getan, beispielsweise der Steirer-Herz Gipfel. Es ist dann immer so, wenn Probleme auftreten, wird rasch ein Gipfel einberufen, da gibt es Besprechungen, nur, Probleme werden dabei leider nicht gelöst, denn die Probleme der zu wenig Kapazitäten, der zu wenig Intensivbetten, dass die Versorgungsketten nicht stimmen, dass es keinen Netzwerkaufbau gibt für die Rufbereitschaften, für das Personal, das am Wochenende vorhanden sein müsste, um die Operationen durchführen zu können, auch von der Zeitspanne her, da gibt es Probleme. Und jetzt hörten wir heute eigentlich, das Problem wäre zu lösen. Mit mehr Personal, natürlich auch einigen anderen Dingen, aber jetzt haben wir hier eine Diskussion miterlebt, wie so oft, jetzt ist keiner mehr zuständig. Weder die ÖVP, noch die SPÖ ist zuständig und auf der Strecke bleiben die Menschen draußen. Ich denke, wenn wir 1200 Steirerinnen und Steirer operieren müssten, dann muss das wirklich auch

so sein. Ich möchte Dinge, wie beispielsweise der Vorstand der Medizinischen Uni-Klinik, Ernst Pilger gesagt hat, keinem Steirer oder keiner Steirerin erklären oder Angehörigen von den 40 Steirern, die in den Jahren 2002 bis 2004 verstorben sind. Herr Pilger hat nämlich gesagt, es bleibt allerdings ein Faktum, dass man nicht jeden Patienten operieren kann und dass es Menschen gebe, die während der Wartezeit versterben.

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind Dinge, die möchte ich keinem Steirer und keiner Steirerin erklären, weil ich es einfach nicht für notwendig erachte, hier solche Dinge zu sagen, zum Ersten. Und zum Zweiten darf es keinen Steirer und keine Steirerin geben, die auf Grund von Diskussionen, wer zuständig ist oder wer nicht zuständig ist und das über Jahre hinweg, auf der Strecke bleiben.

Es gibt ja auch schon – es wurde schon gesagt – Anträge, die hier im Landtag sogar einstimmig beschlossen worden sind. Kardiologisches Konzept beispielsweise im Jahre 2003. Wir bräuchten Leitprogramme für die wichtigsten Krankheitsbilder, wo drinnen steht, wie stelle ich die Versorgungsmuster her, welche Häuser behandeln welche Krankheiten, was muss zentral sein, was kann regional sein, damit die Versorgung, die rechtzeitige Versorgung gewährleistet ist. Ein abgestuftes Konzept mit nachgelagerten Einheiten und natürlich das Personal, das aber nicht auf der Straße steht. Gut ausgebildetes Personal kann man nicht zusammenpflücken mehr oder weniger, das braucht eine lange Vorlaufzeit. Diese Vorlaufzeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, die haben wir schon vertan. Wir haben keine Leitprojekte für diese Krankheitsbilder, wir haben keinen adaptierten Krankenanstaltenplan, die Struktur- und Angebotsplanung liegt in der Schublade. Es gibt keine Änderung für Bad Aussee betreffend die Chirurgie. Das sind alles Dinge, die verschoben werden bis auf den Tag nach der Wahl. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind Dinge, die uns vielleicht auf den Kopf fallen werden. Wenn wir wissen, dass acht von zehn Steirerinnen und Steirern die Reformen im Gesundheitsbereich für wichtig oder ziemlich wichtig erachten, dann möchte ich hier appellieren an den Landesrat, diese Entscheidungen noch vor der Wahl zu treffen und auch wirklich die Schneid zu haben, diese auch umzusetzen, weil auch beispielsweise beim LKH-Klinikum keine Entscheidung getroffen wurde, weil es ja um die politische Farbenlehre geht hier in der Steiermark. Und Sie selbst haben in der Sitzung am 16. November 2004 wieder vertröstet. Sie haben gesagt, es wird nun aufbauend einen konkreten Auftrag an Köck, Ebner und Partner geben, eine gemeinsame Struktur- und Angebotsplanung für die steiermärkische Spitalslandschaft, alle Landeskrankenhäuser, Ordensspitäler und so weiter zu erarbeiten und dann wird es erstmals ein abgestimmtes Konzept geben. Ich hoffe, wir müssen nicht zu lange darauf warten und viele der Patientinnen und Patienten draußen müssen nicht zu lange darauf warten. Denn wenn der Spitalsbereich so weitergeführt wird wie das bis dato der Fall ist, sind nicht nur die Patienten massiv verunsichert, sondern auch das Personal ist massiv verunsichert und meiner Meinung nach wird irgendwann Gefahr in Verzug sein, weil es nicht in die richtige Richtung gegangen ist, weil Rechnungshofberichte ignoriert werden. Diese Gefahr, meine sehr geehrten Damen und Herren, sollten wir alle hier ernst nehmen, aber besonders der Herr Landesrat sollte sie ernst nehmen. Wenn ich vorhin von der Möglichkeit eines Nachzips gesprochen habe, den es auch in der Schule gibt, in den Ferien wäre es möglich, den medizinischen Direktor für die Steiermark zu besetzen, es wäre möglich, eine Lösung für die Chirurgie in Bad Aussee zu finden, den ärztlichen Direktor und den Betriebsdirektor für Graz einzusetzen, damit wenigstens einige wenige Grundsteine gelegt sind für eine gesunde KAGES in der Steiermark! Sehr geehrter Herr Landesrat, ich denke, das ist die Verständigung, die Sie erhalten zu diesem Zeitpunkt, wenn Sie so weitermachen, fallen Sie leider durch! Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 12.04 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Klubobmann Drexler bitte.

Abg. Mag. Drexler (12.04 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Frau Landeshauptmann, werte Regierungsmitglieder, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist schon bemerkenswert, was wir hier erleben insgesamt. Blenden wir vierzehn Tage zurück, die Dringliche Anfrage an Landeshauptmannstellvertreter Voves. Was fällt der SPÖ ein, eigentlich ist er gar nicht zuständig, ist vielleicht doch die Frau Landeshauptmann für Frohnleiten zuständig. 14 Tage später Déjà-vue-Erlebnis, Sonderlandtag zur Gesundheitspolitik, Dringliche Anfrage an Landesrat Mag. Erlitz. Was fällt der SPÖ ein? Eigentlich vielleicht gar nicht zuständig, Dringliche Anfrage an Landesrat Schützenhöfer.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, erste Vorbemerkung. Es ist schon bemerkenswert, wie die SPÖ in aller Regel die eigene Unzuständigkeit inszeniert. Da darf ich dort anschließen, wo Landesrat Schützenhöfer aufgehört hat, in diesem Lichte ist die Ankündigung „Bereit für mehr Verantwortung“ mit Sicherheit eine gefährliche Drohung. Ich würde Sie einladen, fangen Sie einfach einmal damit an, überhaupt Verantwortung zu übernehmen, dann könnten Sie nämlich möglicherweise das Gegenteil beweisen, dass es keine gefährliche Drohung ist. Aber, meine Damen und Herren, es scheint sich nicht in diese Richtung zu entwickeln. Man könnte mit einem in der Steiermark so beliebten Wort eigentlich kurz zusammenfassen „SPÖ-Regierungsmannschaft ein Unzuständigkeitscluster“! (Beifall bei der ÖVP.) Würde sich auch sehr gut anbieten, wir könnten dann gleich weitergehen „Unzuständigkeitscluster“, „ÖVP-Regierungsmannschaft Zuständigkeitscluster“. (Beifall bei der ÖVP.)

Bleibt nur der Landeshauptmannstellvertreter Schögggl, aber der ist alleine und daher kann er kein Cluster sein. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Aber zuständig!“) Aber zuständig, im Zweifel immer zuständig!

Aber, meine Damen und Herren, das ist eine ernstere Angelegenheit, als sie möglicherweise klingt. Und wenn der Kollege Gennaro hier heraus geht und nachdem moralinsauer von der SPÖ behauptet worden ist, man darf unmöglich ein Wahlkampfgeplänkel aus dem Gesundheitsthema machen und da sind wir ganz ernst und betroffen als SPÖ immer, da hergeht und erklärt, der Herzgipfel ist ein Skandal, dass den die Frau Landeshauptmann überhaupt gemacht hat und das ist ja furchtbar, wie wir die Probleme lösen. Ich kann Ihnen eines sagen und das wird sich zum Nachteil der SPÖ auch an Stimmungslage verdichten, natürlich gibt es immer wieder Probleme, auch in der Steiermark, aber schauen Sie sich die Lösungskompetenz der steirischen Volkspartei an, gerade in den letzten zehn Tagen. Spielberg auf Schiene, Herberstein auf Schiene, eigentlich in diesem Lande alles auf Schiene! Das ist die Art und Weise, wie wir Politik machen! (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, wenn dann auf Grund von Aussagen von Experten ein Thema auftritt und man auf Fehlentwicklungen und Probleme im Gesundheitsbereich kommt, dann ist dazu zweierlei zu sagen, auch dem lieben Kollegen Gennaro.

Es gibt in diesem Land kein Verbot, sich auch mit jenen Ressorts zu beschäftigen, für die die SPÖ Verantwortung trägt. Seit Menschengedenken trägt die SPÖ für das Gesundheitsressort in diesem Land Verantwortung. Damit darf man sich auch beschäftigen. Da ist es nicht immer gleich mit dem Killerargument totzuschlagen, ja, die Gesundheit, die müssen wir jetzt aus der politischen Debatte heraushalten. Wer glaubt, seine eigene mangelnde Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, seine mangelnde Bereitschaft, die eigene Zuständigkeit einzubekennen, hinter diesem Argument sich verschanzen zu können, meine sehr verehrten Damen und Herren, der wird sich getäuscht haben, weil es gilt, im Interesse der Betroffenen und der Steirerinnen und Steirer, auch sensible Themen im Landtag zu diskutieren. (Beifall bei der ÖVP.)

Da wissen wir und die Mehrzahl der Steirerinnen und Steirer, dass sensible Themen bei der Frau Landeshauptmann in guten Händen sind. Daher war es natürlich ein guter Vorschlag und auch ein gut umgesetzter Vorschlag, nach Bekanntwerden der Probleme, sofort die Betroffenen und alle Experten an einen Tisch zu holen. Ich darf eines sagen, dass die SPÖ einen Gipfel zu einem Thema, der eigentlich in ihrer Ressortverantwortung sein sollte, wo eine Ersatzvornahme durch die Frau Landeshauptmann stattfinden muss, dann einen solchen Gipfel auch noch boykottiert, ist eigentlich ein unglaublicher Skandal. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn man dann hier noch hergeht und sagt, dieses Thema wollen wir aus dem Parteiengeplänkel herausholen und wenn man hier dem Klubobmann Lafer und der ÖVP vorwirft, dass das jetzt als Vorwahlgeplänkel eine Inszenierung usw. ist, dann darf ich Ihnen schon eines sagen, wenn die gleiche Partei, die das rügt, da heute Transparente vor dem Landhaus aufmarschieren lässt – aber es darf kein politisches Kleingeld gewechselt werden, hat der Landesrat Erlitz gesagt, bitte kein politisches Kleingeld – und hier von einer Teilorganisation der SPÖ auf einem Transparent vor dem Landhaus verkünden lässt, „Herzpatienten bitte warten! Dank herzloser Personalpolitik von VP-Landesrat Schützenhöfer“, dann kann ich mit Kurt Gennaro nur sagen, das schlägt dem Fass den Boden aus. (Beifall bei der ÖVP.)

Weil wenn man hier das ernst meint, was seitens der SPÖ behauptet wird, dass man kein politisches Kleingeld wechseln soll, dann ist das schon ein besonders starkes Stück, wenn man das dann auf diese Art und Weise in dieser Doppelzüngigkeit sozusagen betreibt.

Aber insgesamt ist es ja ganz bemerkenswert, wie der zuständige Landesrat sich dem Gesundheitsthema in aller Regel nähert.

Also, erster Reflex, eigentlich nicht zuständig. Zweiter Reflex, wenn schon in Teilen zuständig, dann gibt es immer irgendwie ein Problem, Geld ist zu wenig da und Personal ist zu wenig da.

Meine Damen und Herren, es braucht eigentlich nur zwei Zettel, um die Argumentation der SPÖ hier als das zu demaskieren, was sie ist, nämlich der plumpe Versuch einer Ausrede für mangelndes eigenes politisches Gestaltungsvermögen. Weil wenn man sich einerseits die Statistik der Personalentwicklung in den steirischen Spitälern ansieht, und Landesrat Schützenhöfer hat sie bereits angesprochen von den absoluten Zahlen, dann weiß man, daran kann es nicht liegen. Weil wenn aus unter 10.000 Bediensteten über 16.000 Bedienstete hier geworden sind im Zeitrahmen der Geschichte der Krankenanstaltengesellschaft mbH., dann kann hier wohl nicht von allerboshaftester Mangelwirtschaft die Rede sein.

Zweiter Teil: Allein zwischen 2004 und 2005 ist der Gesellschafterzuschuss, oder zuvor Zuschuss und Darlehen, von 2004 auf 2005 um 23 Millionen Euro gestiegen. (Landesrat Mag. Erlitz: „20 Millionen nur für Personal!“)

Wenn Landesrat Erlitz uns jetzt weismachen will, dass 23 Millionen Euro nichts sind, weil das ja schon allein für die Gehaltserhöhungen oder so draufgeht, dann darf ich erstens sagen, dass es noch 2000 bloß 254 Millionen waren. Mithin haben wir innerhalb von fünf Jahren eine Steigerung von beinahe 100 Millionen Euro, was an sich keine schlechte Summe ist (Landesrat Mag. Erlitz: „Eh nicht!“) und zweitens – meine Damen und Herren, das ist ja das Bemerkenswerte – im Zweifel wird jeder politische Gestaltungsanspruch und jede Verantwortung, irgendetwas zum Besseren zu wenden, mit beiden Händen von sich gewiesen vom zuständigen Landesrat. Aber es gäbe ja Möglichkeiten – nicht nur sagen, es muss noch mehr sein, 23 Millionen plus reicht nicht, es muss mehr Plus sein – allein die Liste der Rechnungshofempfehlungen, mit denen wir uns in den letzten Monaten im Kontroll-Ausschuss auseinander zu setzen haben, die Liste der Rechnungshofempfehlungen und die Liste der Feststellungen beider Rechnungshöfe – des Landesrechnungshofs und des ganz großen Rechnungshofs in der Dampfschiffstraße in Wien – beide Rechnungshöfe haben eine ganz lange

Liste von Einsparungspotenzialen, von Verbesserungsvorschlägen vorgelegt. In der letzten Kontroll-Ausschuss-Sitzung ging es um beinahe 2 Millionen Euro, die allein beim Einkauf von Röntgenkontrastmitteln eingespart werden könnten. Ja, meine Damen und Herren, da ist es mir für den zuständigen Landesrat zu wenig, immer nur zu sagen, mehr Geld. Hier ist einmal die eigene politische Arbeit gefordert, etwas zum Besseren zu wenden. (Beifall bei der ÖVP.)

Man hat es ja heute gesehen. Ich meine, eines ist schon zu bemerken, wenn sich ein Regierungsmitglied von uns mit dieser Nonchalance an die eigene politische Arbeit heranwagen würde, wie der Herr Landesrat Erlitz heute, dann hätten wir zu Recht ein Theater in diesem Haus.

Interessanterweise, sogar die Schulstunde wurde überzogen, zeittechnisch, bei der Anfragebeantwortung, aber im Grunde genommen war das ja nur eine Beschreibung, eine nacherzählende Beschreibung des Tagesgeschäfts. (Abg. Böhmer: „Eine nacherzählende Beschreibung gibt es nicht. Wo warst du im Deutschunterricht?“)

Bitte, es ist ja Gott sei Dank die sprachliche Kompetenz bei der SPÖ so breit, warum soll es keine nacherzählende Beschreibung geben? Aber das diskutieren wir nachher aus. Wie auch immer. (Abg. Böhmer: „Eine nacherzählende Beschreibung gibt es nicht!“)

Jedenfalls, es war in Wahrheit nur eine Beschreibung, ob nun nacherzählend oder nicht, dessen, was ohnehin passiert und was ohnehin von Tag zu Tag geschieht. Das als Versuch darzustellen, dass die Gesundheitspolitik bei Wolfgang Erlitz in besten Händen ist, kann zu Recht als untauglicher Versuch dargestellt werden, und insofern schließe ich mich da hier auch der Frau Kollegin Graf in weiten Teilen an.

Eine Spatenstichverliebtheit durften wir in der Anfragebeantwortung feststellen. Also, da haben wir einen Spatenstich, dort haben wir einen Spatenstich, und damit sind schon alle Probleme irgendwie in Ordnung. (Abg. Böhmer: „Damit etwas weitergeht!“)

Das allein wird zu wenig sein, wie auch eine noch so lange Ansammlung von Plattitüden und Phrasen.

Meine Damen und Herren, was sich zu diesem heutigen Sonderlandtag zusammenfassen lässt, aus meiner Sicht jetzt einmal:

Erstens, es ist zu hoffen, dass die aufgezeigten Probleme einer raschen Lösung zugeführt werden, und der Herzgipfel der Frau Landeshauptmann war der erste Schritt in die richtige Richtung in diesem Zusammenhang. (Beifall bei der ÖVP.)

Zweitens, es ist die Einladung auszusprechen an die Sozialdemokratie und an den zuständigen Landesrat, die Arbeit aufzunehmen und uns zu beweisen, dass auch gesundheitspolitische Visionen, dass ein gesundheitspolitisches Programm von der SPÖ erarbeitbar und leistbar ist. Sie sind herzlich eingeladen, den heutigen Sonderlandtag als Anlass zu nehmen, in die Arbeit einzusteigen, beginnen wir. (Beifall bei der ÖVP.)

Dann wäre es nämlich vielleicht in einiger Zeit auch möglich, über mögliche Erfolge, über mögliche Initiativen zu diskutieren, die auch aus dem Bereich der SPÖ kommen. Hören Sie also damit auf, die eigene Unzuständigkeit zu inszenieren. Es gibt viel zu tun im Gesundheitsbereich, im Sozialbereich. Sie wollen sicher wieder gelobt werden, Herr Landesrat, oder? (Landesrat Dr. Flecker: „Sagen Sie danke, es ist viel getan worden!“) Ich wollte gerade sagen, der Landesrat Flecker, eines kann man ihm nicht vorwerfen (Landesrat Dr. Flecker: „Kompetenz ist Kompetenz!“), im Sozialbereich tut er sich selten für unzuständig erklären.

Das könnten wir Ihnen wirklich nicht vorwerfen, insofern sind Sie ein Fremdkörper im Unzuständigkeitscluster der SPÖ. Sie sind eigentlich ein Fremdkörper. Aber Sie bekennen sich ja auch heute wieder in großkoalitionärer Kleidungsgesinnung zur Zusammenarbeit und dafür sind wir eigentlich dankbar. (Landesrat Dr. Flecker: „Das ist dunkelblau!“) Ach so, das sehe ich nicht so genau. Ich sehe so schlecht, das ist der Grund. Wie auch immer, jedenfalls es ist die Einladung auszusprechen, dass auch in der Gesundheitspolitik die SPÖ ihre Verantwortung wahrnehmen sollte. Meine Damen und Herren, dann können wir uns diesen anstehenden Problemen hoffentlich gemeinsam nähern und dann ist auch das Ziel der ganzen Übung, nämlich dass wir zu derartigen Verbesserungen kommen, die notwendig sind im Interesse der Patientinnen und Patienten, dann steht diesem Ziel auch nichts mehr entgegen. Also, meine Damen und Herren, ich hoffe, dass wir, ausgehend von diesem Sonderlandtag, einiges auf Schiene bringen können. Der Startpunkt ist von Frau Landeshauptmann gesetzt. Herr Landesrat, nicht weiter im Schmollwinkel bleiben, kommen Sie zu den Terminen, die Experten beißen nicht, die ÖVP beißt auch nicht (Abg. Gennaro: „Die ÖVP kann nicht beißen, denn ihr fehlt die Kraft!“), schauen wir, dass wir vielleicht einmal gemeinsam etwas zusammenbringen. (Beifall bei der ÖVP. – 12.19 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Zierler.

Abg. Zierler (12.19 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, verehrte Damen und verehrte Herren auf der Regierungsbank, liebe Kollegen!

Ich weiß nicht, ob gestern Abend oder gestern Nacht war es eigentlich schon, um 23 Uhr jemand von Ihnen Zeit hatte und zufällig das Interview mit dem Dalai Lama im ARD gesehen hat. Es war da eine lange Sendung, ein langes Interview mit seiner Heiligkeit, dem Dalai Lama, und da war etwas sehr Faszinierend, was man vielleicht auch für die heutige Sondersitzung – es gibt keinen Grund zu lachen, meine Kollegen –

als eine Wahrheit erkennen kann. Er sprach darüber, dass seine Religion, der Buddhismus, seine Wahrheit ist, dass vielleicht für Sie oder für uns das Christentum unsere Wahrheit ist, dass aber weder seine Wahrheit für uns eine falsche Wahrheit sein kann und umgekehrt. Es gibt viele Wahrheiten und es gibt die ganz persönlichen Wahrheiten und so habe ich auch die heutige Diskussion bisher erlebt, wo ich mir denke, egal von welcher Fraktion und egal was von den jeweiligen Kolleginnen und Kollegen gesagt wurde, es steckt überall eine gewisse Wahrheit dahinter. Ich bedaure es sehr, dass dieser Sonderlandtag jetzt abgetan wird zu einem Wahlkampfgetmelz. Ich glaube, das darf nicht der Sinn sein und das soll auch nicht der Sinn sein. Und wenn Klubobmann Franz Lafer unterstellt wird, dass er ein Misstrauen ausspricht aus wahltaktischen Gründen, dann muss ich dazu schon sagen, würden wir das so machen wollen, dann hätten wir einen Misstrauensantrag eingebracht. Das wäre ein Wahlkampfthema, aber nicht, wenn er ein Misstrauen artikuliert. Ich denke mir, es wäre richtig, wichtig und vor allen Dingen zeitlich sehr notwendig, dass wir hier wirklich eine sehr ernsthafte Diskussion führen ohne gegenseitige Schuldzuweisungen, ohne zu sagen, wer schürt wo Ängste und so weiter und so fort. Ich glaube auch die Kollegen der SPÖ können sich da bei der Nase nehmen, wenn ich an die Aussagen denke, die es da gegeben hat, Gesundheitssystem bricht zusammen, Krankenhäuser werden zugesperrt, als die neue Bundesregierung zu arbeiten begonnen hat. Aber lassen wir das. Tatsache ist, es gibt ein Versagen in der steirischen Gesundheitspolitik. Tatsache ist, dass die letzten Jahre keine Verbesserung gebracht haben. Wir haben seit Landesrat Dörflinger bis heute die gleichen Probleme, die immer wieder besprochen, immer wieder diskutiert, immer wieder analysiert werden, wo es aber keine Lösungen gibt. Es hat einen Grund, dass das steirische Gesundheitswesen seit Jahren im Kreuzfeuer der Kritik ist. Ich denke, das müsste jedem von uns zu denken geben. Für mich ist es auch ganz wichtig zu betonen und zu sagen, dass es keine Kritik gibt an den vielen Medizinern, an den Schwestern, am Pflegepersonal. Ärzte an der Klinik, die im Dauereinsatz sind, unzählige Nachtdienste haben, Bereitschaftsdienste haben, an den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit sind. Ärzte, Internisten, die schon Skrupel haben, Patienten an die Kliniken zu überweisen, weil sie ganz genau wissen, wie überfordert ihre Kollegen dort sind und weil sie ganz genau wissen, wie lange die Wartezeiten sind. Jahrelang war und ist das steirische Gesundheitswesen mit einer parteipolitischen Spielwiese von Rot und Schwarz verwechselt worden. Jahrelang, das muss man leider feststellen, ist in diesem Bereich nichts weitergegangen, außer diversen Proporzbesetzungen, wie zum Beispiel in der KAGES.

Ich erinnere daran, dass wir bis heute auf eine Bestellung des ärztlichen Direktors und Betriebsdirektors warten. Ich erinnere daran, dass es bis heute Bürgerinitiativen gibt, die dafür kämpfen, dass die medizinische Versorgung in ihrer Region besser wird. Ich erinnere weiters daran, dass bis heute keiner die Lehren aus dem Rechnungshofbericht gezogen hat, der diesem System weder Effizienz noch Sparsamkeit attestiert hat. Es geht hier – wir haben viele politische Skandale gehabt in der letzten Zeit, vom A1-Ring bis zur ESTAG – um wesentlich mehr, hier geht es um das wesentlichste Gut des Menschen, hier geht es um die Gesundheit, hier geht es um das Leben und die medizinische Versorgung unserer Landsleute.

Herr Landesrat Erlitz, glauben Sie mir, ich will Sie nicht persönlich attackieren, aber ein Weglegen der Verantwortung hat hier eine ganz, ganz große Bedeutung und eine ganz, ganz große Dimension. Ich erinnere Sie auch daran, wie viele Anträge haben wir schon gestellt, wie viele Anfragen wurden nie beantwortet, wie viele Anträge wurden nicht beantwortet oder nicht behandelt. Etwas ist mir sehr deutlich aufgefallen bei der Beantwortung Ihrer Dringlichen Anfrage. Das war der Punkt fünf mit der Frage, wie viele Patienten sind in den vergangenen drei Jahren auf Grund verspäteter Operationsmöglichkeit verstorben. Sie haben alle anderen Fragen sehr, sehr lange beantwortet beziehungsweise die 40-minütige Einbegleitung, bei dieser Frage haben Sie ganz kurz gesagt: 2002 15, 2003 15, 2004 zehn. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir reden hier von Menschenleben. Wie viele Patienten sind auf Grund verspäteter Operationsmöglichkeit verstorben? Da geht es jetzt nicht um Zahlen, da geht es um Menschen. Im Jahr 2002 in der Steiermark 15 Menschen, im Jahr 2003 wieder 15 Menschen und im Jahr 2004 zehn Menschen. Zahlen, die wir haben, Zahlen, die belegt sind. Das ist der Punkt und das ist das Thema unserer heutigen Dringlichen Anfrage, weil es hier um Menschen geht. Das kann man nicht so lapidar wegwischen und einfach eine Statistik herunterbeten.

Es liegt an uns allen, dass wir hier Verantwortung übernehmen und dass wir hier Verbesserungen schaffen und dass es Ihnen vielleicht gelingt, im nächsten Jahr hier andere Zahlen verlautbaren zu können. Es ist an der Zeit, dass unser Gesundheitssystem endlich von den Fesseln der Parteipolitik befreit wird. Es ist an der Zeit wieder Verantwortung gegenüber jenen zu leben, die in unseren Spitälern ehrlich und gut arbeiten und auch Verantwortung für all jene Menschen, die sich eine gute Versorgung in ihrer Heimat, in ihrem Krankenhaus erwarten. Ich denke, dass die Zustände an der Kardiologie hier nur die Spitze sind, die Spitze eines Eisberges. Ich erinnere an die letzte Diskussion vor einem halben Jahr, als wir noch die unnötigen Blinddarmoperationen diskutierten. Ich erinnere an die unzähligen Berichte, die sich mit dem Versagen auch Ihres Vorgängers Dörflinger beschäftigen mussten. Ich sehe im Moment, das sage ich ganz offen und ehrlich und realistisch und ich glaube, Sie werden mir hier Recht geben, ich sehe im Moment jetzt um diese Jahreszeit keine reelle Chance, dass wir gemeinsam Verbesserungen erarbeiten können. Der Wahlkampf hat begonnen – (Abg. Stöhrmann: „Ihr habt es vorgezeigt!“) der Wahlkampf hat begonnen, Herr Kollege, nicht hier von uns, dafür ist das Thema zu ernst. Aber ich denke, dass wir in den nächsten Monaten noch sehr vieles erleben werden im Trubel des Wahlkampffiebers. Was ich mir wünschen würde, wäre im Herbst, wenn der Wahlkampf vorbei ist, sich der Landtag konstituiert, sich die Landesregierung konstituiert, dass es dann gelingt – (Abg. Stöhrmann: „Das BZÖ ist nicht dabei!“) es geht nicht darum, wer wo sitzt, Herr Kollege, es geht darum, dass in der Steiermark etwas weitergeht, und nicht, welche Köpfe und welche Menschen da sitzen.

Ich hoffe, das werden auch Menschen können, wenn einer von uns nicht mehr da sein wird. Das ist meine Vision für die Steiermark, dass in der nächsten Legislaturperiode ein Gesundheitswesen eingeführt wird unter dem Titel „Weg von der Politik und hin zum Menschen!“ Vielleicht gelingt es Ihnen! (Beifall beim BZÖ. – 12.28 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von der Frau Abgeordneten Zitz. Bitte!

Abg. Mag. Zitz (12.28 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste! Ich habe jetzt den Eindruck, ich habe innerhalb von drei Stunden zwei verschiedene BZÖs gehört.

Das erste BZÖ, vertreten durch Herrn Kollegen Lafer, hat letzte Woche ein Instrument in die Hand genommen, das das schärfste in der parlamentarischen Demokratie ist, nämlich einen Misstrauensantrag. Er hat ihn aber offenbar bis jetzt noch nicht eingebracht.

Frau Kollegin Zierler hat vorher in einer Struktur und in einer Haltung, die ich teilweise sehr gut verstehen und teilen kann, versucht, diese Debatte wieder auf ein halbweges Niveau zu bringen.

Ich möchte aus Sicht der Grünen zu einigen Dingen noch Stellung nehmen:

Ja, wenn man große Strukturen ausgliedert, heißt das, dass man andere und alternative Zugriffsmöglichkeiten hat, und die Steuerungsmöglichkeiten gegenüber einem sehr großen Körper – ich sage bewusst Körper –, wie der KAGES, sind natürlich andere, als wenn das eine Landesabteilung ist. Das sind aber Sachen, die hat man bereits vor der Umstrukturierung und der Ausgliederung gewusst. Das heißt jetzt ein kritischer Blick auf die Personen und Akteure, die damals diese Ausgliederung, auch mit den potenziell kleinen positiven Handlungsmöglichkeiten, die es gibt, auf die Reihe gebracht haben.

Zum Herzgipfel selbst: Ich habe daran teilgenommen. Ich habe, wie immer, Frau Landeshauptfrau, Ihren Charme im Umgang mit Leuten, die Sie gar nicht gut kennen, sehr bewundert. Ich war vom Inhaltlichen aber ziemlich betroffen, und zwar war ich deswegen betroffen, weil Finanzlandesrätin und der Personallandesrat, auch nicht in Vertretung, nicht anwesend waren. Umso schärfer hat man dann kritisiert, dass von der roten Reichshälfte niemand da war. Ich war auch betroffen, weil ich das Gefühl gehabt habe, dass die Leute, die dort anwesend sind, mit sehr viel Engagement und mit sehr viel Verve arbeiten. Sehr ungut ist mir eine Person aufgefallen, die, Frau Landeshauptfrau, Ihr Bild praktisch als Tischvorlage für ihre Unterlagen gehabt hat. Da würde ich mich verwehren, auch wenn es theoretisch das Bild einer grünen Landesrätin wäre, dass man so ausgestattet in eine Sitzung kommt, wo es einfach darum geht, in einer schwierigen Situation, über die wir seit Jahren Bescheid wissen, Ingrid Lechner hat es vorher für uns herausgearbeitet, wenn man dazu einem Herzgipfel einberuft. Das führt natürlich auch zu Verhärtungen zu genau der Gruppe von Leuten, nämlich der roten Reichshälfte, die im Gesundheitsbereich einfach federführend tätig sind und die kooperieren können mit aller Kraft oder blockieren können mit aller Kraft.

Anreden möchte ich auch, dass bei dieser Gruppe – und das ist jetzt keine Kritik an den anwesenden Leuten – fast durchwegs Männer waren. Die Chirurgie und insbesondere der Bereich der Herzchirurgie ist einer, wo Frauen offenbar weniger präsent sind. Es war dort weiters nicht präsent die Patientenanwältin, sie ist offenbar nicht eingeladen worden. Es war niemand präsent von der Selbsthilfegruppe der Herzpatienten und -patientinnen. Also, dieser Ausgleich in Richtung Patienten-, Patientinnensicht war nicht gegeben.

Und als ich dort kurz angesprochen habe aus meinem Gesundheitsverständnis, das sicher stärker sozialmedizinisch oder gesellschaftspolitisch gespeist ist, dass mir einfach der Vorspann zur Operation und die Nachbereitung nach der Operation fehlen, habe ich das Gefühl gehabt, dass das ein Statement war, das dort nicht so irrsinnig gut angekommen ist.

Ich glaube, genau dieses Herbeiführen einer adäquaten Betreuung durch multiprofessionelle Teams rund um eine Person, die mit dem Herzen Probleme hat, genau das ist es, was in der Steiermark derzeit auf der Konzeptebene zwar vorhanden ist, aber diese Konzepte sind – das ist im Herzgipfel auch gesagt worden – zwar da, aber offenbar noch nicht „publikationsfähig“.

Aus meiner Sicht ist ein Zusammenspiel mit dem nicht stationären Bereich – das ist angeredet worden –, mit den Leuten im notfallsmedizinischen Bereich, bis hin zu Physiotherapeuten- und Physiotherapeutinnen, bis hin zu Leuten, die auch psychologische Begleitung für Menschen anbieten, die in so einer Krisensituation sind, wichtig. Das wäre mein Zugang. Und dieses Konzept fehlt.

Ein letzter Punkt noch: Es hat ein Herr bei diesem Gipfel einen Begriff verwendet, wo dann alle genickt haben, und trotzdem glaube ich, dass viele Leute am Tisch um eine Nuance etwas anderes darunter verstehen. Und zwar er hat gesagt, es geht da um „ethische Fragen“.

Da möchte ich darauf aufmerksam machen, dass man zum Beispiel weiß, dass man bei Frauen einen Herzinfarkt oft sehr viel später wahrnimmt und dass Frauen teilweise sogar völlig falsch behandelt werden, weil man den Herzinfarkt eher den „Männern im besten Alter“ zurechnet. (Landesrat Mag. Erlitz: „Eine Männerkrankheit!“)

Da einen klar sozialmedizinischen oder frauenspezifischen Blick in diese Abläufe noch einmal einzubringen, wäre für mich ein Standard, der auch dieser ethischen Dimension entspricht.

Ich glaube, und da teile ich die Einschätzung von meiner Vorrednerin, dass weder ein exaltierter Sonderlandtag mit angekündigtem BZÖ-Misstrauensantrag, wo die ÖVP sich sogar überlegt hat mitzugehen – also das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, die ÖVP überlegt sich (Abg. Stöhrmann: „Wo die Verant-

wortung liegt, das muss man sich einmal vorstellen!“), die ÖVP überlegt sich, einen Misstrauensantrag des BZÖ mit zu unterstützen, wirklich hilft. Wir wissen, wie das BZÖ derzeit politisch unterwegs ist. Und die ÖVP ist bereit sich da anzuhängen, um damit ein Stück wieder Emotion zu schüren und da auch ein Stück ihres parteipolitischen Rayons abzusichern. Das sind Entwicklungen, die machen mir nicht rasend viel Freude.

Zusammengefasst noch einmal: Zur Initiative des Herzgipfels, Frau Landeshauptfrau: aus parteistrategischer Sicht verstehe ich es, weil Sie einfach eine Person sind, die in der Steiermark mit Autorität ausgestattet ist, neidlos zugegeben auf Grund der Landtagswahl 2000. Das, was ich aber absolut unprofessionell gefunden habe – und das ist halt der Stoff, aus dem dann auch Sonderlandtage, wie dieser, entstehen –, ist, wenn man einen Teil der Akteure nicht an den Tisch holt und wenn man das Ganze so gestaltet, dass Sie beim Herzgipfel, wie gesagt, als sehr gute Kommunikatorin, verschiedene Leute an den Tisch bringen, aber de facto war am Ende dieser zwei Stunden kein politisches Resümee möglich.

Ich habe noch einmal in meinen Unterlagen nachgeschaut, es waren so unterschiedliche Positionen am Tisch, sowohl was die Bedarfsanalyse betrifft, als auch epidemiologische Überlegungen, als auch das Zusammenspiel dieser unterschiedlichen Akteure, die schlichtweg teilweise miteinander in Konkurrenz sind und wo die Kooperation einfach nicht so leicht ist, zumal es keine politischen Vorgaben gibt.

Ich habe mich wieder sehr gewundert, und das ist wahrscheinlich auch der Stil im Umgang zwischen einer ÖVP, die sehr lange schon in der Regierung ist, und einer grün-alternativen Gruppe, die dieses Vergnügen in der Steiermark noch nicht hatte, wie Sie es geschafft haben, da ein Resümee zustande zu bringen, das über wichtige Punkte, die dort offen gelegt wurden als Konflikt, hinweggeht.

Ich glaube, genau aus diesem Stoff ist kurzfristig zwar Zufriedenheit bei den Anwesenden aufgetreten, weil sie sich wahrgenommen und auch wertgeschätzt fühlen. Aber mittelfristig und längerfristig ist genau das der Stoff, aus dem eine strukturierte Weiterentwicklung der KAGES, in diesem Fall jetzt einmal bezogen auf den Bereich Herzchirurgie, nicht so leicht möglich ist.

Zusammenfassend erwarte ich mir ein klares Konzept, das möglichst bald auf den Tisch gelegt wird, mit einem klaren mittelfristigen Finanzierungsplan, was auch heißt, dass die Finanzlandesrätin und der nächste Landtag sich überlegen müssen, ob man da nicht der KAGES endlich einmal einen adäquaten Mehrjahresvertrag gibt, anstatt dass jedes Jahr von Neuem beim Budgetlandtag um den Zuschuss des Landes gefeilscht werden muss.

Und zweitens erwarte ich mir ein Team, das die Akteure und Akteurinnen, die die Vorund die Nachbetreuung machen, schlichtweg von vornherein aktiv einschließt. Es stellt mich nicht zufrieden, Frau Landeshauptfrau, wenn Sie dann darauf hinweisen, dass es attraktive PR-Aktivitäten geben wird, große renommierte Tagungen, wo entsprechend Personen auftreten werden, wo auch die Medien präsent sind, wo Sie sicher als Spitzenkandidatin Ihrer Partei eine gute Möglichkeit Ihrer Präsentation haben werden, aber das Follow-up ist eines, das auf diesen kurzfristigen PR-Events nicht gewährleistet werden kann. Das ist das, was uns als Grüne interessiert und da stehen wir selbstverständlich auch zur Verfügung.

Noch einmal das Resümee: Dieser vom Begriff sehr poetisch anmutende „Herz-Gipfel“ hat nicht sehr viel gebracht. Und dieser inszenierte Sonderlandtag als BZÖ-ÖVP-Kooperation ist auch nicht wirklich das Gelbe vom Ei. Deswegen glaube ich, dass so ein Konzept in Kooperation mit der Finanzlandesrätin, weil die hat einfach die „Marie“ und die lässt das Geld aus oder nicht und in Kooperation mit den vor- und nachgeschalteten Stellen rund um die Chirurgie essenziell ist. Damit können wir alle einen Teil von unserer politischen Integrität wieder gewinnen. Ich sage bewusst alle, weil ich glaube, dass solche Auftritte wie heute – ich bin froh, dass da hinten keine Schulklassen sitzen – dazu führen, dass bestimmte Leute, die die Verkleinerung des Landtages wünschen, leider Gottes immer wieder von der Bevölkerung Applaus bekommen. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 12.39 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Klubobmann Kröpfl bitte.

Abg. Kröpfl (12.39 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine sehr verehrten Herren auf der Regierungsbank, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Zu diesem Herzgipfel brauche ich nicht mehr viel zu erwähnen. Frau Kollegin Zitz hat hier sehr ausführlich berichtet, weil sie dort war, was eigentlich dieser Herzgipfel im Endeffekt hätte bringen sollen, nämlich PR-Maßnahmen für die Frau Landeshauptmann und genauso war er auch angelegt. Wenn man einem zuständigen Landesrat über die Medien ausrichten lässt, dass man so einen Herzgipfel macht, ohne dass man vorher mit ihm als zuständige Landeshauptfrau, wie sie immer sagt, die Gesamtverantwortung trägt in diesem Land, ohne dass man vorher mit dem Herrn Gesundheitslandesrat ein Gespräch geführt hat, einfach über Medien ausrichten lässt, er soll zu einem Herzgipfel kommen, dann darf man sich nicht wundern, wenn man so eine Einladung nicht annimmt, sehr verehrte Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber was mich im Vorfeld zu diesem heutigen Sonderlandtag schon etwas irritiert hat ist jene Tatsache, dass sich die ÖVP hier hinter dem BZÖ versteckt, dem Herrn Lafer zwar eine ÖVP-Tarnkappe aufgesetzt hat, aber selbst fast nicht in Erscheinung treten wollte. Erst dann, als man gesehen hat, das bringt vielleicht in der Öffentlichkeit auch etwas, dann tun wir da mit und machen wir da groß einen Wirbel noch, weil es könnte ja zu einem Stimmungsumschwung in diesem Lande führen. Es ist bedauerlich, es ist nämlich insofern bedauerlich und da muss ich auch Sie, Frau Landeshauptmann, ansprechen, weil Sie sind ja auch die Verantwortliche für die ÖVP, dass Sie eine Aktion unterstützen, wo ein Abgeordneter dieses Hauses im ORF formuliert und

ich wiederhole dieses Zitat noch einmal, weil das wirklich so pietätlos ist, dass wir uns alle davon distanzieren sollten: „Wegen der Untätigkeit von Wolfgang Erlitz sterben Menschen in der Steiermark, konkret: Klassepatienten werden länger als notwendig in den Krankenhäusern behalten und andere, die auf der Warteliste stehen, müssen warten und sterben weg. Das betrifft vor allem Herzpatienten.“ Frau Landeshauptmann, ich fordere Sie auf, dass Sie sich von solchen Äußerungen distanzieren. Und ich fordere den Herrn Lafer auf, dass er sich für diese Aussagen in aller Form entschuldigt, und zwar in der Öffentlichkeit! (Beifall bei der SPÖ.)

Ich verstehe auch die Ansagen vom Herrn Klubobmann Drexler teilweise nicht. Entweder hat er nicht zugehört bei der Beantwortung durch Herrn Landesrat Erlitz oder er wollte einfach nicht zuhören oder er hat auch beim letzten Ausschuss nicht richtig zugehört, dass einige Maßnahmen, die der Rechnungshof vorgeschlagen hat, bereits umgesetzt worden sind, dass andere in Arbeit sind und er selbst hat gesagt, naja, es geht eben nicht von heute auf morgen. Und genauso ist es auch in dem Bereich. Aber bitte, Landesrat Erlitz arbeitet in diesem Bereich, er setzt um und wer heute aufmerksam zugehört hat, der weiß, wie viele Projekte umgesetzt wurden, wie viele in Vorbereitung sind und das zum Wohle der Steirerinnen und Steirer in diesem Land, verehrte Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.)

Sich hier heute herzustellen und das ganze Gesundheitssystem, das wirklich funktioniert, krankzujammern und krankzureden, ist wirklich auch aus einem anderen Aspekt noch ein bisschen witzig. Noch vor eineinhalb Jahren ist Herr Abgeordneter Bacher da vorne gestanden und jetzt zitiere ich auch aus dem Protokoll, Kollege Bacher: „Ich setze gleich einmal voraus, wir haben in der Steiermark, in Österreich eines der besten Gesundheitssysteme auf der Welt. Auf das können wir stolz sein!“ Ja, bitte, was hat sich denn in diesen eineinhalb Jahren jetzt so dramatisch verschlechtert? Angeblich haben die Herren ja da draußen, die jetzt vorgeschickt wurden, um die Herzchirurgie so in Misskredit zu bringen, ja schon lange Erfahrung gehabt und haben sich nie gerührt. Und jetzt plötzlich, weil wir eben knapp vor einer Landtagswahl stehen, jetzt kommen diese Dinge heraus.

Eines noch, weil der Kollege Drexler heute auch gesagt hat, wir fühlen uns nicht zuständig. Sehr verehrte Damen und Herren, haben Sie aus einer einzigen Wortmeldung vom Landesrat Erlitz heute entnehmen können, dass er das Gesundheitswesen abschieben möchte? Also ich habe das nicht entnehmen können, sondern im Gegenteil, er hat eindrucksvoll bewiesen, wie engagiert er in dem Bereich ist und was er alles noch vor hat in dem Bereich. Wir sind froh, dass wir ihn haben als Gesundheitslandesrat, verehrte Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.)

Dann stellt sich Herr Kollege Drexler da her und sagt, die ÖVP hat Lösungskompetenz. Da kann ich wirklich nur mehr ganz zart lächeln, da kann ich gar nicht mehr laut lachen. Ich denke nur an den Semmering, 92 Millionen in den Waltraud-Stollen versenkt. Lösungskompetenz? Eine neue Variante gibt es überhaupt noch nicht, die Lösungskompetenz hat sich für den Landeshauptmann von Niederösterreich abgespielt, denn der hat das Problem jetzt für einige Zeit vom Tisch, weil es wird wieder Jahre dauern, bis wir zu einem neuen Projekt kommen. Bis wir zu einer Lösung kommen, wird es wahrscheinlich Jahrzehnte dauern. Das ist Lösungskompetenz? Das ist für mich keine Lösungskompetenz! (Abg. Tasch: „Schauts nach Niederösterreich!“)

Verehrte Damen und Herren, noch etwas zur ESTAG darf ich sagen. Bei der ESTAG hat man immer erst reagiert, wenn der Druck von der Öffentlichkeit zu stark geworden ist. Reagiert erst dann, als der Untersuchungsausschuss da war, reagiert erst dann, als wir im Landtag aufgefordert haben zu klagen. Und es wird uns diese ESTAG, dieses ESTAG-Thema noch einmal beschäftigen in diesem Landtag. Ja, wo ist denn da die Lösungskompetenz von der Frau Landeshauptmann, bitte? Wo? Sagen Sie mir bitte die Lösungskompetenz! Die kann ich nirgends sehen.

Lösungskompetenz, Beispiel Nummer drei, Spielberg. Ein Projekt von 700 Millionen Euro Umfang in den Sand gesetzt. Da hat man von Kompetenz im ÖVP-Team schon gar nichts gemerkt, denn alle, die dort beteiligt gewesen sind, kommen aus den ÖVP-Ressorts und die Regierer der ÖVP sind für dieses Projekt einzig und allein zuständig gewesen. Aber keine Umsetzungskompetenz, keine Lösungskompetenz, nichts. Ja, jetzt kommt man mit einem Brief daher vom Herrn Mateschitz, wo er sagt, ja, liebe Steirerinnen und Steirer, wir sind bereit, vielleicht wieder da oben einzusteigen – (Abg. Riebenbauer: „Kollege!“) tu zuhören, vielleicht hast du den Brief nicht gelesen, ich habe ihn gelesen –, wir sind bereit, vielleicht wieder einzusteigen, aber ihr müsst zuerst einmal alle Probleme, die es da herum gibt, die Umweltprobleme, die Genehmigungsverfahren, wegräumen und dann werden wir noch schauen, ob wir dort überhaupt einsteigen werden. Es gibt ja kein Projekt, das der Herr Mateschitz jetzt neuerlich eingereicht hat. Das soll erst mühsam erarbeitet werden und da bin ich ausnahmsweise einmal bei Herrn Landesrat Schögggl, der sagt, vor 2007 wird da oben gar nichts passieren (Abg. Riebenbauer: „Lass dich überraschen!“), weil so lange werden einmal die Verfahren dauern. Aber es ist natürlich schon schön, wenn man sich da herstellen kann als Landeshauptfrau mit einem Zettel wachelt und sagt, da ist jetzt das neue Projekt und da gibt es jetzt ein Spielberg – neu. Aber dahinter steckt überhaupt nichts. Ja, wenn das Lösungskompetenz ist, dann, verehrte Damen und Herren, gute Nacht mit der Steiermark, das möchte ich auch sagen. (Beifall bei der SPÖ.)

Noch ein letztes Beispiel, die Herberstein-Geschichte wird uns unter Umständen, wenn es nach der ÖVP geht, wie ich vernehme, in dieser Legislaturperiode im Landtag nicht mehr beschäftigen. Anscheinend habt ihr doch Angst bekommen vor den Wählerinnen und Wählern, dass ihr das jetzt noch durchziehen wollt.

Lösungskompetenz war dort auch fantastisch. Man macht da einen Vorschlag auf 20 Jahre Pacht, zuerst 304.000 Euro Pacht pro Jahr. Dann merkt man, da gibt es einen Druck von der Öffentlichkeit, da gibt es einen Druck von den politischen Mitbewerbern und da gibt es auch einen Druck von der Bevölkerung, die dort in der Region lebt. Dann geht man plötzlich her und sagt, jetzt haben wir eh einen Sponsor gefunden, der nimmt einmal fünf Jahre diese 304.000 Euro, also können wir eigentlich schon ganz gut zustimmen. Dann kommt das BZÖ und sagt, aber eine Ausstiegsklausel brauchen wir auch noch. Ja, dann machen wir halt eine Ausstiegsklausel auch noch schnell dazu. Lösungskompetenz ja, wunderbar. (Unverständlicher Zwischenruf.)

Wir haben schon lange vorher Lösungsvorschläge gehabt. Wenn du genau gelesen hättest, haben wir gesagt, wie hoch der Pachtzins für Herberstein sein darf. Wir haben genau gesagt, dass man zuerst prüfen muss, was ist da unten schon reingeronnen, der Prüfbericht soll zuerst einmal auf den Tisch, bevor man überhaupt in neue Verhandlungen tritt.

Daher, Freunde, Lösungskompetenz, unter Lösungskompetenz verstehe ich, dass sich jemand hinstellt auf der Regierungsbank und sagt, schaut her, da habe ich ein Konzept, das kann ich vorlegen, das kann ich einbringen und zu dem stehe ich, das kann ich abstimmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Deswegen, liebe Freunde von der ÖVP, hätte ich fürchterliche Angst, wenn unter Umständen nach der nächsten Landtagswahl die ÖVP vielleicht noch Anspruch auf das Gesundheitsressort erheben würde. Bei dieser Inkompetenz, die ihr bis jetzt an den Tag gelegt habt, muss ich sagen, wäre das finster in der Steiermark für unser Gesundheitssystem, verehrte Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Was heute noch sehr augenscheinlich auch vorgeführt wurde, auch das darf ich hier noch erwähnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Doppelbesetzung im Gesundheitsbereich. Hier der Landesrat Schützenhöfer, der zwar teilweise sagt, er ist schon personalzuständig, dann aber doch wieder nicht, und so. Auf der anderen Seite der Wolfgang Erlitz, der plötzlich für alles zuständig ist, der nach BZÖ sogar die Toten verantworten müsste, was ja eine ganz tiefe Geschichte ist.

Daher sagen wir, es wäre vernünftig, diese beiden Kompetenzen in eine Hand zu legen. Deswegen bringen wir auch einen Entschließungsantrag ein, der in diese Richtung geht, das Gesundheitsressort in eine Hand zu legen, und zwar mit Personal und mit allen anderen Aufgaben. Dann hört sich diese Strategie des Hin- und Herschiebens auf, was wir heute hier gerade auch von Herrn Landesrat Schützenhöfer erlebt haben.

Daher stellen wir den Unselbstständigen Entschließungsantrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die Geschäftseinteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung dahin gehend geändert wird, dass sowohl die inhaltliche Zuständigkeit als auch alle Personalfragen, die die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft betreffen, in der Zuständigkeit des Landesrates für Gesundheit und Spitäler liegen.

Wenn Sie Interesse daran haben, dass etwas weitergeht im Gesundheitsbereich und dass es nicht mehr zu diesem Abschieben von Verantwortung, wie es der Herr Schützenhöfer heute gemacht hat, kommt, dann müssen Sie diesem Antrag zustimmen.

Ich danke! (Beifall bei der SPÖ. – 12.50 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Bacher. Bitte!

Abg. Bacher (12.51 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Beim Rausgehen haben mir schon ein paar gesagt, ich soll auf mein Herz aufpassen, ich soll mich nicht zu viel aufregen. Ich werde dem Folge leisten.

Lieber Kollege Erlitz, vielleicht interessiert es dich, was ich da zu diesem Thema zu sagen habe. Ich werde versuchen, in ein paar Minuten auf die Sachlichkeit zurückzuführen. Leider, und das fällt mir in den letzten Jahren auf, wenn wir in dem Haus über Gesundheit diskutieren, dann endet es immer dort, dass eigentlich eh von Seiten der SPÖ alles richtig gemacht wird, dass die, die ein Thema anschneiden, eigentlich die sind, die alles verhindern in dem Land, die schuld sind, dass nichts weitergeht, dass nichts passiert, aber dass wir insgesamt wieder stolz sind, was in dem Land alles geht.

Kollege Kröpfl – er ist im Moment nicht da – (Abg. Kröpfl: „Oh ja!“), ich unterstreiche das noch einmal, was du gesagt hast und ich bin froh, dass du mich so zitiert hast: „Unser Gesundheitswesen in der Steiermark und in Österreich gehört Gott sei Dank zu einem der besten weltweit. Auf das können wir stolz sein.“

Ich habe auch bei der Budgetrede gemeint, dass dieses Land Steiermark unter der Führung der Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic und uns allen das höchste Gesundheitsbudget aller Zeiten beschlossen hat, aller Zeiten beschlossen hat, für unsere kranken Menschen, für unsere Patienten in dem Land Steiermark. (Beifall bei der ÖVP.)

Kollege Erlitz, du hast heute in deiner Anfragebeantwortung beim Eingang gemeint, die Gesundheit ist auf jeden Fall ein ernstes Thema – ich unterstreiche das, es geht um die Sorge der Menschen, ist zu unterstreichen – und die Herausforderung für die Politik ist riesengroß.

Jetzt komme ich zum dritten Punkt: Genau für diese Herausforderung bist du zuständig, Herr Landesrat.

Da geht es nicht darum, jetzt dem Hermann Schützenhöfer zu sagen, er ist auch für irgendetwas in dem Unternehmen zuständig, sondern es geht darum – und das wollen die Menschen in unserem Land wissen –, wie geht es in der Zukunft in unserem Gesundheitswesen weiter. Wenn du von der Wissenschaft geredet hast, von der Halbwertszeit, dass sich die alle fünf Jahre erneuert, dann stelle ich fest, dass wir in der Politik ordentlich hintendran sind in vielen Fragen, ordentlich hintendran sind und eigentlich das Tempo in der Sachpolitik im Zusammenhang mit der Gesundheit in der Steiermark wesentlich erhöhen müssten.

Wir haben damals im Jahr 1986 – ich war damals nicht dabei – mit gutem Argument das Unternehmen KAGES ausgegliedert, das ja bekanntlich zu 100 Prozent dem Land Steiermark gehört und wir die Eigentümer dieses Unternehmens sind. Wir müssen den Geschäftsführern vorgeben, wie sie dieses Unternehmen zu führen haben, meine Damen und Herren, und nicht die uns, uns, der Politik, wie das Gesundheitswesen in der Steiermark zu führen ist. Die können uns Ratschläge geben, aber wir müssen der Geschäftsführung klare Spielregeln in die Hand geben, wie dieses Unternehmen zu führen ist.

Lieber Wolfgang Erlitz, das ist natürlich Aufgabe von dir, vom zuständigen Gesundheitsreferenten.

Meine Damen und Herren, die Edith Zitz hat gemeint, es ist überhaupt zu viel Politik im Gesundheitswesen. Na net, bitte schön, das ist eine der wichtigsten politischen Themen unserer Bevölkerung überhaupt, wie schaut die Zukunft des Gesundheitswesens in der Steiermark und in Österreich aus. Damit beschäftigen nicht nur wir uns hier im Landtag, sondern weltweit stellt sich diese Frage, nicht billig parteipolitisch, sondern ganz essenziell im Zusammenhang, was hat die Politik zu dem Thema zu sagen.

Meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit dieser Dringlichen Anfrage, die heute eingebracht wurde, die hat ja auch eine Ursache. Ich habe die letzten Meldungen im Rundfunk, im Fernsehen und in den Medien sehr gut verfolgt. Es hat bereits im März 2004 eine Meldung in der „Kleinen Zeitung“, glaube ich, gegeben, der Herr Redakteur Link sitzt hier, wo festgestellt wurde, nur an die 15 Prozent, ich wiederhole, nur an die 15 Prozent aller Herzinfarktpatienten bekommen in der Steiermark jene Behandlung, die sie bekommen sollten, meine Damen und Herren. Das wurde am 1. März 2004 bereits veröffentlicht. (Landesrat Mag. Erlitz: „Hat sich viel verändert!“) Das hat nämlich auch jede Steirerin und jeder Steirer gelesen. Ich nehme an, das hat auch jeder Betroffene gelesen. Ich wiederhole es noch einmal, nur an die 15 Prozent aller Herzinfarktpatienten bekommen in der Steiermark jene Behandlung, die sie eigentlich bräuchten. Nur 15 Prozent, meine Damen und Herren. (Landesrat Mag. Erlitz: „Das war vor eineinhalb Jahren!“)

So, lieber Wolfgang Erlitz, der Einwand ist richtig, ist bekanntlich eineinhalb Jahre her, nicht ganz. Aber was ist in der Zwischenzeit geschehen? (Landesrat Mag. Erlitz: „Das habe ich heute gesagt!“) In der Zwischenzeit haben sich Ärzte zu Wort gemeldet und haben gesagt, um Gottes willen, tut etwas, wir brauchen dem nicht entgegensteuern, wir brauchen dringend Personal, wir brauchen dringend neue OP-Säle, wir brauchen dringend und, und, und. Du hast gesagt, du hast dann im Februar dieses Jahres eine Kommission eingesetzt.

Es ist von März 2004 bis Februar 2005 fast ein Jahr vergangen, bis der zuständige Gesundheitslandesrat zu dem Thema eine Gesundheitskonferenz einberufen hat und eine Fachkonferenz. Und ich weiß nicht, bis wann diese Ergebnisse vorliegen.

Jetzt ist es recht und billig, dass die Frau Landeshauptmann gesagt hat, meine Freunde, da müssen wir ja etwas tun, bitte schön. Ich meine, seit März 2004 warten wir jetzt, was da passiert.

Jetzt hole ich mir die Fachleute an einen Tisch und das war richtig, Frau Landeshauptmann, dass du das gemacht hast. Jetzt möchte ich einmal wissen, was passiert. Was tun wir denn gegen dieses Problem? Ich hoffe, dass niemand da herinnen ist, der in irgendeiner Form betroffen ist. Aber es passiert ja leider tagtäglich und keiner kann voraussehen, ob es nicht ihn selber auch trifft. Das ist ja die Dramatik in dem Zusammenhang. Das ist ja die Dramatik, dass viele Ängste auch damit verbunden sind. Was passiert, wenn ich betroffen bin? Gehöre ich zu den restlichen 75 Prozent oder 85 Prozent, die keine Chance haben versorgt zu werden? Oder wie viel hat sich denn gebessert? Was ist denn besser geworden in dem Land, meine Damen und Herren? Ich sage noch einmal, in dem Land, das die höchsten Gesundheitsausgaben hat, die jemals zur Verfügung gestanden sind. Das ist der Punkt! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich muss ganz offensiv, Herr Landesrat, auf diese neue Herausforderung im 21. Jahrhundert, auf die Frage der Gesundheit zugehen. Da geht es nicht um Eitelkeit, da geht es nicht um Anschütten oder sonst irgendetwas. Da geht es um die neue Herausforderung, wie werde ich mit diesen zukünftigen Herausforderungen fertig. Es gibt tagtäglich Erneuerung in der Medizin. Es gibt tagtäglich neue Herausforderungen. Ich habe gestern zufällig in der Sendung „Thema“ – und das ist ja auch eines der Probleme, wir reden ja primär hier im Haus immer über den stationären Bereich, über unsere Spitäler, die logischerweise am meisten an finanziellen Mitteln bekommen, die natürlich auch am transparentesten sind. Es ist natürlich spannend und ist auch schön, sage ich auch dazu, wenn wir fast jede Woche etwas Neues eröffnen können. Hervorragend, super! Aber es gibt viele Menschen, die mit ihren Problemen auch nicht zu Rande kommen. Und ich habe gestern eine Sendung gesehen, die mich auch sehr betroffen gemacht hat. Da ist ein Bericht gekommen über sehbehinderte Kinder. Es gibt eine Reihe von Selbsthilfeorganisationen, die manchmal händeringend um finanzielle Unterstützung bitten, damit sie in ihrem Bereich trotz vielem persönlichem Engagement weitere Hilfe bekommen durch die öffentliche Hand. Das ist ja manchmal auch bezeichnend, dass dann irgendein zuständiger Politiker anruft und sagt, selbstverständlich machen wir das. Aber zurückerwartend zu dieser Sendung, wo berichtet wurde, dass Kinder nach der Geburt die Sehprobleme haben, besser zu sehen, ein bisschen mehr wahrzunehmen von unserer schönen Welt, wenn sie eine Hilfe hätten, eine professionelle Hilfe

hätten – und da geht es manchmal um Geräte, die denen so wahnsinnig viel helfen würden und wo dann die Leute, die dafür verantwortlich sind, die Mütter ganz betroffen sagen, um Gottes willen, wer hilft denn uns? Wer hilft denn uns, bitte? Über diese Themen wird ja hier in dem Hause nie geredet. Es geht nur darum, dass ich sage, wo kann ich wieder etwas Neues bauen, wo kann ich wieder etwas Neues errichten. Dieser Sorge, dieser Herausforderung musst du dich annehmen, Herr Landesrat und ich wünsche dir viel Glück für die Zukunft. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 13.01 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, bevor ich der Frau Abgeordneten Dietrich das Wort erteile, darf ich sagen, die Präsentation „Ballast“ entfällt. Die Ausschüsse beginnen um 14.00 Uhr. Ich hoffe, wir können diese Zeit dann wirklich einhalten. Das zur Information! Frau Abgeordnete Dietrich ist am Wort bitte.

Abg. Dietrich (13.01 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Wenn man heute während der Diskussion die Reihen im Landtag angeschaut hat, dann muss man sagen, das war kein Thema, das zu Herzen gegangen ist, weil das Interesse an diesem Sachthema war meiner Meinung nach nicht so groß, denn anders kann ich es mir nicht erklären, dass viele Abgeordnete der Diskussion in weiten Bereichen fern geblieben sind. Herr Landesrat Erlitz, ich glaube, du bist wirklich in weiten Bereichen für mich ein Phänomen.

Du bist ein Phänomen, denn du schweigst tagelang. Du schweigst zu jenem Bereich und ich denke an die letzte Landtagssitzung, Müll Frohnleiten Stichwort. Das ist der Bereich, wo du wahrscheinlich als einer der wenigen direkt betroffen warst. Deine Reaktion darauf: Du hast geschwiegen! Kein Wort! Dann gibt es einen Herzgipfel, wo du als zuständiger Landesrat genau für diesen Bereich verantwortlich bist. Deine Reaktion: Du schweigst! Du gehst nicht einmal hin, du nimmst nicht einmal teil. Du tust so, als würde dich das Ganze überhaupt nichts angehen. Meine geschätzten Damen und Herren, ich hätte mir gewünscht, dass die Sache im Vordergrund steht, dass du deine Aufgaben wahrnimmst, dass du deine Verantwortung wahrnimmst und dass du auch zu jenen Einladungen gehst oder jene Einladungen wahrnimmst, die nicht von der SPÖ veranstaltet wurden. Ich glaube, als Landesrat hat man die Verpflichtung überparteilich zu agieren und zu reagieren und da kann man nicht nur das parteipolitische Mäntelchen aufsetzen und sagen, wenn das von Rot ist, dann passt es, wenn eine andere Fraktion eine Initiative ergreift, dann ist das schon einmal nicht so interessant.

Meine geschätzten Damen und Herren, die demografische Entwicklung und der medizinische Fortschritt erfordern eine veränderte Angebots- und Strukturplanung. Wir werden wahrscheinlich im Gesundheitsbereich nie fertig sein und wir werden nie auf dem Niveau sein, dass man sagen kann, so, jetzt sind wir zufrieden. Das ist ein stetiger, ein permanenter Prozess, der auch wahrgenommen werden muss als solcher. (Landesrat Mag. Erlitz: „Völlige Übereinstimmung!“) Diese Angebotsplanung und Strukturplanung zu initiieren, festzulegen, das ist Aufgabe der Politik, das ist Aufgabe vom zuständigen Landesrat! (Landesrat Mag. Erlitz: „Haben wir getan!“) Ich würde mir wünschen von deiner Seite aus, dass du aktiver an die Sache herantrittst, dass du offener die ganzen Probleme darlegst und dass du eben wirklich den Landtag in diese Problematik mit einbindest. Nichterscheinen, Nichtkommen, Ignorieren, das ist zu wenig!

Wir haben jetzt Probleme bei der Umsetzung der EU-Richtlinie. Die EU-Richtlinie, die ein modernes Infarkt-Management erfordert und die besagt, dass es sinnvoll ist, dass Patienten innerhalb von 90 Minuten mit einem Katheter versorgt werden.

Geschätzter Landesrat, das, was uns noch riesige Probleme bereitet, haben andere Länder bereits geschafft. Dänemark, Holland, aber auch Tschechien haben diese Richtlinie bereits in vollem Umfang erfüllt. Und da glaube ich, dass wir in der Steiermark sehr wohl einen Zahn zulegen müssen, wie es so schön heißt im Volksmund, damit auch wir in der Steiermark diese Richtlinie umsetzen können. Weil ich als Steirerin habe kein Verständnis dafür, dass Tschechien, wo wir doch immer gemeint haben, der Osten, die sind ja ohnehin viel schlechter als wir, die bringen ja ohnehin viel weniger zustande, dass die wesentlich weiter in der Umsetzung beziehungsweise diese Richtlinie umgesetzt haben, wo wir noch lange nachschauen müssen. Was wir brauchen auf Grund der geografischen Lage, wir haben es eben schwierig in der Steiermark, wir haben eben Berge und Täler, das ist die optimale Einbindung des Notarztsystems. Wir brauchen Katheterlabors, die rund um die Uhr geöffnet sind. Auch da sind wir noch weit von diesem Ziel entfernt.

Meine geschätzten Damen und Herren, Probleme kann man nicht wegdiskutieren. Wir haben Probleme im Bereich der Herzversorgung nicht qualitativ, ich glaube, das hat auch heute niemand angesprochen, unser Problem ist die quantitative Versorgung. Ich kann jedem Einzelnen empfehlen, der hier herinnen ist und vielleicht einmal einen Herzinfarkt haben wird, möglichst in Graz und möglichst zwischen 8.00 und 16.00 Uhr. Da hat man die größte Wahrscheinlichkeit zu überleben. Wenn das Ganze in Radkersburg passiert oder irgendwo in einem Grenzbereich, dann ist die Überlebenschance wesentlich geringer.

Geschätzter Herr Landesrat, das wäre eigentlich deine Aufgabe, das wäre die Form von Gleichheit, das wäre die Chancengleichheit, die jedem Steirer und jeder Steirerin zusteht, nämlich eine gleichwertige, optimale Versorgung in der Situation, wo man es nötig hat, um zu überleben. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Wir hören dann immer wieder, das Ganze ist nicht finanzierbar, das ist nicht machbar, es gibt viel zu wenig Geld.

Geschätzter Herr Landesrat, du hast es angesprochen, wir haben die demografische Entwicklung. Und genau aus dieser Entwicklung heraus wissen wir, wir haben Überkapazitäten, Überkapazitäten im Bereich der Gynäkologie, im Bereich der Chirurgie, und du bist gefordert umzustrukturieren. Nur zu jammern, nur zu klagen und nicht zu handeln, das ist absolut der falsche Weg. (Landesrat Mag. Erlitz: „Es ist Wahlkampfzeit!“) Das sind nicht Wahlkampfzeiten, das ist eigentlich die letzten fünf Jahre, wo ich diese Entwicklung so mitverfolgen konnte, wo aus meiner Sicht viel zu wenig passiert ist, wo der Mut fehlt, Strukturen maßgeblich zu verändern. Aus meiner Sicht war immer der Wunsch und Wille der Bürgermeister wesentlich stärker als die Notwendigkeit, fachlich zu agieren, Strukturen zu verändern. Das tut mir Leid für dieses Land, das tut mir Leid für die Finanzen des Landes und auch für die Patienten, die von dieser zögernden Gesundheitspolitik die Nachteile in Kauf nehmen müssen.

Wir selbst haben einen Antrag formuliert, wo wir ausformuliert haben, es wäre sinnvoll, dem Gesundheitsressort die Zuständigkeit für das eigene Personal zu geben. Das war unser ursprünglicher Zugang zu dem Ganzen. Heute im Zuge der Diskussion haben wir eines im Klub noch durchdiskutiert, dass genau diese Maßnahme auch Gefahren in sich bergen würde, nämlich dass, so wie bisher, Parteipolitik im Vordergrund stehen würde, dass es zu weiteren Aufblähungen kommen würde, weil, Kollege Erlitz, dann würdest du als Zuständiger für das Personal sagen, herbei, herbei, noch mehr Leute werden aufgenommen und die Kosten würden uns derart explodieren, dass wahrscheinlich niemand mehr das Ganze finanzieren könnte. (Abg. Gennaro: „Da hast du jetzt aber einen Widerspruch, Waltraud. Was brauchen wir? Wir können uns nicht mehr herausreden in dieser Sache!“)

Kollege Gennaro, wenn du genau zugehört hättest, dann muss ich sagen, dass Experten – nicht ich, da kenne ich mich viel zu wenig in der Materie aus – sagen, was wir brauchen ist der Mut, Umstrukturierungen durchzuführen, wir haben Überkapazitäten. Und wenn ich auf der einen Seite zu viele Kapazitäten habe, zu viel Personal gebunden, zu viele Ressourcen gebunden und auf der anderen Seite zu wenig, dann macht es doch Sinn, wenn ich Überkapazitäten abbaue und Defizite beseitige. (Beifall bei der FPÖ.)

Aus diesem Grund haben wir uns entschlossen, den Antrag nicht einzubringen. (Beifall bei der FPÖ. – 13.10 Uhr.)

Präsident: Nächste und letzte Wortmeldung Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Ich schließe dann die Rednerliste somit ab, um einigermassen im Zeitplan sein zu können.

Abg. Lechner-Sonnek (13.11 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte Ihre geschätzte Aufmerksamkeit auf einen Punkt lenken, nämlich dass die angekündigte Revolution nicht stattgefunden hat. Wir alle sind ja über die Medien beglückt worden mit der Ansage, dass es einen Misstrauensantrag gegen Landesrat Erlitz geben wird. Die Frau Kollegin Zierler hat vorhin sinngemäß gesagt, der Antrag wird nicht eingebracht in der üblichen Form als Antrag, der abgestimmt wird, das BZÖ drückt dem Landesrat so, sozusagen im Gespräch, in der Rede, das Misstrauen aus.

Ich halte das für ein sehr eigenartiges Verständnis von Demokratiepölitik, denn wenn Sie dann rausgehen und draußen sagen, wir haben dem Erlitz das Misstrauen ausgedrückt, dann versteht der Mensch, der noch an die politischen Gremien glaubt, dass hier eine Mehrheit dem Landesrat das Misstrauen ausgesprochen hat. Dann ist die nächste Frage, und, was macht er jetzt? Tritt er zurück oder ist er damit abgesetzt?

Also, ich weise darauf hin, erstens dass Sie mit etwas geworben haben, liebes BZÖ, was Sie selber nicht durchgehalten haben. Vielleicht hat auch der Landesrat doch so plausibel geantwortet und argumentiert, keine Ahnung.

Ich bin weit weg davon, den Herrn Landesrat Erlitz hier heilig zu sprechen, ich bin eine seiner schärfsten Kritikerinnen. An dieser Stelle sei es in Erinnerung gerufen, wer es nicht glaubt, dem kann ich gerne in einem Privatissimum erzählen, was ich ihm schon alles vorgeworfen habe. Aber das möchte ich einfach festhalten, bitte genau sein in der Darstellung dessen, was hier passiert, und nicht etwas hineindeuten, was nicht passiert ist.

Zweitens: Herr Landesrat, wenn Sie sagen, wir haben eh drei kardiologische Labors, die das in der Steiermark machen, die Katheteruntersuchungen möglich machen, dann freue ich mich darüber, dass Sie das sagen. Ich deute das nämlich als Zusage dafür, dass Bruck ab sofort, nämlich wirklich rund um die Uhr, als Katheterlabor arbeiten kann. Das ist derzeit nicht der Fall, ganz dezidiert. Ich habe mir das vor drei oder vier Wochen angeschaut. Es wird dort hervorragende Arbeit geleistet, aber es ist nicht genügend Personal da, um in Bruck diesen Dienst rund um die Uhr anzubieten. Ich halte das für sehr bedenklich. Ich teile das, was die Kollegin Dietrich gesagt hat, 90 Minuten EU-Richtlinie. So wird das nicht funktionieren, wenn dort in der Nacht kein Arzt oder keine Ärztin und keine Krankenschwester anwesend ist. Also, ich deute das jetzt als Zusage von Ihrer Seite, dass das ab sofort funktionieren wird.

Nun zum Unselbstständigen Entschließungsantrag der SPÖ: Ich empfinde ihn schon als aktionistisch, von der Sache her muss ich ihm aber zustimmen und wollen wir ihm zustimmen. Wir wollen immer eine Vereinheitlichung der Zuständigkeiten, weil sonst genau das passiert, was wir heute gesehen haben, der eine zeigt auf den anderen und sagt, ich würde es toll machen, aber der lässt mich nicht. In diesem Sinn werden wir diesen Antrag unterstützen.

Als Letztes, noch einmal, sei gesagt, die Landesregierung und auch der Landtag sind zuständig dafür, gesundheitspolitische Ziele zu entwickeln und zu erarbeiten. Die Landesregierung hat dann das zu exekutieren, die Landesregierung hat nach politischen Zielen den Vorstand und den Aufsichtsrat in die Pflicht zu nehmen, meine Damen und Herren. Und das und nicht weniger und nicht mehr erwarte ich mir von der Landesregierung, und zwar von allen Mitgliedern der Landesregierung.

In diesem Sinne einen schönen Tag! (Beifall bei den Grünen. – 13.14 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, es ersuchen noch zwei Abgeordnete um Wortmeldungen.

Aber bitte, so kurz wie möglich, um dennoch einigermaßen im Limit zu bleiben.

Köberl, danach Lafer. Dann bitte, hoffe ich, damit Genüge getan zu haben.

Abg. Köberl (13.15 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, geschätzte Landesregierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nach einer breiten Diskussion zum Thema Gesundheit, die Licht und Schatten aufgezeigt hat, darf ich ein Mosaiksteinchen oder einen wesentlichen Mosaikstein für unsere Region davon herausgreifen.

Herr Landesrat, du hast angeführt, am 28. Juni, also heute in einer Woche, findet der Spatenstich zur psychosomatischen Modellklinik statt – eine über zehn Jahre lange Entwicklungsarbeit ist damit abgeschlossen. Dieses Projekt steht eigentlich im Wesentlichen seit sechs bis sieben Jahren fest. Es ist gelungen.

Heute ist immer wieder auch angezweifelt worden, eine gemeinsame Lösungskompetenz zu entwickeln. Diese hat es hier gegeben.

Ich darf auch den Einsatz unserer Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic herausstreichen, gerade als es darum gegangen ist, von den zwei Bewerbern den einen, nämlich Dr. Rother, herauszufiltern, der hier als Investor auftreten wird. Ich habe mit ihm vorher noch ein Telefonat geführt. Er lädt alle Kolleginnen und Kollegen des Steiermärkischen Landtages zu dieser Spatenstichfeier sehr, sehr herzlich ein – kommenden Dienstag, 10 Uhr.

Ich hoffe und ich freue mich, wenn viele von Ihnen kommen würden. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 13.16 Uhr.)

Präsident: Danke.

Lafer, bitte, nunmehr.

Abg. Lafer (13.16 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder des Steiermärkischen Landtages!

Nun zur Richtigstellung: Wir haben einen Sonderlandtag und haben die Einbringung einer Dringlichen Anfrage verlangt und haben das auch durchbekommen. Wir haben in Aussicht gestellt – für Frau Kollegin Lechner-Sonnek – dass wir einen Misstrauensantrag stellen werden. Wir haben Herrn Landesrat Erlitz in seiner politischen Tätigkeit das Misstrauen ausgesprochen und uns offengelassen, ob wir einen Antrag einbringen. Das nur zur Klarstellung.

Wir haben uns entschlossen, keinen Misstrauensantrag einzubringen, weil wir nicht wollen, dass dies in die Wahlkampfzeit hineinfällt. (Abg. Gennaro: „Wie heißt das Stück? ‚Viel Lärm um nichts!‘“)

Nicht viel Lärm um nichts. Wir haben dieses Thema ernst genommen. Wir haben dieses Thema ernst genommen. Es geht uns um die Sorgen der Menschen in unserem Land, und nicht um Wahlkampfpolemik pur. Deshalb werden wir auch keinen einbringen.

Danke! (Beifall beim BZÖ. – 13.17 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt wirklich nicht mehr vor.

Ich komme nun zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der SPÖ.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Änderung der Geschäftseinteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung ist erledigt.

Die nächste Sitzung wird schriftlich einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen. Danke! (Ende der Sitzung: 13.18 Uhr.)